



Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

N<sup>o</sup> 135.

Sonntag den 13. Juni

1847.

Morgen wird ein Extra-Blatt ausgegeben.

**Inland.**

**Berlin, 12. Juni.** Se. Majestät der König hat allergnädigst geruht, dem Superintendenten und Ober-Domprediger Hohnhorst zu Dom-Havelberg den Rothen Adler-Orden 2ter Klasse mit Eichenlaub zu verleihen.

**Angekommen:** Se. Durchlaucht der Herzog von Aremberg, von Brüssel. Se. Excellenz der wirkliche geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Pommern, v. Bonin, von Karlsbad. — Abgereist: Der General-Postmeister und Chef des gesammten Postwesens, v. Schaper, nach Königsberg in Pr.

In der Augsburger Allgemeinen Zeitung findet sich eine Angabe über das Steigen der Baumwollenspinners in den nordamerikanischen Freistaaten, namentlich in Lowell bei Boston, mit dem Bemerkens, daß dieses Steigen durch den hohen Schutzzoll auf englische Twiste entstanden sei. Die Thatsache, daß die Baumwollenspinners in den nordamerikanischen Freistaaten, und namentlich in Lowell, sich in neuerer Zeit außerordentlich gehoben habe, ist richtig; — die Voraussetzung, daß dieses Steigen durch hohen Zoll auf englischen Twiste entstanden sei, ist nicht erwiesen; im Gegentheil sind es ganz andere Gründe, welche in Nordamerika, und namentlich in Lowell, die Baumwollenspinners gehoben haben, wie Fr. v. Raumer, der vor noch nicht langer Zeit Amerika besuchte, Solches in seinem Buche über Nordamerika näher ausführt. In den nordamerikanischen Freistaaten wächst die Baumwolle; jene Länder sind die vorzüglichsten Produktions-Länder roher Baumwolle. Schon deshalb war es sehr einfach, daß man in Nordamerika daran dachte, das Rohprodukt zu verarbeiten, wie Leinwand und leinene Waaren da viel gearbeitet werden, wo viel Flachsgeweb wird. Nach Boston kommt die rohe Baumwolle aus Carolina bei den erleichterten Transportmitteln in einigen Tagen. — Lowell insbesondere aber ist noch günstiger als unser Wupperthal mit Wasserkraft versehen, dergestalt, daß ohne Mühe und großen Kostenaufwand das fallende Wasser als Kraft angewandt wird, so daß es selbst der Dampfmaschine nicht bedarf. — Dieses Geschenk der Natur, nicht hohe Zölle, haben in Lowell Baumwollen-Spinnereien vor etwa 20 bis 25 Jahren entstehen lassen. Fabrikanten, die mit eigener Kraft und Intelligenz nicht recht vorwärts kamen, drängten auch in den nordamerikanischen Staaten auf hohe Zölle; worauf aber Süd-Carolina erklärte, dann vom Staate umhinde sich ganz trennen zu wollen. Um dieser drohenden Gefahr vorzubeugen, wurden (vergl. von Raumer Nordamerika, I, 420) die Zölle herabgesetzt, und es stieg die Baumwollenspinners in Lowell in noch höherem Grade. — Die Fabrikanten in Lowell sind in anderen Establishments in Nordamerika fertigen nicht die feinsten Nummern der Garne; diese, deren Verbrauch immer nur ein geringer ist, überlassen sie ruhig den Engländern, vollkommen zufrieden mit dem Erwerb aus der Fabrikation der gewöhnlichen Nummern, in denen sie die Konkurrenz mit England siegreich bestehen. Die nordamerikanische Ansicht ist jetzt allgemein die, daß hohe Zölle nicht einzuführen seien, für tüchtige Fabrikanten künstliche Mittel, wie Schutzzölle, nicht nöthig und einem Lande nur diejenigen Fabrikationen erspriesslich seien, die sich durch eigene Kraft und Intelligenz erhalten und fördern. Gerade in New-York, von woher jener Artikel datirt ist, welches entsteht von Boston und Lowell liegt und Handelsplatz nur ist, ist diese Ansicht vorherrschend. (A. Pr. Z.)

**Berlin, 7. Juni.** Es wird Niemand leugnen, daß wir zu Anfang dieses Jahres noch in einer Aufregung lebten, welche darum gefährlicher war, weil sie im Stillen fortwirkte und in der Tiefe Manches aufzulösen begann, was besser gesund bleibt. Diesem

Zustand hat der vereinigte Landtag ein Ende gemacht, und wir sind der zu vielen Worte, die über scheinbar unbedeutende Gegenstände gefallen sind, durchaus nicht überdrüssig, weil alles das, was in unseren Zuständen Gefährliches lag, dadurch entschieden und offen heraus trat, so daß man sich auch über die offenbarsten Extreme nicht mehr täuschen konnte. In sofern haben wir selbst die extremsten Flugschriften im letzten Grund als heilsam betrachtet. Dies ist der eine große Vortheil, den das Patent und der Landtag gebracht hat. — Der zweite Vortheil beruht darin, daß auf dem Landtage selbst, ich möchte sagen, durch die immerwährende Bewegung sich nach und nach das Haltbare von dem Unhaltbaren gesondert hat, und daß die Abstimmung immer ein haltbares Durchschnittsergebnis ergab, welches rein durch die Natur der Sache bestimmt wurde, ohne daß bei der Discussion selber den persönlichen Ansichten in irgend einer Art Gewalt angethan worden wäre. Der Landtag ging stets von der Ansicht aus, daß seine größte Wirkung in der größten Uebereinstimmung liege. — Dies Alles zeigte sich recht deutlich bei den letzten Debatten über den wichtigsten Gegenstand des Landtags, über das Verhältniß des Patents zu der früheren Gesetzgebung. Wenn wir von dem ersten Amendement ausgehen, welches zur Abstimmung kam, von dem des Abgeordneten Vincke: „zu bitten, das bestehende Recht des vereinigten Landtags, auf Grund des Artikel XIII. des Gesetzes vom 17. Januar 1820, alljährlich Behufs Abnahme der Rechnung der Hauptverwaltung der Staatsschulden, einberufen zu werden, allergnädigst anerkennen, falls jedoch einer so häufigen Einberufung erhebliche Bedenken entgegen stehen möchten, dem vereinigten Landtag eine darauf bezügliche Proposition huldreichst vorlegen lassen zu wollen“; wenn wir uns erinnern, daß diese Ansicht von den liberalsten Mitgliedern als die ihrige unterstützt ist und nach der eignen Aussage des Landtagskommissars sich nicht in einem Kreise bewegt, auf welchem das Petitionsrecht keine Anwendung mehr finden könnte; so drängt sich uns unwillkürlich die Frage auf, ob sich nicht schon dadurch alle extremen Ansichten in ein Nichts aufgelöst haben, wie z. B. die Ansicht von der Incompetenz des Landtags, von unvollständiger Rechtsgültigkeit des Patents, von Weigerung, den Landtag zu besuchen u. s. w., welche sich vor dem 11. April geltend machten, und selbst auf dem Landtag in der Drohung der Abreise und wenigstens formell in der Declaration der 138 noch einen Nachklang fanden. Vielleicht dient diese Betrachtung auch dazu, die Träume von „einer constituirenden Versammlung“, von welcher die süddeutsche Presse jetzt noch gequält wird, und welche alle Reformversuche in fremden Ländern, wo sie sich geltend machen konnten, zum Schaden der Freiheit führte, verschwinden zu machen. Wir hätten weder für Fürst und Volk Bedenkliches darin gefunden, wenn dieses Amendement zum Beschluß erhoben worden wäre. Daß dies nicht geschehen, beweist uns aber, daß selbst die Meinung; es stehen dem Volke noch entschieden bestimmte Rechte zu, welche es neben den Rechten des Patents anerkannt wünschen muß, in sehr vielen Mitgliedern nicht so decidirt feststand. Wir sind sonst kein großer Freund von der  $\frac{2}{3}$  Majorität, allein bei Verfassungsfragen halten wir sie für richtig, weil sie zwingt, auch Allen gerecht zu sein, und die möglichste Uebereinstimmung aller Mitglieder herbeizuführen. — Bereits eine größere Majorität gewann darum das zweite Amendement des Grafen Schwerin, welches auch den politischen Gründen der Nützlichkeit und Nothwendigkeit den gebührenden Platz einräumte, fiel aber wohl zumeist wegen des Antrags einer alljährlichen Versammlung, bis endlich das Gutachten der Abtheilung: zu bitten, mit Bezug auf die frühere Gesetzge-

bung, insbesondere auch aus Nützlichkeits- und inneren Nothwendigkeitsgründen die Einberufung des vereinigten Landtags alle zwei Jahre auszusprechen, nach Ausmerzung des Wortes „insbesondere“, welches die bloß politischen Gründe zu bevorzugen schien, mit einer entschiedenen Majorität angenommen wurde. — Dieses Votum kann Allen gerecht sein, und hat den großen Vorzug, daß es ohne irgend einen Beigeschmack von Parteilwesen den Wunsch des ganzen Landes ausdrückt, und zugleich den Raum giebt, was wie in Preußen noch immer als das höchste Palladium der Freiheit ehren, dem wahrhaften und großen Vertrauen und der Ehrlichkeit, die alle Politik und alle Taktik überdauert. Wir können nur wünschen, daß die übrigen Fragen in derselben Art zum Austrag gebracht werden, und daß, namentlich wenn einzelne Fragen vorkommen, welche noch zweifelhafter und im Grunde nur wenig wichtig sind, nicht durch hartnäckige Verneinung der gedeihliche Ausgang erschwert werde. Denn nur das, was allen Seelen ohne Rabulistik und sophistische Deutung sich aufdrängt, hat Hoffnung, zur Wahrheit zu werden, eben weil es Wahrheit ist.

**\*\* Berlin, 11. Juni.** Heute fand in der königl. Akademie die feierliche und öffentliche Jahresfeier statt. Der Professor Tölken hielt den Vortrag und die Festrede und eine sehr zahlreiche Versammlung, darunter auch viele Damen der höchsten Stände, bildete das Auditorium. Neben Meyerbeer sah man auch den gerade hier anwesenden berühmten französischen Consertherrn Berlioz, der aber leider gar kein Deutsch versteht, so daß er von dem Hergange der Feier, selbst von der Vokalmusik, wenig fassen konnte. In der Rede wurden auch die Verluste des vorigen Jahres aufgeführt, und der Professor Tölken appellirte an den vereinigten Landtag, daß er gleich den französischen Kammern die Bestrebungen des Landesvaters und der königl. Familie für die Pflege der Künste unterstützen möge, indem die Zahl der Kunstzöglinge überaus groß geworden sei und bei Weitem das Bedürfniß übersteige. Aus diesem Grunde seien auch die zur Aufmunterung der Künste ausgeworfenen Summen geschmälert worden. So zeigt sich Ueberfüllung an allen Orten als ein Uebel, dem schwer zu begegnen ist. In der Wissenschaft ist es nicht besser. Es studiren z. B. jetzt auf den sechs preussischen Universitäten 5065 junge Leute, das ist 67 weniger als im Jahre 1840. Es studiren in diesem Jahre 245 evangelische Theologen weniger als vor 7 Jahren und dennoch bleibt es noch 1800 Kandidaten der Theologie, die ohne Anstellung zum Theil seit vielen Jahren auf das tägliche Brod harren. Die sechs Universitäten haben übrigens 495 Dozenten, das ist 46 mehr als im Jahre 1840, und kosten jährlich und in diesem Jahre 581,981 Rthl., das ist 79,581 Rthl. mehr als 1840. Das Gehalt der Dozenten allein erfordert 305,375 Rthl. — Unsere Kornpreise sind in dieser Woche wieder etwas höher gegangen, so daß man unter 4 Rthl. bis 4 Rthl. 5 Sgr. keinen Roggen bekam. — Das Potsdamer Amtsblatt giebt eine Uebersicht des Erfolgs und der Thätigkeit der Schiedsgerichte und der Schiedsmänner im Bereich des Kammergerichts; es ist nicht viel Erfreuliches daraus zu sehen, besonders aber scheint in Berlin das Schiedsgericht wenige willige Herzen zu finden. Von 46,241 Civilproessen, welche im vorigen Jahre hier geführt wurden, was beiläufig gesagt 7176 mehr ist, als im Jahre 1845, wurden nur 488 verglichen.

Der Landtags-Abgeordnete und Älteste der Kaufmannschaft von Danzig, Herr Abegg, welcher schon seit dem Beginn des vereinigten Landtags sich in einem leidend aufgeregten Zustande befunden, hat leider den Schluß der Session nicht abwarten können, sondern sich am 10. Juni zuerst nach Breslau und von da auf sechs

Wochen in das Bad begeben, das ihm die Aerzte gerathen haben. Es ist zweifelhaft, ob sich der Landtag noch veranlaßt sehen wird, seinen Stellvertreter einzuberufen, indem der Schluß desselben wohl bald bevorsteht. — Von den Mitgliedern des Herrenstandes sind mehrere wieder zurückgekehrt, so daß ihre Zahl jetzt wieder gegen fünfzig beträgt. — Die vergangene und die laufende Woche haben uns unstreitig die wichtigsten Verhandlungen des vereinigten Landtages gebracht, welche für die diesjährige Session die eigentlich entscheidenden sind. — Vorgestern Abend fand in dem Börsensaale hieselbst die erste Versammlung des am 7. April d. J. begründeten wissenschaftlichen Vereins für Handel und Gewerbe statt, und war von etwa hundert Theilnehmern und Gästen besucht, indem jedes Mitglied die Erlaubniß hat, Gäste mitzubringen, welche auch an der Diskussion Theil nehmen können. Nachdem das Protokoll der konstituierenden Versammlung durch den Sekretär der Gesellschaft verlesen und angenommen war, machte ein Mitglied bemerkt, daß der Vorstand des Vereins statutenmäßig die Verpflichtung habe, wenigstens alle vier Wochen eine Versammlung zu halten; nun seien aber seit dem 7. April bereits über acht Wochen verstrichen und erst am 9. Juni finde die erste Versammlung statt. Der Vorsitzende, Herr geh. Rath Naunyn, suchte den provisorischen Vorstand durch die wichtigen Ereignisse unter uns im Landtage zu entschuldigen, worauf entgegnet wurde, daß gerade diese, vielleicht so günstige nie wiederkehrende, Gelegenheit hätte benutzt werden sollen, um Aufklärungen über die schwierigen Fragen der Handelsfreiheit zu verbreiten, indem die meisten Mitglieder des Landtages selbst, da sie nicht Handelsreibende oder Fabrikbesitzer wären, mit den Details derselben vollkommen unbekannt seien; denn die Mehrzahl unseres Volks hänge noch immer an dem trivialen (?) Satz der Schutzgölner: „Sollen wir denn dem Engländer unser Geld geben für Dinge, die wir selbst produziren können?“ Der Vorstand versprach hiernach, die Versammlung foglich auf Sonnabend den 19. Juni einzuberufen, worauf ein Vortrag des Professors Dönitz zu den Verhandlungen selbst führte. (Spen. 3.)

**S. Breslau, 10. Juni.** (Zur Steuerfrage.) Der Berliner Z. Correspondent gibt sich in Nr. 100 dieser Zeitung das Ansehen, als habe er meinen ersten Artikel über die Unzweckmäßigkeit der Mahl- und Schlachtsteuer in Nr. 93 d. Bl. lediglich als gegen Herrn Liedke gerichtet betrachtet, während ihm doch bei einiger Aufmerksamkeit unmöglich entgehen konnte, daß Herrn Liedke's Gründe für Beibehaltung der indirecten Steuer von mir nur beiläufig besprochen wurden. Möge nun die mit dieser Frage beschäftigte Commission des vereinigten Landtages den Liedke'schen Gründen so viel Aufmerksamkeit und vielleicht auch Beifall schenken, als sie wolle, so wird sie doch die gewiß nicht unwichtigen Gegenstände einer nicht minder gerechten Aufmerksamkeit würdigen und bei ihren Beratungen ohne Zweifel bedacht haben, es sei bei dieser Frage eben so sehr in Anschlag zu bringen, nicht nur daß die bestehende Armuth erleichtert, sondern auch daß dem weitern Umsichgreifen derselben möglichst gewehrt werde; und dies geschieht allerdings durch Einführung einer Steuer, welche nicht auf allen Ständen, den Besitzenden wie Besitzlosen, mit gleicher Schwere lastet. Für die Klassensteuer (natürlich würde dies auch bei der Einkommensteuer der Fall sein) bestehen gewisse Abstufungen, nach denen der Reiche und Wohlhabende mehr, der Arme weniger zahlt, während die indirecte Steuer eine solche Scala nicht zuläßt, so daß auch der Ärmste, so lange er nicht betteln geht, genöthigt ist, seine Lebensmittel eben so hoch wie der reichste Rentier zu versteuern. Ist dies ein Zustand, welcher auf Gerechtigkeit basiert ist? Jeder soll nach seinen Kräften beitragen; nimmermehr aber wird man es rechtfertigen können, daß eine arme tagelöhnende Witwe dasselbe Brot gerade so hoch versteuern muß als ihr Brother, welchem die Ausgabe von 100 Thalern noch lange nicht so schwer fällt, als ihr die von 6 Pfennigen. Der Correspondent stellt unter Anderm die Frage auf, was der Bäcker, der Fleischer beim Einkauf für 6 Pfennige Brot oder 1/2 Pfund Fleisch oder 6 Pfennige Schweinefleisch an Steuererlaß bewilligen solle. Darauf die Antwort, daß 1/2 Pfund Fleisch nach Aufhebung der Schlachtsteuer um 3 Pfennige billiger geliefert werden kann, als früher, wie man sich in allen den Städten der Provinz überzeugen wird, in denen keine indirecte Steuer besteht. Für 6 Pfennige dürfte man sich wohl weder in Breslau noch in Berlin öfters Brot kaufen, da die Vertheilung eines solchen Minimums unter eine ganze Familie ihre großen Schwierigkeiten haben dürfte. Gesezt aber auch, es geschähe, so wird mir mein Gegner gewiß zugeben, daß für eine arme Familie auch ein einziges Schnittchen Brot mehr von keiner geringen Erheblichkeit ist. Will man außerdem für die unterste Klasse der Armuth wirklich etwas Nachhaltiges thun, so erlasse man derselben an direkter Steuer so viel, als jetzt die Communen der Steuerbehörde für Verwaltungskosten vergüten müssen. Dies wäre doch gewiß ein einfacheres Mittel, als dem Staate zuzumuthen, die Steuer zu erheben, Getreide für dieselbe einzukaufen, dasselbe zu vermahlen, Brot zu backen und dasselbe als Rückgewährung an die ärmern Klassen

zu vertheilen. Die Kosten eines so weitläufigen Verfahrens würden den beabsichtigten Vortheil bei weitem übersteigen. Da in Breslau z. B. der Kostenabzug für die, durch die indirecte Steuer nöthig gewordene, Verwaltung mehrere Tausend Thaler beträgt, so könnten auf die von mir vorgeschlagene Weise eine bedeutende Anzahl armer Familien, welche vielleicht jährlich mit 1 Thaler zur Klassen- oder Einkommensteuer herangezogen würden, sehr nachdrücklich durch ganzen und theilweisen Erlass unterstützt werden. Doch die sonnenklarsten Gründe müssen verstummen, sobald es sich um das Interesse des Geldbeutels handelt. Der liberale wie der conservative Geldbeutel scheut mimosenartig jede Berührung, und wenn die „Gründe so gemein wären, wie Brombeeren“, so würde er sich doch nicht öffnen, um ihnen Gehör zu geben. Die indirecte Steuer, obgleich im schärfsten Widerspruch zu dem Verlangen nach Handels- und Pressefreiheit, nach politischen und kirchlichen Reformen, ist nichtsdestoweniger das Schooßkind einer sehr großen Anzahl von Menschen, welche für das Recht ihre Stimmen laut zu erheben pflegen, sobald diese Anwaltschaft nur nichts kostet! Nachdem fast alle Mittel zur Abwehr einer so großen Gefahr, als die Einführung der Einkommen- und Klassensteuer mit sich bringen soll, erschöpft sind, rafft sich der Nordhausener Justizcommissar (S. J. Werther\*) zu dem äußersten Schreckensrufe zusammen und schreit „Revolution!“ Ja! Ihr Unglücklichen, die Aufhebung der indirecten Steuer, gegen welche vom politischen, moralischen und finanziellen Standpunkte so viel geschrieben worden ist, befördert — die Revolution! Hr. Werther hat's einmal gesagt, und wenn er es auch in einer etwas burlesken Manier („in freckoartigen Umrissen“ nach seiner Meinung) gesagt hat, so klingt das Wort „Revolution“ doch schrecklich genug, um alle alten Weiber zittern zu machen. Nach diesem Advokaten der indirecten Steuer, welcher die höhere Besteuerung des Städtebewohners durch die indirecte Steuer aus dem Grunde gerechtfertigt findet, „weil in großen Städten das Geld weit weniger Werth habe, als auf dem Lande“, würde die Einkommensteuer „auf eine etwas unzarte Weise die wunden Flecken der commerciellen Welt aufdecken“ (je eher, desto besser für die nicht commerciellen Welt!), den „ruhigen Bürger wider Willen“ (armes schwaches Geschöpf!) „revolutionär machen“ und (man höre!) „den geheimen Wunsch nach einer andern Staatsregierung, nach einer wohlfeileren Form, nach einer Republik“ (Samor mit einer Jakobinermütze gekrönt) erregen. „Der Magen“, meint der Justizcommissar Werther, „hat von jeher mehr Revolutionen gemacht, als der Kopf; man hüte sich, diesen schlimmsten aller Tyrannen aufzubringen“ (nämlich wenn man ihn statt mit der Mahl- und Schlachtsteuer nur mit Einkommensteuer füttert), „wenn man die Dauer monarchischer Formen wünscht. Ein satter Mensch — ein guter Mensch, ein Hungeriger — eine wilde Bestie.“ Wahrlich, eine Sache, die zu solcher Fresskomaterie ihre Zuflucht nehmen muß, gibt sich selbst verloren.

**Δ. Posen, 6. Juni.** Wie schon im vorigen Sommer, sind bereits auch in diesem wiederum viele jüdische Familien nach Amerika ausgewandert und andere schicken sich zu dieser Reise an. In der Regel sind es mehr oder weniger wohlhabende Leute, von denen sich nicht sagen läßt, daß Nahrungslosigkeit sie hinwegtreibe; aber eben so wenig darf man behaupten, daß es die Sehnsucht nach größerer politischer und bürgerlicher Freiheit sei, als sie hier genießen. Die Veranlassung zu der sich immer mehr steigenden Auswanderungssucht unter den Juden, sind die Berichte, welche die Vorangegangenen ihren hiesigen Angehörigen zusenden, und in welchen Amerika als ein Eldorado geschildert wird, wo Milch und Honig fließt. Allerdings nimmt einen Theil dieser Berichte die Schilderung von der Glückseligkeit ein, die die neuen Ansiedler in Folge der unbedingten Toleranz der Amerikaner und der bürgerlichen und politischen Berechtigung der Juden gegen hier genießen, wo alte Vorurtheile sie drücken und beengen, allein vorzüglich sind es die Schilderungen des größeren materiellen Wohlstandes, welchen die Briefsteller nach kurzem Aufenthalt erreicht haben wollen. Wir möchten nun sehr geneigt sein, die unbedingte Wahrhaftigkeit dieser Berichte zu bezweifeln, obgleich der jüdische Auswanderer vermöge seiner Zähigkeit und Genügsamkeit es unbedingt immer leichter zu etwas bringt als der christliche. Dennoch möge man wohl prüfen, von wem jene Glückseligkeitschilderungen ausgehen, ob dieselben nicht der Leichtsinns oder ein gewisses Gefühl der Scham diktiert hat, das vielleicht den eigenen Mißgriff und die eigene Ueber-eilung und Unbesonnenheit nicht gesehen will. Diese Auswanderung möglichst zu verhindern, ist für den Staat von Interesse und von noch größerem für unsere Provinz. Wir sagten schon, daß die Auswanderer theils mehr oder weniger wohlhabende Leute wären, es geht mit ihnen daher ein nicht unbedeutendes Kapital aus der Provinz und überhaupt aus dem Lande, es geht

\*) „Umwandlung der Schlacht- und Mahlsteuer in eine Einkommensteuer ist ein Beförderungsmittel zur Revolution. Eine Tagesfrage, besprochen von S. J. Werther, Justizcommissar in Nordhausen. Leipzig 1847.“ (Gewidmet dem vereinigten Landtage.)

mit ihnen ferner der bessere und gebildete Theil der jüdischen Bevölkerung weg, während der ärmere und ungebildete Theil hier durchaus festgebannt ist und immer mehr zur Plage wird.

## Deutschland.

**Stuttgart, 6. Juni.** Von den in der Nacht des 3. Mai verhafteten Tumultuanten ist weit der größere Theil wieder in Freiheit gesetzt worden. Selbst der am schwersten gravirt bezeichnete Stuttgarter Buchbinder wurde wieder in Freiheit gesetzt. (Prob.)

**Vom Main, 8. Juni.** In einem Briefe an einen Freund spricht sich J. Ronge nicht sehr günstig über das letzte deutschkatholische Concil in Berlin aus. Seine Erwartungen scheinen durch dessen Ergebnisse wenig befriedigt worden zu sein. Am missfälligsten äußert er sich über Dr. Dethier, der es an freundschaftlichen Vorkehrungen nicht hatte fehlen lassen, um Ronge zu verhindern, zur Eröffnung der Versammlung einzutreffen, um selbst gewisser zu sein, zum Vorsitzenden gewählt zu werden. In dem Briefe Dr. Dethier's an Ronge war ausdrücklich bestimmt, daß Letzterer erst am Mittwoch in Berlin ankommen solle. Ronge fand sich jedoch nicht veranlaßt, dieser Vorschrift Folge zu leisten, und ward von seinen „wärmsten Freunden“ ziemlich mißgestimmt empfangen. Auch Schuselka soll sich etwas erregt über die Vorgänge in Berlin ausgesprochen haben. Die Angelegenheit hat sich in einer Weise gestaltet, daß sie jedenfalls noch ausführlicher öffentlich besprochen werden wird. (D. P. A. Z.)

**Darmstadt, 8. Juni.** Es verbreitet sich das Gerücht, daß sowohl die hiesige als die Offenbacher und Kreis-Friedberger Turngemeinde aufgelöst werden soll. Spuren kommunistischer Tendenzen, welche sich in den Turngemeinschaften gezeigt, sollen zu obiger Maßregel Veranlassung gegeben haben. — Ueber den Conflict zwischen Herrn Heinrich v. Gagern und Herrn Georgi vernimmt man, daß ein höherer Einfluß gegen Beide eingeschritten sei und es zu dem beabsichtigten Zweikampfe in keinem Falle kommen werde. (D. P. A. Z.)

## Oesterreich.

**\* Wien, 9. Juni.** Unsere Getreidepreise erhalten sich im Verhältniß zu denen im Auslande noch immer ziemlich hoch. Die Ursache ist, weil mehrere Komitate in Ungarn seit 14 Tagen die Ausfuhr ebenfalls gesperrt haben. Das Raaber Komitat hat sich seit 10 Tagen ebenfalls dazu entschlossen und deshalb sind die Preise an der ungarischen Grenze so wie hier. — Gestern und heute setzen die Stände ihre Beratungen im Landhause fort und es kam gestern zu sehr interessanten Debatten über die Rechte und Privilegien der Stände. — Aus Athen traf gestern die Nachricht vom 30. Mai ein, daß die griechisch-türkische Frage ganz unerwartet ihrer Lösung und zur Befriedigung beider Theile nahe sei. Der russische Minister in Konstantinopel soll durch seinen Einfluß viel hierzu beigetragen haben.

**Wien, 10. Juni.** Aus Steiermark ist hier die amtliche Anzeige von einem großartig ausgeführten Betrug eingetroffen, den ein Jude aus Triest an Getreidehändlern verübte, denen er eine sehr bedeutende Quantität Korn abgekauft hatte, das bereits wieder an Triester Häuser verkauft war, als die steierischen Verkäufer zu ihrem nicht geringen Schrecken plötzlich inne wurden, daß das von dem Juden empfangene Geld in lauter falschen Banknoten bestesse, und folglich werthlos sei, indem die Bank keine falschen Noten vergütet, wenn sie auch noch so täuschend nachgeahmt sind. Die Errichtung der Bankpolizei, als deren künftigen Chef man den k. k. Polizeiobercommissar Felsenthal nennt, wäre eine eben so notwendige als für den Kredit der Nationalbank höchst förderliche Maßregel, welche lediglich an dem Widerstande des Buchhalters der Bank, Herrn Salzmann, zu scheitern droht, denn da derselbe für die letzte Ausgabe der nach seiner Angabe verfertigten Banknoten eine Remuneration von 30,000 Fl. erhalten hat, so ist es ihm allerdings etwas unangelegen, durch Beantwärtung der erwähnten Bank-Polizei die ungenügende Sicherheit seiner Banknoten, für deren Fälschung er sich so theuer bezahlen ließ, indirect einzugehen. — Se. Majestät der Kaiser haben die seit längerer Zeit erledigte Stelle eines Ober-Feldarztes der k. k. Armee dem k. k. Regierungsrath und Professor Dr. Bischof von Altenstein verliehen, und zum Präses der medizinischen Fakultät an der hiesigen Universität und Sanitätsreferenten bei der k. k. Hofkanzlei den Regierungsrath Dr. v. Well ernannt. — In diesen Tagen verchied der Schriftsteller Soplowics von Jesenove, gräflich Schönbornscher Rath und Direktor der Majorschaften Munkacs und Szent Miklos in Ungarn, 67 Jahre alt. — Die Akademie der Wissenschaften hat noch kein Staatsgebäude zu ihrer Verfügung erhalten und sind derselben bis auf weitere Veranordnung Lokalitäten in jenem Flügel der Hofburg zur Benützung angewiesen worden, in dem sich die k. k. Hofbibliothek befindet. Die Wahl der Präsidenten, Sekretäre und der noch fehlenden Mitglieder dürfte im Monat September vorgenommen werden, da man die Studien-Ferien abwarten will, weil sehr viele Akademiker Professuren bekleiden; Präsident wird ohne Zweifel der Hofrath Baron Hammer-Purgstall, das älteste und berühmteste sam-

licher Mitglieder der neuen Korporation, und als Vize-Präsidenten bezeichnen viele Stimmen den Dr. und Professor Endlicher. — Das Haus in der Rauchensteingasse, zum Auge Gottes genannt, in dem der herrliche Mozart seine schönsten Tonbildungen schuf und auch 1791 starb, wird jetzt niedergerissen, um einem geschmackvollen Neubau Platz zu machen. Der Eigentümer des Hauses, der Italiener Galvagni, hat so viel Achtung für die Namen des unsterblichen Meisters, daß er in dem Hofraum des neuen Hauses zum Andenken an den früheren Bewohner das ehrene Brustbild Mozarts aufstellen läßt.

**Prag, im Juni.** Der Beschluß der böhmischen Stände, ihren Verhandlungen im Wege der Tagespresse die möglichste Oeffentlichkeit zu verleihen, ist bereits als eine Frucht des vereinigten Landtages in Berlin zu betrachten, wohnin sich bekanntlich einige böhmische Kavaliere begeben hatten, um die Elemente und den Fortgang der Versammlung in der Nähe zu beobachten. Die Bereitwilligkeit, womit dort die Herrenkurie auf den Vorschlag des Fürsten Lichnowsky einging, und die Darlegung aller für den Hochadel daraus entwachsenden Vortheile hat unsern Ständen die Augen geöffnet über die Nothwendigkeit, sich durch die unbeschränkte Oeffentlichkeit beim Publikum Vertrauen zu erwerben, denn ohne dieses kann das Volk keine Theilnahme für die jungen ständischen Regungen gewinnen, und ohne diese Theilnahme besitzt die ständische Opposition der Regierung gegenüber keine Lebenskraft, keinen moralischen Halt, und muß unbeachtet verhallen. — Daß die Stände für die Emporbringung der Flachsspinnerei mittelst Geldprämien, jährlich die Summe von 600 Dukaten ausgesetzt haben, erwirbt ihnen in einem Theil des Landes eine bedeutende Popularität, und ist demnach, abgesehen von dem unmittelbaren Nutzen, eine kluge Maßregel gewesen.

**SS Pesth, 8. Juni.** Wir können die erfreuliche Mittheilung machen, daß das freie Bauernthum wieder einen bedeutenden Zuwachs erhalten. Der Marktflecken Gyarvas im Békéscher Komitat hat sich nämlich für 665,000 Gulden auf ewige Zeiten von seiner Grundherrschaft losgekauft. — Nach offiziellen Berichten herrscht im Ungarischen Komitat in Folge der Noth eine größere Sterblichkeit als zur Zeit der heftigsten Cholera. Auch ist der sittliche Zustand in diesem Komitate nichts weniger als befriedigend. Im Komitategesängnis saßen im verfloßnen Jahre 43 Mörder und 199 Diebe. — Es ist hier eine Alimentskommission unter dem Präsidium eines königl. Kommissärs zusammengesetzt, welche von morgen ab Brod backen läßt, das an die Armen zu dem Kostenpreise verkauft werden wird. Die Getreidepreise sind in den letzten Tagen hier wieder gestiegen, und man sieht der baldigen Entee mit ängstlichem Verlangen entgegen, welche den Machinationen der Kornwucherer ein Ende machen wird. Gewisse Blätter, welche im Solde dieser Wucherer sind, haben uns weiß machen wollen, daß die Banern, namentlich in denjenigen Gegenden, wo kein Mißwachs war, durch die Theuerung ihrer Produkte nur gewonnen haben. Es ist aber dem nicht so. Denn die Kornspekulanten haben den Bauern ihre Vorräthe gleich nach der Erndte, und zum Theil noch vor der Erndte zu etwas erhöhtem Preise abgekauft, so daß die Bauern jetzt ihren eigenen Bedarf drei- und vierfach höher bezahlen müssen, und durchschnittlich bedeutend im Verluste sind.

### Großbritannien.

**\* London, 7. Juni.** Auf der Börse hatte man heute neue Nachrichten von dem Kafferkriege, aber nichts Entscheidendes. Der Häuptling Pato hatte seine Unterwerfung angeboten. Die Consols schlossen mit 87 $\frac{7}{8}$ . Man sagte, der Erbprinz von Lucca habe bei seinem Besuch in London die Absicht, die Königin Victoria zu vermögen, den König von Neapel mit seinem Bruder auszusöhnen. — Auf der Nordwest-Bahn sind in der Nacht zu Sonntag durch das Anfahren des Personenzugs gegen ein Paar Kohlenwagen 2 Personenwagen zertrümmert worden, wobei 7 Menschen das Leben verloren.

### Frankreich.

**\* Paris, 8. Juni.** Die heutige Börse war außerordentlich bewegt; es verbreitete sich nämlich plötzlich das Gerücht, daß der König in Neuilly sehr krank geworden sei. Die Course fielen in wenigen Augenblicken unglaublich, da kamen aber als man eben abschließen wollte, bessere Nachrichten. Der König befindet sich allein nicht unwohl, sondern war heute früh in Paris und fuhr eben hinaus nach Neuilly, um mit dem päpstlichen Nuntius, den er hinausgeladen eine Familie zu speisen. Die Course schlossen 3 pCt. 77 $\frac{3}{10}$ , 5 pCt. 117, Nordbahn 601 $\frac{1}{4}$ . — Die Kammern setzten heute ihre gestrige Verhandlungen fort, die Pairskammer die Erörterung des Gesetzes über die Doktoren und Apotheker und die Deputirtenkammer die Debatte über die Kredite für Alger. Als die letztere Kammer heute die Sitzung eröffnete, waren so wenige Mitglieder zugegen, daß der Präsident erklärte, er werde nöthigenfalls morgen zum namentlichen Aufruf schreiben, wenn die Herren Deputirten nicht gewissenhafter sein würden. Du-Roya, der gestern die Versammlung beehrte, war

auch wieder zugegen und ließ sich von seinem Dolmetscher und diplomatisch-polizeilichem Mentor und Aufpasser die Reden übersetzen, aus denen er selbst nichts verstand, als die Worte Alger und Araber. Es läßt sich wohl erwarten, daß der Uebersetzer mit Auswahl verfahren sein werde; man sah auch nicht, daß er interpretirte, als von der barbarischen Behandlung der Araber, von dem Vertilgungskriege gegen dieselben die Rede war, wohl aber, als man die Tapferkeit, den Muth, den Eudessinn und ihre Bestreben, sich europäisch zu civilisiren, schilderte. Man sagt, daß das Ministerium bei dieser Debatte wahrhaft auf Kohlen saß; es fürchtet nämlich, daß der Marshall Bugeaud vor Beendigung der Debatte anlangt und die Minister noch mehr kompromittirt, als er es schon gethan hat. Es ist jetzt ohne Zweifel, daß er den ganzen Kriegszug gegen das Kabylenland gegen den Willen der Minister geführt, und daß er das Geld dazu aus den Kassen genommen hat, ohne zu fragen. Ein wahres Glück, daß die ganze Sache so schnell verlief. Die Commission der Deputirtenkammer in der Angelegenheit des Herrn E. v. Girardin hat Herrn von Lavieille zu ihrem Präsidenten gewählt. Der Minister des Innern, Graf Duchatel, ist wieder krank geworden. — Der Ministerrath hat beschlossen, die französische Schiffstation im Tago (bei Lissabon) um vier Fahrzeuge zu verstärken. — Aus Madrid reichen die Nachrichten bis zum 3ten. Die Königin befindet sich noch in Madrid und der König noch immer im Pardo. Der letztere hatte einige Spazierfahrten gemacht, bei denen er Madrid selbst sehr nahe kam. Die Königin hatte dem päpstlichen Nuntius die erste Audienz ertheilt. Der Prälat hatte dabei von dem traurigen ehelichen Zwist gesprochen. Das Ministerium war theils mit der Expedition nach Portugal, theils mit Theuerungsunruhen beschäftigt. Auch in Avila hatte man Feuer geben müssen. Es wurde Alles aufgeboten, um in Madrid selbst ähnliche Auftritte zu verhüten. — Gal. Mess. enthält nach der Helvetie ein paar Noten, welche der französische Gesandte und der Präsident der Tagessatzung mit einander gewechselt, der Inhalt betrifft die Freischaaren, deren Führer Dassenbein einst war, Vorwürfe und Abweisungen.

### Spanien.

**Madrid, 2. Juni.** Am 30. Mai traf das am 21. in London von den Repräsentanten Englands, Frankreichs, Portugals und Spaniens unterzeichnete Protokoll hier ein, durch welches der Einmarsch eines spanischen Hülfscorps in Portugal zum Behufe der Unterdrückung des dortigen Aufstandes verfügt wird. Am 31sten unterzeichneten hier der Minister-Präsident Pacheco und der portugiesische Gesandte, Graf von Thomar, eine Uebereinkunft, in der die näheren Bestimmungen über das Einrücken dieses Hülfscorps von 14,000 Mann festgesetzt worden. Abschriften dieser Uebereinkunft wurden gestern durch Couriere nach London und Lissabon befördert. — Unterdessen lief hier die Nachricht ein, daß ein spanisches Corps unter den Befehlen des Brigadiers Lerjundi bei Tuy über den Minho ging, die portugiesischen Rebellen, welche die Grenzfestung Valenga blockirten und beschossen, zwang, die Belagerung aufzugeben, und diesen Platz besetzte. Es scheint, daß ein englischer Oberst, der von Lissabon über Vigo am 26. in Tuy ankam, dem dort anwesenden General-Kapitän von Galizien Depeschen überbrachte, in welchem ihm der Auftrag zur Besetzung der erwähnten portugiesischen Grenzfestung ertheilt wurde. — Die bewaffnete Intervention Spaniens ist also bereits zur Thatsache geworden. Die eigentliche Hülfscorps-Armee, die bei Salamanca zusammen gezogen wird, dürfte jedoch schwerlich vor 8 Tagen ins freie Feld rücken können, da zu der erforderlichen Verpflegung und Ausrüstung dieser Truppen bisher kaum die einleitenden Schritte getroffen worden sind. Die Regierung hatte anfangs Badajoz als den Stützpunkt auserkoren, von wo aus die Operationen gegen Portugal beginnen sollten. Auch begab sich der Befehlshaber der spanischen Avantgarde, am 27. von dort nach der portugiesischen Grenzfestung Elvas, um sich mit dem dortigen Gouverneur zu besprechen. Jetzt aber erhielten die bei Badajoz zusammengezogenen Truppen Befehl, nach Ciudad Rodrigo zu marschiren. Der Marsch ging mit solcher Uebereilung vor sich, daß von einem einzigen Bataillon am ersten Tage 1 Offizier und 6 Soldaten vor Ermattung umkamen und 160 Soldaten krank auf dem Wege zurückblieben. — Die Königin erhielt vor kurzem mehrere englische Reitpferde, die sie im Auslande ankaufen ließ. Sobald diese Pferde ankamen, wählte sie das stärkste aus und bestieg es, ohne es zuvor einem Stallmeister zur Probe zu übergeben. Die Geschicklichkeit, mit welcher sie dieses Pferd in raschem Galopp zu reiten versteht, erregt allgemeine Bewunderung. — Vorgestern begaben die Minister sich abermals nach dem Pardo und verweilten mehrere Stunden bei dem Könige, der die Absicht hegen soll, seinen Aufenthalt nach Valladolid zu verlegen. — Die Gaceta veröffentlicht heute ein königl. Dekret, kraft dessen der Friedensfürst (Godoy) für einen vollkommen schuldlosen Bürger erklärt und ihm die Erlaubniß zur Rückkehr nach Spanien ertheilt wird. Auch wird er in den Besitz seiner Titel und Würden wieder ein-

gesetzt, und eine besondere Kommission soll über die Ansprüche entscheiden, welche er, um zur Wiedererwerbung seiner Güter zu gelangen, erheben dürfte. Wenn man gleich hier aus Rücksichten der Billigkeit kaum etwas gegen diese Maßregel einzuwenden hätte, so findet man doch, in Betracht der obwaltenden Verhältnisse, daß es unzeitig war, das Andenken an einen Mann zu erneuern und öffentlich zu ehren, dessen Stellung zu den Großeltern der regierenden Königin so großes Aergerniß erregte. — Seit gestern ist es (wie bereits gemeldet) dem als Urheber des Attentats vom 4. Mai verhafteten la Riva gestattet, Besuche zu empfangen. Er testet auf seiner Schuldlosigkeit und fragt die ihn besuchenden Personen, ob irgend Jemand ihn des Königsmordes für fähig halten könne. (Aachen. Z.)

### Italien.

**## Venedig, im Juni.** Die Zusammenkunft der Familie des verstorbenen Erzherzogs Karl mit dem Könige und der Königin beider Sicilien, von welcher ich Ihnen neulich geschrieben, hat nicht in Zara, sondern in Rovigno stattgefunden, wobei neben dem Testament des Erzherzogs auch die projektirte Vermählung des Grafen von Trapani mit der Erzherzogin Marie zur Sprache kam. — Die in diesem Jahre hier stattfindende italienische Gelehrten-Versammlung wird am 13. September eröffnet und am 28ten desselben Monats geschlossen; zu Geschäftsleitern derselben hat man den Grafen Nicolo Priuli und den Ingenieur Pietro Paleocapo gewählt, und um den Congress so lehrreich als möglich zu machen, soll eine Kunst- und Industrie-Ausstellung damit verknüpft werden, und der Gemeinderath hat zur Bekreitung kostspieliger physikalischer Experimente die Summe von 10,000 Lire bewilligt. Die Sitzungen sind öffentlich und werden die herrlichen Säle des Dogenpalastes dazu eingeräumt werden, so daß die gelehrte Versammlung unmittelbar im Angesicht des welt-historischen Markusplatzes rathschlagen wird.

Die „Gazz di Firenze“ macht unterm 1. Junius einen Erlaß Sr. k. k. Hoheit des Großherzogs bekannt, aus welchem wir Folgendes entnehmen: Es soll zur Abfassung eines, der Bildung und dem socialen, moralischen und ökonomischen Zustande Toscana's entsprechenden Civil-Gesetzbuchs eine Kommission errichtet werden. Gleichzeitig wird eine zweite Kommission errichtet, um auf Grundlage der, von den von Uns eigens dazu beauftragten Gerichtspersonen vorgeschlagenen Prinzipien ein neues Strafgesetzbuch zu verfassen. (Wiener Z.)

### Dänemark.

**Kopenhagen, 7. Juni.** Binnen Kurzem wird ein russisches Dampfschiff hier eintreffen, welchem demnächst ein aus 9 Linien Schiffen, 3 Fregatten und mehreren Briggs bestehende russische Flotte folgen wird. (Börseh.)

### Lokales und Provinzielles.

**Breslau, 12. Juni.** Am 8ten d. wurde in der Ober hinter dem Schiffsverder der Leichnam eines unbekannten, von der Fäulniß schon angegangenen circa 40 Jahr alten Mannes gefunden.

Am 11. des Nachts gegen  $\frac{1}{2}$  12 Uhr entstand, wahrscheinlich durch Vernachlässigung, in dem 4. Stockwerk des Hauses Nr. 32 am Ring, dessen lange Seitenfront die ganze Länge des Hintermarktes bildet, Feuer, welches sich in diesem alten, höchst verbaute, mit vielem Holzwerk versehenen Gebäude, über den ganzen Bodenraum vom Entstehpunkte bis zur Schubbrücke mit reisender Schnelligkeit unaufhaltsam verbreitete. Mehrere Treppen waren bald durch Rauch und Flammen unzugänglich, und viele Bewohner des obersten Stockwerkes konnten nur durch die Fenster gerettet werden. — Hierbei leistete die neue, von dem Theater-Maschinenmeister Dreilich erfundene Rettungsleiter, welche in der Regel auch von ihm und seinen Arbeitern aufgestellt wird, wofür aber auch Mitglieder des Rettungsvereins eingeübt sind, die trefflichsten Dienste. Sie schob sich binnen wenigen Minuten auseinander und ragte noch über das Dachgesims des sehr hohen Hauses hinweg. Bis an ihr äußerstes Ende konnten sich Menschen mit größter Sicherheit, oft zwei nebeneinander, bewegen, und man sah Kinder und erwachsene Personen auf ihr heruntertragen. Bei dieser Gelegenheit zeichnete sich auch der erst kürzlich wegen früherer Menschenrettung von das Königs Majestät mit der Rettungs-Medaille beehrte Tischlermeister Mocha aus, welcher eine Frau und ein Kind zugleich herunterbrachte, erstere auf dem Rücken tragend und letzteres im Arme haltend. Der Maurerpolier Tieg und Maurergeselle Steuer retteten die im vierten Stockwerke durch die Flammen in ihrer Stube abgesperrte Familie des Posamentier Reinelt dadurch, daß sie mit ihren Picken die Wand durchschlugen und ihr so einen Ausgang verschafften. — Dyrerachtet das Feuer in dem alten Gebäude viele Nahrung fand, und ihm von dem Nebenhanse aus, weil dieses niedriger ist, schwer beizukommen war, so gelang es doch der thätigen und angestrengten Löschhilfe, das Feuer vom Bodenraume auf das oberste Stockwerk zu beschränken und nach Verlauf von 4 Stunden alle Flammen gelöscht zu sehen. Auch

hierbei leistete die Dreilichsche Leiter sehr gute Dienste, weil von ihr aus das Feuer auch von der Seite des Hintermarktes von oben herab mit Schlauchsprizen bekämpft werden konnte. — Verunglückt ist, so viel bis jetzt bekannt, Niemand, der Rettungsverein zeigte sich sehr thätig.

In der beendigten Woche sind (erl. eines im Wasser verunglückten Mannes, eines Selbstmörders und vier todtgeborenen Knaben) von hiesigen Einwohnern gestorben: 40 männliche und 31 weibliche, überhaupt 71 Personen. Unter diesen starben: an Abzehrung 10, an Altersschwäche 4, an Durchfall 1, an Darmleiden 1, an Gehirn-Entzündung 3, an Lungen-Entzündung 1, an katarrhalischem Fieber 2, an Nerven-Fieber 2, an Fehr-Fieber 4, an der Sicht 1, an organischem Herzerfehler 1, an Keuchhusten 1, an Krämpfen 8, an Magen-Krebs 1, an Lungenleiden 1, an Lungenlähmung 1, an Magenleiden 2, an Skrofeln 1, an Schlagfluß 2, an Strickfluß 1, an Schwämmen 1, an Lungen-Schwindsucht 15, an Unterleibsleiden 1, an allgemeiner Wassersucht 5, an Gehirn-Wassersucht 1. — Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: unter 1 Jahre 18, von 1 bis 5 Jahren 9, von 5 bis 10 Jahren 7, von 10 bis 20 Jahren 6, von 20 bis 30 Jahren 5, von 30 bis 40 Jahren 4, von 40 bis 50 Jahren 4, von 50 bis 60 Jahren 2, von 60 bis 70 Jahren 7, von 70 bis 80 Jahren 8, von 80 bis 90 Jahren 1.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 3 Schiffe mit Eisen, 5 Schiffe mit Zinkblech, 5 Schiffe mit Kalk, 3 Schiffe mit Ziegeln, 12 Gänge Eisenbahnschwellen, 38 Gänge Bauholz und 19 Gänge Brennholz.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Oberpegel 14 Fuß 9 Zoll und am Unterpegel 1 Fuß 4 Zoll, mithin ist das Wasser seit dem 5ten d. Mts. am ersten um 4 Zoll wieder gestiegen.

Im vorigen Monat haben das hiesige Bürgerrecht erhalten: 2 Holzhändler, 7 Kaufleute, 2 Schlosser, 5 Hausacquirenten, 1 Strumpf-Fabrikant, 1 Lohnfuhrmann, 2 Viktualienhändler, 1 Färber, 1 Agent, 3 Restaurateure, 1 Goldarbeiter, 2 Tischler, 1 Fleischer, 3 Schneider, 2 Handelsleute; 1 Mehlhändler, 1 Lohnkutscher, 1 Schuhmacher.

Von diesen sind aus den preussischen Provinzen 32 (darunter aus Breslau 8), aus dem Königreich Hannover 1, aus österreichisch Schlessien 1, aus dem Königreich Sachsen 1, aus dem Herzogthum Braunschweig 1 und aus Polen 1.

† Breslau, 12. Juni. Leider haben wir schon wieder einen höchst beklagenswerthen Unglücksfall zu berichten. Verfloßene Nacht um halb 12 Uhr verkündeten nämlich die Feuer-Signale der Thürmer und Nachtwächter den Ausbruch eines Feuers innerhalb der Stadt. Dasselbe brach in dem Hause Hintermarkt Nr. 1, Eigenthum des ehemaligen Gutsbesitzer Brody, in der 3ten Etage, der Wohnung des Schuhmachermeisters Schwarzbeck aus. Binnen 3 Stunden wurde sowohl diese, als auch die 4te Etage, bewohnt vom Sattlermeister Nowotny, und Posamentirer Reinel, ferner der Dachstuhl des genannten Hauses, des dazu gehörigen Schuhbrücke Nr. 75 — und theilweise des Hauses Schuhbrücke Nr. 76, Eigenthum des Kaufm. Fischer, ein Raub der Flammen. — Reinel und dessen Frau und Köchin entrannen dem Feuertode nur dadurch, daß ihnen Hülfsleistende einen Ausweg durch die Wand des Nachbargebäudes öffneten, indem sie die Mauer durchbrachen; seine 3 Kinder, von 6, 4 und 3 Jahren, wurden vermittelst der schnell herbeigeschafften Rettungsleiter dem nahen Tode entzissen; die Mutter der Köchin aber rettete sich durch einen Sprung auf die Altane des 3ten Stockwerks. Vermißt wird Niemand; dagegen sind Reinel, Schwarzbeck und Nowotny fast von ihrer ganzen Habe entblößt, indem ihnen zu deren Rettung ohne Gefahr ihres eigenen Lebens keine Zeit blieb. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht ermittelt. Der Rettungsverein, die Jüdischgemeinde mit ihrer Schlauchsprize und das Kreischmer-Mittel mit ihrer Sprize, verdienen ihrer Thätigkeit wegen, hauptsächlich erwähnt zu werden.

Breslau, 12. Juni. Die Erkenntnisse gegen die bei dem Tumult am 22. März d. J. betheiligten Personen gehen nunmehr auch hier, wie in Berlin, nach und nach ein, und sind theilweise sehr streng ausgefallen. In den letzten Tagen sind drei solcher Erkenntnisse abgefaßt worden. Bei zweien wurden die Inculpanten zu einer je sechsmonatlichen Festungs-Strafe außer der körperlichen Züchtigung verurtheilt. Der dritte der zur Untersuchung Gezogenen wurde mit einer achtmonatlichen Festungsstrafe belegt. Von den sämtlichen bis jetzt ergangenen Erkenntnissen ist auch nicht eines gegen einen derjenigen Tagelöhner gerichtet, welche bei dem Räumen des Stadtgrabens beschäftigt gewesen und durch das Aufhören dieser Arbeiten brotlos geworden waren. Es stellt sich immer mehr heraus, daß bei jenem Tumulte keinesweges die bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten und entlassenen Arbeiter, welche am Tage in der Stadt herumgezogen wa-

ren, sondern ganz andere Personen betheiligt gewesen sind, welche weder bei den städtischen Arbeiten interessiert noch auch von etwa von besonderer Noth gedrängt waren. Man kann vielmehr als gewiß annehmen, daß jener ganze Exceß das Resultat einer gemeinen und verwerflichen Gesinnung war, die an derartigen Auftritten ohne alle äußere Veranlassung um ihrer selbst willen Wohlgefallen findet. (Bresl. Anz.)

Breslau, 12. Juni. Die Angaben mehrerer hiesiger und auswärtiger Blätter, das alte Seminar-Gebäude sei für die Bürger-Versorgungs-Anstalt erworben worden, haben sich nicht bestätigt. Der Kauf ist höhern Orts nicht confirmirt und das Gebäude nunmehr zur Aufnahme der kgl. Bauschule bestimmt worden. — Mit Bezug auf seine frühere Bemerkung, daß die Entscheidung über die neu zu errichtenden Seminare mit Nächstem zu erwarten stehe, können wir jetzt berichten, daß dafür die Plätze Löwen und Steinau definitiv auserselbst sind. (Ev. K. u. Schul-Bl.)

## Theater.

Am vorigen Freitage fand das zweite Concert der Geschwister Berwald unter Leitung ihres Vaters, des königlich schwedischen Kapellmeisters J. Berwald statt. Nach der recht macker ausgeführten Ouvertüre zu Fidelio von Beethoven, sangen Fräulein Julie und Friederike Berwald ein Duett aus Linda von Chamousin von Donizetti ganz vortrefflich und wurden mit reichem Beifall belohnt. Nicht minder ausgezeichnet und in allen Theilen vollendet war die Ausführung einer Arie aus Ernani von Verdi, gesungen von Fräulein Friederike, ebenfalls mit großem Beifall. Nach diesen italienischen Bravourstücken mußte uns nothwendig eine wahre Andacht überkommen, als das Requitiv der letzten großen Arie aus Don Juan: „Crudele! Ah no mio bene?“ begann. Fräulein Julie Berwald übertraf sich selbst in der Ausführung dieses Juwels eines Tonstückes. Welch inniger Vortrag, welche glückselige Intonation! welche klare Ausführung der schwierigen Koloraturen im Rondo! Fräulein Julie sang dem unsterblichen Meister zu Ehren, hätte er es doch hören können! Wir müssen gestehen, diese Arie seit vielen Jahren in solcher Vollendung nicht gehört zu haben, und bedauern jeden, der den Genuß an jenem Abende mit uns nicht getheilt hat: es war ein rein künstlerischer und ungetrübter Genuß! Am Schlusse trugen die drei Damen: Julie, Friederike und Hedda noch vier reizende schwedische Lieder unter allgemeinem Beifalle vor; das letzte davon mußte wiederholt werden.

Breslau, 11. Juni. Der in der General-Versammlung der Wilhelms-Bahn-Gesellschaft am 10. Dezember v. J. gefaßte Beschluß: das neu aufzunehmende Anlage-Kapital auch zur nachträglichen Verzinsung des ursprünglichen Stamm-Kapitals für das Jahr 1846 zu verwenden — unter Aushebung der entgegenstehenden Bestimmung des Statuts — ist durch die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 19. April d. J. sanktionirt worden, mithin der weiteren offensiven Besprechung entrückt. Die neu emittirten Prioritäts-Obligationen im Betrage von 250,000 Rthlr. werden mit 5 pCt. vom 1. Juli d. J. ab verzinst und vom 1. Juli 1850 ab amortisirt. Der Amortisations-Fonds wird aus mindestens einem halben Prozent des ausgegebenen Obligations-Betrages gebildet. Die pro 1846 nachträglich zu bezahlenden, jetzt in eine Hypothek metamorphosirten Zinsen für das Stamm-Kapital von 1,200,000 Rthlr. mit 4 pCt. kosten jetzt 48,000 Rthlr., am 1. Juli 1850 aber schon die davon zu zahlenden Zinsen und die Amortisation zuzugerechnet, 54,050 Rthlr. Die Einnahme der Bahn im Mai betrug mit den Ergebnissen des Wollmarktes sowie der Verbindung mit der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, von der ab das goldene Zeitalter der Bahn feierlich zugesagt worden ist, 4928 Rthlr. 13 Sgr., eine sehr respectable Summe im Verhältniß zu den Einnahmen im März mit 2633 Rthlr. und im April mit 2923 Rthlr. Hiernach eine Durchschnitts-Monats-Einnahme auf 4000 Rthlr. angenommen und in Erwägung gezogen, daß jene 48,000 Rthlr., welche jetzt für verfallene Zinsen hingegen, unleugbar in die Luft verpuffen und dem Unternehmen nicht mit dem Werthe eines Nagels zu Gute kommen, jährlich 3650 Rthlr., also ziemlich einen vollen Monats-Ertrag kosten, scheint es wenig zweifelhaft, ob nicht die künftigen Besitzer der Stamm-Aktien mit einigem Kummer und Mißvergnügen die nachträgliche Zinsen-Berichtigung pro 1846 nach dem Beschlusse ihrer Vorgänger im Besitze in dem Ausgabe-Etat finden werden. Wir vernehmen übrigens, daß ein namhafter Theil der neuen Prioritäts-Obligationen Seitens der Besitzer von Stamm-Aktien in Berlin gezeichnet worden ist, natürlich unter Angabe der Dividenden-Scheine pro 1846 an Zahlungsstatt. Es spricht sich darin eine höchst anerkennungswerthe Courage und Zuversicht auf die Zukunft der Bahn aus, vielleicht auch die Ueberzeugung, daß die vorzügliche Verwaltung derselben das Wagstück gefahrloser macht. Wir haben erst unlängst wieder gehört, mit welchem fast rührendem Eifer sich ein Mitglied der Direktion sein Amt angelegen sein, wie er lieber den Zug 10 Minuten

später abfahren, als einen Verstoß gegen die Disziplin, seine Würde und die eingeführte Etikette ungerührt läßt. Wo die Interessen der Gesellschaft durch ihre Repräsentanten so aufmerksam wahrgenommen und so fleißig bewacht werden, da kann man sein Geld vertrauensvoll anlegen!

Es ist nicht wohl möglich, daß der Beschluß der General-Versammlung vom 10. Dezember v. J. nicht vom Hrn. Finanzminister unterstützt und bevortwortet worden sein sollte. In Ermangelung jedes andern durchgreifenden Beweggrundes glauben wir dabei die Absicht des Herrn Ministers zu erkennen, den statutenmäßig festgestellten und ausgedrückten Willen einer Gesellschaft in einer innern Angelegenheit so lange unverschränkt zu lassen, als er keinem positiven Gesetze zuwiderläuft. Formell war der Beschluß in Ordnung. Der Herr Minister hat seine Prüfung nur darauf gerichtet und einen gegen keine gesetzliche Bestimmung verstoßenden Akt der Machtvollkommenheit der General-Versammlung ohne Weiteres approbirt. Gegen die in dieser Sache gewählte Stellung steht das Verfahren des Hrn. Finanzministers in Beziehung auf die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn-Gesellschaft im scharfen Kontraste. Statutenmäßig, gestützt auf eine, wie uns dünkt, unzweifelhafte gesetzliche Disposition hat die General-Versammlung derselben am 29. April d. J. beschlossen, die vom Herrn Minister angeordneten Nachzüge vom 1. Juli d. J. ab eventuell mit Pferden zu befördern. Wir haben den Beschluß unsererseits materiell getadelt und richtig prophezeit, daß sich die daraus entstehenden Verwickelungen ohne Beschlußnahme einer neuen General-Versammlung nicht würden lösen lassen. Die neue General-Versammlung ist nun wirklich auf den 23. d. Mts. einberufen. Gleichzeitig wurde in Berliner Blättern gemeldet, daß der Herr Minister die beantragte Entschädigung für die Nachzüge abgelehnt und unter Rundgebung des schwersten Unwillens die fortdauernde Beförderung derselben durch Dampfkraft bei Vermeidung von Zwangsmaßregeln befohlen habe. Ja, die zu ergreifenden Zwangsmaßregeln sollen in der ergangenen Resolution schon in einer executio ad faciendum, bezeichnet sein. Wir tragen gerechte Bedenken, an die diesfälligen Nachrichten und Gerüchte zu glauben. Der Beschluß der General-Versammlung war unpraktisch, stellte drohend eine Alternative, welche den Herrn Minister an einer freundlichen Verständigung behinderte und zum ungünstigen Widerstand herausforderte. Jene executio ad faciendum, wollte man auch den Herrn Minister dazu berechtigt halten, wäre aber eine gleich unpraktische Drohung. Denn nach § 60 des Statuts kann die General-Versammlung das Ausscheiden der Direktions-Mitglieder verlangen. Beschließt sie also am 23., ihren früheren Beschluß aufrecht zu halten, so braucht sie nur das sofortige Ausscheiden der sämtlichen Direktions-Mitglieder — zum Schutze derselben — zu begehren. Dann hat der Herr Minister entweder keine zu erquickende Direktion oder eine solche, neu gewählte, welche die bedrohlichen Zwangsmaßregeln riskirt. In beiden Fällen führt die Eröffnung eines Krieges nicht zum Ziele. Wir haben jedoch auch nicht die fernste Mutmaßung, auf welche gesetzliche Berechtigung hin der Herr Finanzminister im vorliegenden Fall überhaupt Zwangsmaßregeln zu vollstrecken geneigt sein möchte. In den allgemeinen Landesgesetzen ist darüber nichts zu entdecken, im Statute eben so wenig, nach § 24 des Gesetzes vom 3. November 1838 giebt es nur einen Fall einer Nöthigung der Gesellschaft im Verwaltungs-Wege, nämlich zu Erfüllung der Verpflichtung, die Bahn nebst Transport-Anstalten in solchem Zustande fortwährend zu erhalten, daß die Beförderung mit Sicherheit und auf die der Bestimmung des Unternehmens entsprechende Weise erfolgen könne. Entspricht etwa eine Beförderung mit Pferden der Bestimmung des Unternehmens nicht, muß der Betrieb, wie der Hr. Minister befiehlt, der Sicherheit wegen mit Dampfkraft erfolgen? Gewiß nicht. § 4 des Statuts sagt ausdrücklich: „Die Gesellschaft wird die Transporte auf der Bahn durch Dampfswagen oder andere Beförderungsmittel für eigene Rechnung bewirken.“ Pferde aber sind nicht nur ein mögliches, sondern auch ein anerkanntes Surrogat-Beförderungsmittel auf Eisenbahnen und als solches von dem Hrn. Minister auf der Verbindungsbahn zwischen dem Oberschlesischen und Niederschlesisch-Märkischen Bahnhofe ohne Bedenken eingeräumt. Und was die Sicherheit anlangt, so galt ja noch vor wenigen Jahren bei uns offiziell der Satz, daß, sobald der dunkle Abend nahe, nur der Pferdebetrieb auf Eisenbahnen vollkommene Sicherheit gewähre. Die General-Versammlung hat jenen § 4 für ihren Beschluß in Anspruch genommen. Wir gestehen, daß wir nicht absehen, wie der Hr. Finanzminister,

(Fortsetzung in der Beilage.)

Sonntag den 18. Juni 1847.

(Fortsetzung.)

zu Zwangs-Maßregeln gelangen will. Summa da er selbst die Berechtigung zur Anordnung der Nachtzüge mit Strenge nur auf den Buchstaben des Gesetzes stützt, folglich zur Schonung und Anerkennung eines ebenfalls auf dem Buchstaben des Gesetzes stehenden Beschlusses schon der Parität wegen genötigt ist. Sind die Zwangsmaßregeln etwa gegen die Bahn zu richten? Nur das Statut und das Gesetz vom 3. November 1838, durch welches nach § 12 des Statuts ausschließlich das Verhältnis der Gesellschaft zum Staate im Allgemeinen bestimmt wird, können hier maßgebend sein. Nach dem Statute nun giebt es zwei Fälle einer Uebernahme der Administration und des Betriebes der Bahn Seitens des Staates, 1) sofern derselbe in drei aufeinander folgenden Jahren einen Zuschuß in Folge der Pflanzgarantie leisten oder sofern der Zuschuß in einem Jahre mehr als ein Prozent des Aktien-Kapitals übersteigen sollte, 2) wenn wegen Mangels an qualifizierten Gesellschaftsmitgliedern keine vollständige Direktion mehr gewählt werden könnte. Im Gesetz vom 3. Novbr. 1838 aber ist die Erhaltung der Konzession an die Erfüllung der allgemeinen oder besonderen, das heißt der im Gesetze selbst oder dem Statute aufgestellten Bedingungen gebunden. Keine einzige der ersteren — so wenig als der letzteren — verpflichtet die Gesellschaft, sich allen Anordnungen des Hrn. Ministers zu unterwerfen, keine einzige straft eine Remonstration oder selbst einen Ungehorsam mit einer Sequstration der Bahn. — Bei alledem müssen wir den entstandenen Konflikt höchlichst beklagen und Frieden wegen der weitausfassenden, an das Unternehmen geknüpften Privat- und öffentlichen Interessen wünschen. Wir wollen nicht sagen, daß die General-Versammlung auf ihr gutes Recht und auf das, was sie dafür hält, Angesichts des Unwillens des Hrn. Ministers verzichten soll. Der Beschluß aber, die Nachtzüge zwar der Anordnung des Hrn. Ministers gemäß einzuführen, jedoch nach drei Monaten mit Pferden zu betreiben, dieser Beschluß war ein wichtiges Extempore, kein glücklicher und angemessener Weg, ein vermeintliches Recht geltend zu machen. Nach unserm Bedünken bleibt, wie die Sachen stehen, nur übrig, jenen Beschluß zurückzuziehen und den Betrieb der Nachtzüge unter der ausdrücklichen Bedingung auf eine gewisse Zeit fortzusetzen, daß die Kontroverse, ob die Gesellschaft zur unfreiwilligen Uebernahme der Nachtzüge ohne Entschädigung verpflichtet sei, durch gerichtliches, von dem Hrn. Minister zu beantragendes Verfahren entschieden werde. L. S.

Reiffe, 9. Juni. Gestern Nachmittag hatt sich eine zahlreiche Gesellschaft in Rochus eingefunden, die theils aus Zuhörern, theils aus Mitgliedern des Damen- und Männer-Gesangsvereins bestand. Beide Gesangsvereine ließen sich nämlich, so viel uns bekannt, das erste Mal in abwechselnden Gefängen im Freien hören. — Es liegt nicht in der Absicht, wie berichtet worden, eine eigentliche christkatholische Schule hier zu schaffen, sondern eine Mädchenschule überhaupt, ohne Rücksicht auf den Glauben der Eltern, wiewohl dieselbe, wie sich erwarten läßt, nur von Protestanten und Christkatholiken besetzt werden dürfte, da sie von einem christkatholischen Geistlichen geleitet werden soll. Ob dieser Geistliche der genannte Hr. Kosteuscher oder Hr. Parabowsky oder wer sonst sein wird, ist noch nicht bestimmt. Der Zweck dabei ist ein doppelter; einmal ist eine tüchtige Schule für Mädchen in einem schon vorgerückten Alter wünschlich, sodann soll der Vorsteher eben ein christkatholischer Geistlicher sein, damit derselbe zugleich der hiesigen christkatholischen Gemeinde, die nicht im Stande ist, aus eigenen Mitteln einen Geistlichen zu erhalten, predigen könne, da bekanntlich schon seit Öftern dieses Jahres der christkatholische Geistliche, Hr. Strung, von der hiesigen Gemeinde entlassen worden ist. Wenn übrigens auch bereits mehrere Familien sich erklärt haben, ihre Kinder der neuen Schule zu überweisen, sobald sie ins Leben tritt, so will der Entschluß, in das bezeichnete Projekt einzugehen, doch sehr erwogen sein, da sich der betreffende Geistliche auch zur Uebernahme von Privatunterricht entschließen müßte, um, ohne eigene Mittel, bestehen zu können. Es werden von Breslau, noch einige christkatholische Geistliche zu uns kommen, welche sich über die Lage der hiesigen Verhältnisse zu orientiren wünschen. — Vergangene Woche wurde ein Wagen mit Butter auf dem Markte angehalten, die Butter konfisziert und von der Polizei verkauft. Es soll dies der sechste Wagen gewesen sein, nachdem fünf bereits ungefährdet davon gekommen waren. Diese Ausfälle in so großartigem Maßstabe sollen von einem Juden B. ausgegangen sein.

Reiffe, 11. Juni. Gestern Mittag traf General, der kommandirende General Graf v. Branden-

burg hier ein, und stieg im Gasthof zum Stern ab. Gegen 3 Uhr inspizierte derselbe die beiden hiesigen Infanterie-Regimenter der Division des General-Lieutenant von Lindheim. Um 7 Uhr fand bei letzterem ein kleines Diner statt, zu dem nur etwa 12—15 Personen geladen waren. Um 9 Uhr war großer Zapfenstreich. Der kommandirende General ist heute morgen zeitig wieder abgereist. — Die Aktien zu dem hier zu errichtenden Dampfbad sind nun vollständig gezeichnet, es wird deshalb wohl jetzt ein regerer Eifer in dieser Angelegenheit entfaltet werden. — Die hiesige Pionier-Abtheilung wird das Wellenbad an dem Wehre der Neiffe-Brücke, vor dem Breslauer Thore, nicht wieder einrichten, da sich zu erhebliche Schwierigkeiten wegen einer während der Dauer der Baudeit zu stellenden Wache ergeben haben, welche dem Dienste entzogen wird. Mit Genehmigung der Kommandantur ist daher jenes Unternehmen für eine sehr mäßige Summe an den Gastwirth von den drei Kronen, Hrn. Leichmann, abgetreten worden, der nun die erforderlichen Einrichtungen treffen läßt. Jedenfalls liegt es sehr in dem Wunsche des Publikums, daß außer dem auf Aktien gegründeten Wellenbade an der Jungmannschen Mühle jenes zweite Wellenbad fortbesteht. — Seit Jahren haben wir nicht mehr das Fieber so heftig hier auftreten sehen als dieses Jahr. Das Garnisonlazareth ist angefüllt mit dergleichen Kranken und es giebt Batalione, die 30—40 derselben haben. Allein nicht nur das Militär ist vom Fieber so arg heimgesucht, auch der Civilstand ist von der Krankheit nicht weniger verschont geblieben, so daß die Aerzte vollauf zu thun haben. —

Landenberg, 10. Juni. Gestern Abend halb 11 Uhr hatten wir zum Stenmale seit wenigen Wochen Feuer hier und zwar auf dem Ringe. Ein Haus ist abgebrannt und das benachbarte niedergehauen worden. Eine städtische Spritze war verweist, (zur Reparatur), die andere eingeschlagen und konnte gar nicht gebraucht werden. Das Vordergestelle und Hintergestelle, mit einem hölzernen Nagel verbunden, ging beim Anrücken auseinander. Niemand wollte arbeiten und die Rettung haben wir nur dem Himmel und dem alten Holze, welches nicht mehr brennen wollte, zu verdanken. Die Dominial-Spritze war wiederum die erste und einzige thätige. (Telegr.)

Reichenbach, 12. Juni. Zum Beweise, wie sehr den armen Konsumenten ihre Bedürfnisse trotz der hohen Getreidepreise noch willkürlich verheuert werden, liegen in der Redaktion des Wanderer zwei Brodte zur gefälligen Ansicht des Publikums aus, welche von zwei hiesigen Bäckern, die auf einer und derselben Straße wohnen, geliefert sind und wovon das eine für 2 1/2 Sgr. 54 Loth, das andere für 2 Sgr. nur 31 Loth in derselben Güte, Alter und Gewicht enthält. So nach bei gleichem Preise eine Differenz von 15 Loth. (Wanderer.)

Langenbielau, 12. Juni. Auf einem Kornfelde in Neubielau wurde am 7. d. M. ein Kornstengel mit zehn blühenden Aehren gefunden. (Derselbe ist der Expedition des Wanderer durch die Güte des Hrn. Wund-Arzt Schmidt in Langenbielau übergeben worden und ist zur Ansicht ausgestellt.) Ueberhaupt stehen unsere Saaten vortreflich. (Wanderer.)

Viegnitz. Es sind bestätigt worden: der Apotheker Strauß zu Liebenthal, als Rathmann daselbst; und der Bäckermeister Carl Schöner zu Raumburg am Queis, als Rathmann daselbst. — Im Bezirk des Oberlandes-Gerichts in Glogau wurden befördert: der Oberlandes-Gerichts- und Land- und Stadtgerichts-Assessor von Szycki in Glogau durch Allerhöchste Verleihung des Charakters als Land- und Stadtgerichts-Rath; der Oberlandesgerichts-Assessor und Land- und Stadtgerichts-Ringel zu Wising durch Allerhöchste Ernennung zum Land- und Stadtgerichts-Rath in Liegnitz; der Stadtrichter und Patrimonialrichter Ritsche in Polkwitz und der Justiz-Commissarius und Notarius Sattig in Glogau durch Allerhöchste Verleihung des Charakters als Justizrath; der bisherige Stadt-Syndikus Haertel in Jauer zum Justiz-Commissarius für die Gerichte des Spottauer Kreises mit Anweisung seines Wohnsitzes in Spottau und zugleich zum Notarius im Departement des königl. Oberlandes-Gerichts in Glogau; der Auskultator Seyffert zum Oberlandes-Gerichts-Referendarius; die Rechts-Kandidaten von Colomb und Heinrich Pförtner von der Hölle zu Oberlandes-Gerichts-Auskultatoren. — Versetzt: der Kammergerichts-Assessor von Koeck zu Frankfurt a. D. an das Oberlandes-Gericht in Glogau; der Kammergerichts-Assessor Nibdorf bei dem Land- und Stadtgericht in Görlitz an das Fürstenthums-Gericht in Neisse; der Oberlandes-Gerichts-Auskultator von Förster in Breslau in gleicher Eigenschaft an das Oberlandes-Gericht in Glogau. — Entlassen: der Oberlandes-Gerichts-Auskultator Sahode. — Dem Kaufmann Ernst Otto Ullmer zu Neusatz a. D. ist zur Uebernahme einer Agentur für die Geschäfte der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Köln die Genehmigung erteilt worden, nachdem die Handlung Meyerotto und Comp. in Neusatz, welche diese Agentur bisher verwaltete, dieselbe niedergelegt hat.

## Mannigfaltiges.

SS Rom, 1. Juni. Im 3. Theile seines Katakombenwerks machte Bottari i. J. 1737 die Wandgemälde und Inschriften des an der Via Appia von ihm entdeckten Todtenhauses einer Vibia bekannt, deren inneres Verhältniß zum christlichen Gottesbewußtsein und dessen Weltanschauung aus den dort gebotenen unverständlichen Materialien und Fragmenten zwar zu erhärten war. Bottari gab es für ein christliches Kümmerstück, weil die altchristliche Nekropole von San Sebastiano mit ihm zusammenhängt. Mitter und andere Forscher auf dem Gebiete des christlichen Alterthums glaubten das alles, und wurden dadurch zu grundlosen kirchengeschichtlichen und dogmatischen Hypothesen veranlaßt. Bottaris Berichte an Ort und Stelle zu erwahren war nicht mehr möglich. Denn er hatte das Monument wieder verschütten lassen. Nach fünfjährigem Hin- und Hersuchen war Prof. Marchi so glücklich, es vor vier Monaten oberhalb des Kirchleins Domino quo vadis wiederzufinden, seit welcher Zeit man mit seiner Aufdeckung beschäftigt ist. Marchi theilte mir über diese merkwürdige Gruft (wahrscheinlich aus dem Ende des zweiten Jahrhunderts oder dem Anfange des dritten) folgendes Wesentliche mit. — Vier Bilder von guter Technik schmücken ihre Wände. Das erste zeigt Vibia's Ausgang aus diesem und ihren Eintritt in das andere Leben; das zweite ihr Gericht; das dritte ihre Einführung in das Elysium; das vierte ein bei ihrem Hinscheiden gehaltenes Todtenmahl. — Aus dem sterblichen Leben wird Vibia durch Pluto auf einem Bergespann entführt; Merkur als Psychopomp führt die Pserde am Bügel und setzt einen Fuß in den offenen Avernus. Aufschrift: Areptio Vibiae et Discessio. — Vorfürer des Todtengerichts ist Pluto, zur rechten Proserpina auf hohem Throne, rechts von beiden drei das Fatum vertretende Figuren, deren mittlere ein bärtiger Greis, zur linken Merkur mit Caduceus in der linken und einen langen Stab in der rechten, der von einer Frau begleiteten Vibia vorausschreitet. Ueber Plutos Hauptes steht man Dispatet, über Proserpina Abraxura (wobei an *apod's* und *xobon*, nicht an Abraxas zu denken), über den drei Figuren: Sata Divina; über dem Psychopomp: Mercurius Nuntius; über seinem Gefolge: Vibia und Alcestis.

— Durch eine Thür tritt Vibia in die effekthellen Gesilde ein; ein Genius mit Kränzen ums Haupt, um den Hals und in der linken, führt sie mit der rechten ein; über der Thür steht man Inductio Vibiae, der und Genius hier mit der Beschriftung Angelus bonus. Im Elysium sitzen an einem Triclinium drei männliche und eben so viele weibliche Figuren, denen drei Ethiopien Güthner, Fische und Gebäckes auftragen; eine Amphora über einem Dreifuß bewahrt das Getränk. Ueber dem Bilde die Aufschrift Bonorum Judicio Judicati, und über der einen weiblichen Tischnoffin, Vibia. — An der Tafel des reichen Todtenmahls sitzen sieben Priester, von denen drei Mitrastrahlen tragen; der vorletzte links mit der Beschriftung Vincentius; alle sieben sind nach der Aufschrift Septe (so) Pii Sacerdotes. — Die außerordentliche Tiefe des Grabes (es liegt drei Meter unter dem Niveau der Katakombe von San Sebastiano, mit denen es mittelst eines nicht antiken Bindewegs zusammenhängt) seine in vulkanischen Aufgehauenen Oculi für den unverbrannten Leichnam, der Vibia und der um sie herum bestatteten, die Priesterkleidung beim Todtenmahl, die Darstellung des Fatums, die Abraxura so wie zahlreiche an den Wänden geschnittenen Sentenzen einer eklektischen Philosophie, den sogenannten Dichtern des Rato sehr ähnlich an Inhalt (cum vibes benefac, hox tecum feres etc.) scheinen allerdings Marchi's Meinung zu rechtfertigen, daß hier kein christliches, sondern ein seltenes Todtenmahl heidnischer Enophiler des orientalischen Parsismus vorliegt. Der Papst hat dem Prof. Marchi befohlen, die in den Monumenten gefundenen zahlreichen Inschriften und Wandgemälde mit möglichster Genauigkeit und in der Größe der Originale kopiren zu lassen, und sie in dieser Form dem Publico in den Sälen der vatikanischen Bibliothek zur Beschauung und Belehrung auszustellen. — R. S. Seit ich obige Seiten niederschrieb, fand sich bei der weiteren Aufklärung ein Grabstein in Marmor mit dem Siegel J. D. S. M. d. h. invicto Deo Soli Mitrae, welche Marchi's Ansicht aufs Beste als richtig bestätigt.

— (Venedig.) Die italienische Kunst hat in der Frist weniger Tage zwei herbe Verluste erlitten, denn in Mailand starb der dort verwirklichte Bildhauer Girolamo Monti aus Madonna, und in ihm verliert die Plastik einen ihrer besten Meister; der Name Monti ist somit in zwei Kunstgebieten ein vielgeleiteter geworden, da auch der Dichter Monti sich eines großen Rufes erfreut. Auf ihrem Landhause bei Bologna ist im Laufe des verfloffenen Monats die berühmte Bühnensängerin Rosa Bratteria, einst das Entzücken ganz Italiens, 43 Jahre alt, ins Grab gesunken. Sie litt seit Jahren an einem schweren Brustübel, und dieses chronische Leiden zwang sie frühzeitig von dem Schauplatz ihrer Triumphe abzutreten. — Dagegen lebt zu Triest eine Dichterin, von der die Welt wenig weiß, die aber als Weib und als poetisches Talent volle Achtung verdient. Was die Eigenthümlichkeit ihrer Erscheinung noch bedeutend erhöht, ist der Umstand, daß Rachel Malturgo in hebräischer Sprache dichtet. Sie ist 1790 in Triest geboren, und ihr Oheim, der Rabbi Luzzato, ertheilte ihr den ersten Unterricht; später, als Rachel 14 Jahre zählte, verlegte sie sich auf den Talmud und nahm fortwährend an den Unterrichtsstunden ihres Bruders Theil, wobei sie sich tüchtige Kenntnisse erworb. Im Jahre 1818 verheirathete sich Rachel mit Herrn Malturgo, und obgleich sie seitdem ihre häuslichen Pflichten gewissenhaft erfüllt, so hat sie doch noch immer Zeit gefunden, ihre Sprachkenntnisse zu erweitern und den Gedanken und Empfindungen, die ihr Inneres bewegen, melodischen Ausdruck zu verleihen. Die Bescheidenheit erlaubte ihr nicht, Etwas davon der Öffentlichkeit zu

Übergeben, und nur durch Freundschaft sind mehrere ihrer mit prophetischem Schwung gedichteten Lieder gedruckt worden, die jetzt die Bewunderung aller Kenner erregen.

### Handelsbericht.

**Breslau, 12. Juni.** Die feste Haltung unseres Getreidemarktes läßt nun wohl mit Sicherheit annehmen, daß die Bestände in der Provinz außerordentlich zusammengegangenen und Zufuhren nur allein im Stande sein werden, einem fernern Steigen der Preise Einhalt zu thun; diese sind aber um so mehr zu erwarten, als der Druck, welchen die meisten Märkte erfahren, Beziehungen, selbst auf außerordentlichem Wege, mit einigem Vortheil möglich machen. Mit Kengstlichkeit beobachtet man die Saaten, hat aber bis jetzt noch keinen Grund gefunden, der eine nennenswerthe Beeinträchtigung der bevorstehenden Ernte fürchten ließ, und wenn auch die jetzt vorherrschende kühle Witterung die Vegetation und Blüthe des Roggens ein wenig aufgehalten, so ist dagegen der gefallene Regen der Sommerfaat außerordentlich günstig gewesen.

Von mehreren auswärtigen Märkten berichtet man, daß die höheren Notirungen von England wieder einen Impuls zur Besserung der Weizen- und Roggenpreise gegeben haben, hingegen sind in Frankreich, Belgien und Rußland dieselben noch im Weichen.

Hier wurde weißer Weizen nach Qualität mit 4½ bis 5½ Rtl., gelber à 4¾—5 Rtl. 4 Sgr. gegeben. Roggen fand à 4¼—4 Rtl. — 21 Sgr. rasch Käufer. Gerste war stark gefragt; à 3½—½ Rtl. wurde Alles davon Angebotene genommen.

Hafer ohne besondere Veränderung, à 1½—1⅓ Rtl. zu lassen.

Rohrbohnen sind nur in kleinen Partien zu erlangen, wofür 4—4½ Rtl. bewilligt wird.

Wicken waren sehr gesucht; für beste Qualität war bis 3 Rtl. zu machen.

Im Kleesaatgeschäft zeigte sich wenig Leben, doch gab sich besonders für weiße Spelulationslust kund, der zu Folge feine à 10—11⅓, mittlere 8½—9⅓, ordinäre à 7—8⅓ Rtl. begeben wurde. Rothe erhielt sich, wie leicht notirt, auf 6½—10 Rtl.

Für Rapsaat hat sich die gute Meinung erhalten, ungeachtet solche durch die eingehenden Berichte aus den benachbarten Provinzen wenig Unterstützung fand. Auf Lieferung von neuer Ernte à 90 Sgr. ist noch Kaufslust.

Rohes Rübol bleibt gut verkäuflich, loco à 11⅓ Rtl., per Herbst 12⅓ Rtl.

Süßseetheran mit 10 Rtl. erlassen.

Spiritus ist noch weichend; letzter bezahlter Preis für loco war 16⅓ Rtl.

Sinkt ohne Umsatz à 5½ Rtl. ab Gleiches würde sich kaufen lassen.

**Dresden, 10. Juni.** Unser Wollmarkt nimmt einen raschen und günstigen Fortgang. Bereits heute ist fast Alles verkauft, und zwar zu 1, 1½, auch wohl hier und da 2 Rthl. höheren Preisen pro Stein als voriges Jahr.

### Briefkasten.

Zurückgelegt wurden: 1) Ein Gedicht; 2) ein anonymes Schreiben aus Egnitz; 3) Aus Oberschlesien, 7. Juni; 4) ± Berlin, 10. Juni; 5) Von der türkischen Grenze, im Juni; 6) # Pesth, im Juni; 7) g Wien, 9. Juni; 8) \* Wien, 8. Juni.

**Verzeichniß**  
derjenigen Schiffer, welche am 10. Juni Glogau Strom aufwärts passirten.  
Schiffer oder Steuermann: Ladung von nach  
Anton Scharff aus Eschliefer Güter Stettin Breslau,  
Gottl. Mattheis aus Glogau dito Potsdam dito.  
Gottlieb Schwenzer aus Glogau dito  
Kau bei Krossen dito  
Friedr. Müller aus Neusalz dito Stettin  
Der Wasserstand am Pegel der großen Oderbrücke ist heute 3 Fuß. Windrichtung: West.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Nimbs.

### Bekanntmachung.

Den Seitens unserer, durch Feuerzettel für das laufende Halbjahr ausgeschriebenen Löschpflichtigen wird hiermit bekannt gemacht: daß das in der gestrigen Nacht auf dem Hintermarkte ausgebrochene Feuer das letzte in diesem Halbjahre ist und daß mithin, bei dem nächsten, in diesem Monate etwa entstehenden, durch Signale bekannt werdenden Feuer diejenigen Bürger, deren Feuerzettel auf das 1te, 3te und 5te Feuer lautet, bei einem etwaigen zweiten, bis zum 1. Juli d. J. ausbrechenden Feuer dagegen diejenigen Löschpflichtigen Hülfe zu leisten haben, deren Zettel zum 2ten, 4ten und 6ten Feuer ausgestellt sind.

Breslau, den 12. Juni 1847.

Die städtische Sicherheits-Deputation.

### (Eingefandt.)

Am 1. d. M. feierte der evangelische Lehrer Hilbrand zu Frauenhain bei Dhlau sein Amtsjubiläum, bei welcher Gelegenheit er nicht nur das Ehrenzeichen seines Königs, sondern auch die unzweideutigsten Beweise allgemeiner Achtung und Theilnahme empfing. Ein vom Schullehrer gegebenes Festessen beschloß die schöne Feier.

**Breslau, 12. Juni.** Wie ich aus einem mit vorliegenden Circulare der Straf-Anstalt in Brieg ersehe, beabsichtigt dieselbe, zu ihren schon bestehenden, mit mehreren Gewerben konkurrierenden Einrichtungen noch eine Buch- und Steindruckerei zu etabliren und hat diese Anzeige an alle Behörden, Aemter, Eisenbahn-Direktionen u. gesandt, mit der Aufforderung, sie zu beschleunigen und mit der Versicherung im Voraus, durch ihre billigen Arbeitskräfte jeder Konkurrenz beugen zu können. Ja, das glaube ich, was sollen wir aber nun mit unseren Gehülfsen, Lehrlingen und Arbeitern machen, sollen wir die zum Teufel jagen und später selbst mit ihnen betteln gehen?! Die Buch- und Steindruckereien Schlesiens, mit Ausnahme einiger wenigen älteren, von frühester Zeit her angesehenen und wohl-

habenden Geschäfte, sind durch die überschwengliche Konkurrenz in dieser Branche alle so gestellt, daß sie nothdürftig und kümmerlich sich ernähren, ein Theil von ihnen nagt wegen Geschäftslosigkeit sogar am Hungertuche, und nun soll noch eine neue, gar nicht zu bewältigende Konkurrenz entstehen! — Denn wir Alle müssen Gewerbesteuer, städtische Abgaben, Censuren bühren, Miete, Holz, Beleuchtung und die Menge anderer Ab- und Ausgaben tragen, die allerdings den Arbeitskräften einer Strafanstalt nicht zur Last fallen. Noch ist dieses Institut nicht da; wir richten demnach an unsere väterliche Regierung, die da nicht will, daß Hunderte von Familienvätern in ihrem schon so bedrängten Nahrungszweige noch mehr beeinträchtigt werden, die bringende Bitte, zu befehlen: dieses Etablissement fallen zu lassen, und so wie damals der geehrte Chef der Seehandlung, als er vernahm, die Einrichtung einer Papier-Maschinen-Fabrik in Dhlau würde die Papierfabriken Schlesiens ruiniren, sofort jene schon im Werke sich befindende Anlage zu anderen industriellen Zwecken umzuwandeln ließ, ebenso diesen Plan nicht zu realisiren. Die Regierung kann sich mit Leichtigkeit von der Wahrheit dieser hier gemachten Angaben überzeugen, und von ihrer allbekannten Einsicht und Gerechtigkeitsliebe können wir auch hoffen, daß sie das Nöthige zur Aufhebung dieses Planes veranlassen wird, und legen in dieser Hoffnung, vorläufig beruhigt, die Feder nieder.

Der Buchdrucker Leopold Freund.

Aus sicherer Quelle können wir berichten, daß die Herren Schenk und Caroli, welche uns in dem Salon des Weiß'schen Etablissement so viele heitere Stunden durch ihre Kunstleistungen bereitet, ihr letztes Konzert unwillkürlich auf Montag festgesetzt haben. Wir glauben es nicht unterlassen zu dürfen, ein kunst- und musikliebendes Publikum darauf aufmerksam zu machen, umsomehr aber, da es das Benefice dieser beiden jungen Künstler ist. Möge ein kunstliebendes Publikum diesen wackeren Künstlern durch recht zahlreichen Besuch seine Anerkennung für die tüchtigen und gezeigten Leistungen bethätigen.

H. L. B.

### Den Ständen des Löbauer Kreises

für die kräftigen, echt preussischen Worte an die beiden Landtagsabgeordneten ihres und des Straßburger Kreises innigen Dank im Namen getreuer Herzen, deren Liebe für ihren gottgegebenen König und Herr'n nicht wankt.

Herrmann d'Artis.

## Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft,

begründet auf Drei Millionen Thaler Kapital-Garantie.

Der Hochlöbliche Engere Ausschuß der Schlesischen Landschaft hat bekanntlich unterm 26ten April 1842 einen Vertrag mit der Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft unter andern dahin abgeschlossen, daß von den Prämien der von der Gesellschaft geschlossenen Mobiliar-Versicherungen der Domänen den Lebzteren ein Antheil an dem halben Gewinne der Gesellschaft zu Gute gehen, jedoch mindestens 15 pCt. der Prämie betragen und event. durch Verloosung festgestellt werden solle. Nachdem nun die Gesellschaft die Summe von 1924 Thaler 8 Sgr. überwiesen hat, ist dieselbe von der Hochlöblichen General-Landschafts-Direktion unter geschicht vertragmäßig nur durch Anrechnung auf die im Jahre 1847 zu zahlende Prämie, worüber die Herren Verzipienten nähere Nachricht erhalten werden. Die übrigen Hochlöblichen Domänen nehmen an der nächsten Verloosung Theil.

Im Juni 1847.

Im Auftrage der Direktion:

### Die Haupt-Agenturen.

J. Klocke in Breslau.

Landrath Kober in Loßwitz bei Wohlau.

Dhle in Görlitz.

## Waterländische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Elberfeld.

Das Protokoll der 26. General-Versammlung betrifft den Jahres-Bericht und die üblichen Wahlen.

Der Geschäftsstand der Gesellschaft war am 1. Januar 1847 folgender:

Kapital der Gewährleistung

1,000,000 Rtlr.

Gewinn-Reserve

100,000

Die Reserve an bereits eingezahlten Prämien, einschließlich 36,000 Rtlr., gegen Brandschaden aus 1846, beträgt

270,697

= 7½ Sgr.

In 1846 hatte die Gesellschaft an Brandschaden zu tragen

119,888

= 12¼

Laufendes Versicherungs-Kapital

149,769,415

Die Gesellschaft gewährt nach § 11 ihrer Bedingungen den Hypothekar-Forderungen Schutz. Das Statut der Gesellschaft, deren Bedingungen, die Jahres-Abschlüsse, überhaupt Alles, was Verfassung und Geschäftsführung betrifft und Interesse für ein verehrliches Publikum haben könnte, liegt bei dem unterzeichneten Haupt-Agenten zur Einsicht offen; auch wird derselbe so wie die Agenten seiner Haupt-Agentur:

Herr A. Scholz in Breslau,

Herren Hertel und Warmbrunn in Breslau,

Herr C. E. Wittner in Grottkau,

= H. Breslauer in Friedeberg a. Queis,

= Kommerzienrath B. Cecola in Ratibor,

= L. Effner in Vollenhagen,

= Heintz Jacob Ertel in Militsch,

= Moritz Friedländer in Beuthen O/Schl.

= Bürgermeister Fr. Geisler in Mittelwalde,

= E. Junghans senior in Schweidnitz,

= G. F. Kellner in Reichenbach i. Schl.,

= J. C. Ferd. Kertscher in Schmiedeberg,

Herr R. Lachs in Oppeln,

= M. Liebrecht in Namslau,

Herren Morenberg und Taubert in Egnitz,

Herr C. W. Müller in Dels,

= Ludwig Müller in Nimptsch,

= J. W. Neumann in Bunzlau,

= A. Proskauer in Kreuzburg O/Schl.

= J. G. Rauer in Glas,

= H. Reissner in Gr. Glogau,

= Moritz Sachs in Reisse,

= A. Stegmann in Brieg,

= Ferd. Warmuth in Steinau a/D.

bereitwillig jede passende Erleichterung bei Versicherungs-Einrichtungen gewähren. Breslau, im Juni 1847.

H. Hertel, Haupt-Agent, Albrechtsstraße Nr. 35.

**Theater-Repertoire.**

**Sonntag: „Das Urbild des Tartüffe.“**  
Eustspiel in 5 Akten von Karl Gutzkow. —  
Molière, Herr Emil Devrient, vom L.  
Hoftheater in Dresden, als 13te Gastrolle.  
**Montag: Festes Konzert der Geschwister**  
**Berwald aus Stockholm,** unter Leitung  
ihres Vaters, des königl. schwedischen Hof-  
kapellmeisters Herrn Johann Berwald. —  
Dazu: „Der Pariser Taugenichts.“  
Eustspiel in 4 Akten von Dr. Karl Köpfer.  
Louis, Dlle. Herbold, vom herzogl. Hof-  
theater in Braunschweig, als letzte Gastrolle.

**Entbindungs-Anzeige.**

Heute Morgen um 1/4 nach 6 Uhr wurde  
meine liebe Frau Anna geb. Stephany,  
von einem munteren Knaben glücklich entbun-  
den. Dieß zeige ich hochvergnügt allen Freun-  
den, statt besonderer Meldung hiermit erge-  
benst an.

Frankenstein, den 10. Juni 1847.

Dr. Sigulus.

**Entbindungs-Anzeige.**

Die heute Morgen 4 Uhr erfolgte glückliche  
Entbindung meiner geliebten Frau Marie,  
geb. Kramsta, von einem gesunden Knaben,  
belehre ich mich entfernten Verwandten und  
Freunden, statt besonderer Meldung, hierdurch  
ergebenst anzuzeigen.

Wolkenhain, den 10. Juni 1847.

Wilhelm Buthe.

**Todes-Anzeige.**

Das am 9. Juni, Abends 11 Uhr, sanft er-  
folgte Hinscheiden unseres geliebten Vaters, des  
Kaufmann und Senator Joseph Fesse  
hier selbst, zeigen wir hiermit allen Bekann-  
ten und Freunden, um stille Theilnahme bit-  
tend, tief betrübt an.

Leobschütz, den 10. Juni 1847.

Die Hinterbliebenen.

**Todes-Anzeige.**

Heute Nachmittag 3 Uhr entriß uns der  
Tod unsern heissgeliebten Sohn Conrad im  
Alter von 4 Jahren und 2 Monaten, an der  
Bräune. Er folgte nach nur 24stündigen  
Leiden seinem am 11. vor. Monats vorange-  
gangenen jüngern Bruder Ernst. Dies zeig-  
en wir hiesigen und entfernten Freunden und  
Verwandten tiefgebeugt an.

Breslau den 11. Juni 1847.

Der Justizrath Salzmann  
und Frau.

**Naturwissenschaftliche Versammlung.**  
Mittwoch den 16. Juni Abends 6 Uhr.  
Herr Professor Dr. Fischer verschiedene  
chemische und der Sec. der S. einige geolo-  
gisch-botanische Mittheilungen.

**Tempelgarten.**

Heute und folgende Tage ist die **Niesen-  
dame**, wie auch die Sammlung von **10  
Schlangen** und **3 Krokodils** von Mor-  
gens 10 Uhr bis Abends 10 Uhr zu sehn.

**Paris,**

ein kolossales Rundgemälde,  
ist von Morgens 9 Uhr bis Abends, so lange  
es Tag ist, zu sehn. Eintritt 5 Sgr.

J. Vega.

**Théâtre pittoresque**

Dhlauer Vorstadt, am Stadtgraben Nr. 20.  
Heute Sonntag beginnen die Vorstellungen  
um 4 Uhr, jede Stunde eine Vorstellung.

**Morienz.**

Heute und morgen große Vorstellung  
meiner akrobatischen Künstlergesell-  
schaft im Scheintiger Park. Anfang 6 Uhr,  
wogu ich ergebenst einlade.

Carl Stark, Direktor.

**Villa nova.**

**Großes Instrumental-Concert.**  
Entree à Person 1 Sgr.

Um baldgefällige Ablieferung der, in andere  
Hände gekommenen Utensilien des Feuerret-  
tungs-Vereins, an Laternen, Säcken, Reinen,  
u. s. w., zu Händen des Herrn Director Ge-  
bauer, Schuhbrücke Nr. 42 oder des Mar-  
shall-Inspektors Hrn. Wagner, bittet ergebenst:  
**der Feuerrettungs-Verein.**

**Dankfagung.**

Den geehrten Herren, die mir bei der ge-  
stern drohenden Feuergefahr so hülfreich be-  
gestanden, sage ich hiermit von Herzen den  
innigsten Dank. Möge Gott sie vor ähnlichem  
Unglücke bewahren.

Gleichzeitig die ergebene Anzeige, daß mor-  
gen Sonntag den 13. Juni wieder gespeist  
werden kann.

Breslau, den 12. Juni 1847.

Der Stadtkoch Fritz Golek.

**Pensions-Offerte.**

Eltern, welche mit bangem Herzen daran  
denken, ihre Kinder zum Gebrauche der hie-  
sigen Schulen von sich fort zu geben, weil sie  
für das geistige und körperliche Wohl ihrer  
Lieblinge gern in ihrem Sinne gesorgt wissen  
möchten, finden für diese letzteren in einer sie  
verehelichenden Familie väterliche Ueberwachung  
und mütterliche Pflege, gründliche Nachhilfe  
im Französischen, für die Mädchen auch in  
allen feinen und häuslichen Arbeiten. Das  
Nähere persönlich in den Vormittagsstunden,  
Breslau, Kupferschmiede-Strasse Nr. 32, im  
ersten Stock, auf frankirte Briefe ebendasselbst  
unter den Buchstaben A. Z.

Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, erscheint und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

**Wigand's Conversations-Lexikon.**

Für alle Stände. — Von einer Gesellschaft deutscher Gelehrten bearbeitet.

Vollständig in 12 Bänden gr. 8. — Jeder Band in 12 Hefen (60 Bogen). — Jedes Heft 5 Bogen in Umschlag geh. 2 1/2 Sgr.  
Vorräthig bei **Graf, Barth und Comp.** in Breslau und **Oppeln**, in Brieg bei **Ziegler**.

Bei **Friedrich Aderholz**, Dhlauerstrasse  
(Kornede) Nr. 1, ist zu haben:

**Die Religion**

und die Päpste

**Pius V., Pius VII. und  
Pius IX.**

**F e s t r e d e**

des Archidiaconus Giuseppe Lorini,  
gehalten in der Kirche St. Maria degli Angeli  
in Rom, den 5. Mai 1847.

Breslau, Druck von Robert Lucas.

Preis 2 Sgr.

Vorstehende Festrede zeichnet sich, um an-  
dere Vorzüge nicht zu erwähnen, vor Allen  
durch großartige Auffassung und Würdigung  
der Weltbegebenheiten, der Beziehungen des  
Irdischen zum Himmlischen, des Vergänglich-  
en zum Ewigen, in einer so glänzenden  
Weise aus, daß Niemand, auch wenn sein  
Gesichtspunkt nicht ganz derselbe wäre, dem  
Redner seine Bewunderung wird versagen  
können.

**Grösstes**

und

vollständigstes

**Musikalien-  
Leih-Institut**

bei

**ED. BOTE & G. BOCK,**

Breslau.

Schweidnitzerstrasse Nr. 8.

**Auswärtige Abonnenten,**  
deren Eintritt täglich erfolgen  
kann, erhalten bei einem Jahres-  
Abonnement zum beliebigen Wech-  
seln

**einige 40 Notenhefte**  
und sind berechtigt, für den  
ganzen gezahlten Abon-  
nements-Betrag

sich Musikalien als ihr Eigen-  
thum zurück zu behalten. Die  
Abonnements-Sätze sind aufs

**Niedrigste** gestellt — alle No-  
vitäten sind in

**mehrfachen Exemplaren**  
jederzeit vorrätig.

Prospecte gratis.

**Verkauf.**

Mit der Versteigerung des dem Kommer-  
zienrath Ferdinand Schiller gehörigen,  
eine halbe Meile von Breslau gelegenen Rit-  
tergutes Schwoitz nebst Drachenbrunn beauf-  
tragt, habe ich zu diesem Zwecke einen Ter-  
min auf Dienstag den 15. Juni 1847 Nach-  
mittags 3 Uhr in dem Lokale der Ferdinand  
Schillerschen Handlung hier selbst, Herren-  
strasse Nr. 26, zu ebener Erde, angesetzt, zu  
welchem ich Kaufsüchtige hiermit einlade. Der  
neueste Hypothekenschein und die Kaufbedin-  
gungen können jederzeit im Lokale der Schil-  
lerschen Handlung eingesehen werden, auch  
werde ich auf portofreie Anfragen Auskunft  
ertheilen. Der Beamte, welcher das Gut be-  
wirtschaftet, ist angewiesen, die Besichtigung  
desselben den Kaufsüchtigen zu gestatten.

Breslau, 18. Mai 1847.

**J. Nitische**, Justiz-Kommissarius,  
Junkerstrasse Nr. 4.

**Haus- und Geschäfts-Verkauf**

in Reichenbach in Schl.

Das am Markte Nr. 278 gelegene, meinem  
verstorbenen Sohne August Thal gehörige  
Haus soll vereint mit dem darin seit 12 Jah-  
ren betriebenen **Leinwand-Geschäft** bald  
verkauft werden. Hierauf Reflektirende wol-  
len sich gefälligst direkt an Unterzeichneten  
wenden.

Reichenbach in Schl., den 11. Juni 1847.

**Benjamin Thal.**

Von Jugend an auf Thätigkeit gewöhnt,  
fehlt mir in meinem Beruf aus Mangel an  
Bekanntheit hinreichende Beschäftigung. Ich  
bitte daher diejenigen geehrten Herrschaften,  
die ihre Sachen recht schnell, billig und dabei  
aufs Sauberste ausgefertigt zu haben wün-  
schen, sich gefälligst mit ihren werthen Aufträ-  
gen an mich wenden zu wollen.

Elfein, Tapezierer und Decorateur,  
Schmiedebücke Nr. 63.

**Haus-Verkauf.**

Behufs Erbtheilung haben mich die Besitzer  
eines hier ganz nahe am Ringe in einer  
Hauptstrasse belegenen Hauses mit dessen Ver-  
kauf beauftragt. Als Anzahlung werden  
10,000 Rthlr. gewünscht und die näheren Be-  
dingungen in meinem Bureau, Dhlauerstrasse  
Nr. 1 mitgetheilt. Der Justiz-Kommissarius,  
Justiz-Rath Fränkel.

**Die Breslauer Kunstausstellung** ist von 9 Uhr früh bis Abends  
6 Uhr im Börsenhause am Blücherplatz geöffnet. Eintritt 5 Sgr.

**Gasbeleuchtungs-Actien-Gesellschaft.**

Anmeldungen auf Gasflammen werden im Central-Bureau, Ring Nr. 25 (weiter Ein-  
gang Junkerstrasse Nr. 29), **Vormittags zwischen 8 bis 12 und Nachmittags  
zwischen 2 bis 6 Uhr** angenommen.

Breslau, den 10. Juni 1847.

**Direktorium der Gasbeleuchtungs-Actien-Gesellschaft.**

Bei Ernst Günther in Bissa und Snesen ist erschienen und in allen preussischen  
Buchhandlungen, in Breslau bei **G. P. Aderholz** (Ring- und Stockgassen-Ecke Nr. 53),  
in Leobschütz bei **A. Tersch**, Reichenbach bei **Koblig** und Neustadt bei **Heinrich**, zu be-  
kommen:

**Handbuch**

**zur Vorbereitung und zum praktischen Gebrauch**

für preussische Juristen und für preussische Justiz-Subaltern-Beamten, so wie zur Be-  
lehrung für alle diejenigen, welche das jetzige preussische Gerichtsverfahren kennen ler-  
nen wollen, von **M. Aker**, königl. Justiz-Rath.

18—168 Hest, nebst einem Suppl.-Hest, oder erster und zweiter Band. Subscr.-  
Preis 4 Thlr. 7 1/2 Sgr., welcher mit dem 1. Juli d. J. erlischt und an dessen  
Stelle der Ladenpreis von 5 Rthl. 10 Sgr. eintritt.

Diese beiden Bände enthalten das Civilprozeß- und Strafprozeßverfahren, die Verwal-  
tungsformen und Vorschriften für das Hypotheken- und Depositalwesen und die Ersege und  
Rechnungen über Stempel und Gebühren der Gerichte, Notare und Anwälte. — Ein dritter  
Band, welcher später erscheinen wird, soll das Verfahren bei Aufnahme von Testamenten  
und Verträgen etc. enthalten.

Bei W. Dieke in Anklam erschien so eben und ist in allen Buchhandlungen zu haben,  
in Breslau und Oppeln bei **Graf, Barth u. Comp.**, in Brieg bei **Ziegler**:

**Die neuesten Grund-Lagen  
des Herrn von Bülow-Summerow  
mit Rücksicht auf Grundsteuerumlegung.**

Von **Robertus Jachkow.**

Preis 20 Sgr.

**Colonia.****Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Köln.**

Die unterzeichneten General-Agenten der Gesellschaft beehren sich, anzuzeigen, daß der  
Auszug des Protokolls der Generalversammlung der Gesellschaft vom 29. April, enthaltend  
u. A. die Uebersicht der Resultate des verflossenen Geschäftsjahres, bei ihnen zur Mitthei-  
lung bereit liegt. Hier beschränken dieselben sich auf die Notiz, daß das laufende Versiche-  
rungs-Kapital von 16 1/2 Millionen Thalern, die Kapital- und Prämien-Reserven, zusammen  
um 116,000 Thaler sich vermehrt haben.

Formulare zu Versicherungs-Anträgen und Auskunft über die Aufnahme-Bedingungen  
werden jederzeit mit Bereitwilligkeit ertheilt auf unserm Assuranz-Bureau, **Blücher-  
platz Nr. 17**, und von unseren beiden Spezial-Agenten, Herrn **E. Jurock**, wohnhaft  
Kupferschmiede-Strasse Nr. 22, und Herrn **J. Schubert**, Neumarkt Nr. 12 hierselbst.

Breslau, den 13. Juni 1847.

**Ruffer u. Comp.**

**Die Gaslampen- und Metallwaaren-Fabrik des  
S. Innocenz Eder in Breslau, Ring Nr. 49,**

empfehlte ihr reichhaltiges Lager von **Kronen-, Wand-, Tafel- und Schiebelampen**  
in den neuesten Façons; **Kaffee- und Theemaschinen, Kaffee- und Theekannen,**  
**Tablets und Zuckerkasten, Reiskaffeeemaschinen und Reiskaffeeemühlen** in  
Neusilber, Britannia-Metall, Messing, Zinn, Bronze und Lack, sowie alle in dieses Fach  
schlagenden Artikel zu den solidesten Preisen.

**Tägliche Züge der Oberschl. Eisenbahn vom 1. Mai ab.****A. Personen-Züge.**

Abfahrt von Myslowitz Morg. 8 u. 15 M. Ankunft in Breslau Nachm. 3 u. — M.  
Abfahrt von Breslau Mittags 12 u. 15 M. Ankunft in Myslowitz Abends 7 u. 2 M.

**B. Güter-Züge.**

Abfahrt von Breslau Morg. 7 u. 30 M. Ankunft in Myslowitz Nachm. 4 u. — M.  
Abfahrt von Myslowitz Mitt. 12 u. 40 M. Ankunft in Breslau Abends 8 u. 47 M.  
Abfahrt von Breslau Nachm. 5 u. 35 M. Ankunft in Oppeln Abends 8 u. 50 M.  
Abfahrt von Oppeln Morg. 6 u. 5 M. Ankunft in Myslowitz Vorm. 11 u. — M.  
Abfahrt von Myslowitz Nachm. 5 u. 45 M. Ankunft in Gleiwitz Abends 7 u. 15 M.  
Abfahrt von Gleiwitz Morg. 5 u. — M. Ankunft in Breslau Vorm. 10 u. 30 M.

**Tägliche Züge der Niederschl.-Märk. Eisenbahn vom 1. Mai ab.****Personen-Züge.**

Abfahrt von Berlin Morg. 7 u. — M. Ankunft in Breslau Abds. 8 u. 19 Min.  
Abfahrt von Berlin Abends 10 u. 45 M. Ankunft in Breslau Vorm. 11 u. 14 Min.  
Abfahrt von Breslau Morg. 7 u. — M. Ankunft in Berlin Abds. 7 u. 33 Min.  
Abfahrt von Breslau Nachm. 4 u. — M. Ankunft in Berlin Morg. 5 u. — Min.  
Abfahrt von Berlin Abds. 6 u. — M. Ankunft in Frankfurt Abds. 8 u. 35 Min.  
Abfahrt von Frankfurt Morg. 7 u. 15 M. Ankunft in Breslau Morg. 9 u. 50 Min.  
Abfahrt von Koblitz Morg. 6 u. 38 M. Ankunft in Gölitz Morg. 7 u. 30 Min.  
Abfahrt von Koblitz Vorm. 11 u. 37 M. Ankunft in Gölitz Mitt. 12 u. 29 Min.  
Abfahrt von Koblitz Nachm. 2 u. 53 M. Ankunft in Gölitz Nachm. 3 u. 45 Min.  
Abfahrt von Koblitz Abends 8 u. 45 M. Ankunft in Gölitz Abds. 9 u. 37 Min.  
Abfahrt von Gölitz Morg. 5 u. 15 M. Ankunft in Koblitz Morg. 6 u. 7 Min.  
Abfahrt von Gölitz Vorm. 10 u. 22 M. Ankunft in Koblitz Vorm. 11 u. 14 Min.  
Abfahrt von Gölitz Nachm. 1 u. 38 M. Ankunft in Koblitz Nachm. 2 u. 30 Min.  
Abfahrt von Gölitz Abends 7 u. 15 M. Ankunft in Koblitz Abds. 8 u. 7 Min.

**Tägliche Züge der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn**

vom 1sten Mai ab.

Von Breslau Morgens 6 u. — Nachm. 2 Uhr — Abends 5 Uhr 30 Min.  
" Schweidnitz " 6 " 15 M. — " 1 " 10 Min. — " 7 " 40 "  
" Freiburg " 6 " 18 — " 1 " 15 — " 7 " 45 "  
" Schweidnitz zum Anschluß nach Freiburg Abends 6 Uhr 40 Minuten.

**Restauration zur Stadt Warschau**

auf der Schmiedebücke; heute Abend großes Harfen-Konzert, wogu ergebenst einladet:  
**Die Geschwister Chnert.**

## Aus den Vorräthen von Ferdinand Hirt.

Neueste Romane von Dumas, Boz, Laube u. A.

zu überaus billigen Preisen.

So eben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Breslau und Ratibor vorräthig bei Ferdinand Hirt, in Krotoschin bei Stock:

### Die belletristische Welt.

Elegante Hausbibliothek der besten Romane unserer Zeit.

Herausgegeben von Dr. A. Diezmann.

(In Bänden à 2 1/2 Sgr.)

41stes Bändchen, enthaltend:

### Die Fünfundvierzig.

Roman von Alexander Dumas.

1stes Bändchen.

Die Fortsetzung wird in gleichem Schritte mit dem Original so rasch als möglich erscheinen. — Die früheren Bändchen der „belletristischen Welt“ enthalten:

1—10 Bchn. Gräfin Chateaubriant von H. Laube. 2te Aufl. 25 Sgr.

(Dieser 3 Bände umfassende Roman kostete in der 1. Auflage 5 Rthl.)

11—34. Bchn. Dombey und Sohn, von Boz (Dickens). 2 Rthl.

35—40. Bchn. Amerikanische Reise-Novellen von G. Ferrp. 15 Sgr.

Die „belletristische Welt“ bringt neben deutschen Originalromanen stets in gebiegenen Uebersetzungen nur die besten und neuesten Erzeugnisse der ausländischen Romanliteratur und ist durch seltene Wohlfeilheit bei elegantester Ausstattung allen Freunden einer geistvollen Unterhaltung zugänglich.

B. G. Teubner in Leipzig.

In der Hallberger'schen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig, in Breslau und Ratibor bei Ferdinand Hirt, in Krotoschin bei Stock:

### Ludwig Philipp der Erste,

König der Franzosen.

### Darstellung seines Lebens und Wirkens.

Von Dr. Christian Birch.

Zweite vermehrte und bis auf die neueste Zeit fortgeführte Auflage.

Vollständig in 15 Lieferungen von je 6 Bogen zu nur 6 Sgr.

In unserem Verlage erschien so eben, vorräthig in Breslau und Ratibor bei Ferdinand Hirt, in Krotoschin bei Stock:

### Uebermals Dr. Rupp

### und der Gustav-Adolf-Verein

von Ernst Meyer.

Gr. 8. 72 Seiten. Geh. 12 Sgr.

Der Herr Verf. sagt u. A. in dem kurzen Vorworte zu dieser wichtigen Schrift: „Zweites Mitglied unsers Vereins empfindet das Jammerbölle, das Unwürdige unserer Zerissenheit, Alle wollen Eintracht, nur nicht das Mittel dazu: Anerkennung der Schuld auf beiden Seiten, auf daß es zur Ausgleichung komme und Bewahrung vor neuer Schuld, abermals auf beiden Seiten!“ u. c.

Königsberg.

Verlagsbuchhandlung der Gebr. Bornträger.

Im Verlage von A. Reimann in Freiberg erschien und ist bei Ferdinand Hirt in Breslau und Ratibor, in Krotoschin bei Stock zu haben:

### Allgemeiner Briefsteller und Geschäftsführer

für das öffentliche und häusliche Leben, nebst Sprachlehre, Titulaturen, Fremdwörter-Büchle und Wegweiser durch die deutsche Literatur, von B. v. Brause.

25 1/2 Bogen. Elegant geheftet 15 Sgr.

Dieser Briefsteller zeichnet sich vorzüglich dadurch von allen seinen Vorgängern aus, daß sämtliche Briefe Originale sind, in denen der Styl dem Schreiber, Inhalte und Empfänger angemessen gewählt wurde.

### Der glückliche Mensch,

oder die Kunst, klug, anständig und fröhlich zu leben. Von B. v. Brause.

12 Bogen. Elegant geheftet 12 Sgr.

Der geistreiche, durch die Schule des Lebens gegangene Verfasser ist in diesem Buche ein treuer Rathgeber bei dem Umgange mit Menschen jeden Standes und jeder Gemüthsart.

Bei F. Schneider u. Comp. in Berlin erschien so eben und ist in Breslau und Ratibor bei Ferdinand Hirt, in Krotoschin bei Stock zu haben:

### Predigt

bei der kirchlichen Feier

### der Eröffnung des vereinigten Landtages

im Dome zu Berlin.

Gehalten von

### Dr. Friedrich Ehrenberg,

königl. Ober-Pfarrer und wirklicher Ober-Konfistorial-Rath.

Preis geb. 3 Sgr.

Wem sein Eigenthum lieb ist, der lasse es gegen Brandschaden versichern. — Anträge für die vaterländische Feuerversicherungs-Gesellschaft in Elberfeld werden nach statutarischen Bedingungen zu billigen Prämien angenommen von

A. Scholz, Albrechts-Straße Nr. 15, ohne Schld.

### Bereins-Auktion von Gestütpferden in Litthauen (Regierungs-Bezirk Gumbinnen), in Preußen.

Der landwirthschaftliche Verein für Litthauen wird auch in diesem Jahre eine Vereins-Auktion werthvoller Gebrauchs- und Zuchtstutten veranstalten und solche am Tage nach der Auktion in Preußen am 1ten August d. J. in Gumbinnen abhalten. Die Theilnahme vieler Geflüßbesitzer der Provinz sichert eine zahlreiche Zusammenstellung ausgezeichneter Pferde, welche zuvor von einer hierzu erwählten Kommission von Mitgliedern des landwirthschaftlichen Vereins streng geprüft sind und deren etwaige Fehler vor der Ausbietung angegeben werden. Vollständige Verzeichnisse der hier zum Verkauf gestellten Pferde, mit Angabe der Rationen und den Bemerkungen der Prüfungs-Kommission, liegen den Käufern am Auktionstage zur Einsicht bereit und soll auf die Weise das Interesse der Käufer, wie die Solidität des Unternehmens selbst möglichst gesichert werden.

Gumbinnen, den 5ten Juni 1847.

Das Direktorium des landwirthschaftlichen Central-Vereins für Litthauen.

Bei jeder Bitterung. Aufnahme im Zimmer von Julius Rosenthal, im Brühl'schen Atelier, Ring Nr. 42, Schmiedebühl-Str.

## Doniesienie.

Podpisany objawiający w posiadanie od dnia 1 Kwietnia 1847 r. HOTEL POLSKI (Hôtel de Pologne) w Kaliszu przy ulicy Józefiny i Wrocławskiej położony, takowy do należytego porządku doprowadził:

- 1) Przez zaprowadzenie przyzwoitej posługi.
- 2) Przez urządzenie w sposobie najnowszym Restauracyi z napojami, i
- 3) Przez świeże umeblowanie i odmalowanie pokoi.

O czem podając do publicznej wiadomości, ma honor nadmienić, że JW. i WW. Osoby do Kalisza przybywające, dając do należytych wygód i porządku, takowe u podpisanego w HOTELU POLSKIM obecnie znaleźć mogą za cenę umiarkowaną.

Jan Wieckiewicz.

Unterzeichneter giebt sich hiermit die Ehre, einem hohen Adel und geehrten Publikum von hier und auswärts anzuzeigen, daß er vom 1. April 1847 an, das in der Breslauer Vorstadt und Josephinen-Straße gelegene

### Polnische Hotel (Hôtel de Pologne.)

in Kalisch

auf eigene Rechnung übernommen hat. — Indem ich bereits für gute Bedienung, Restauration im neuesten Geschmack, wie auch neue Möbel und Malen der Zimmer gesorgt habe, — ersuche ich alle Herrschaften, welche gut zu logiren wünschen, gütigst bei mir einzutreten, indem ich zugleich in jeder Hinsicht die möglichst billigen Preise zu stellen versichere.

### Bannen- und Wellen-(Strom-)Bäder.

Die Bäder für Damen und für Herren in den einzelnen Kabinetten sind ebenfalls eröffnet. Für die geehrten Damen ist ein kleines Bassin errichtet, welches, sobald die geeignete Theilnahme dafür sich kund giebt, vergrößert werden wird.

Bezugnehmend auf die Anzeige vom 15. Mai bitte ich wiederholt die 1845—46 gelassensten Abonnementbilletts für Bannen- und Fluß-Bad bis zum 15. d. Mts. gefälligst umzutauschen, falls sie bis dahin nicht abgebadet worden sind. Nach dem 15. d. Mts. werden alle vorjährigen Abonnements ungültig. Breslau, den 9. Juni 1847, Kroll'sches Bad, Werderstraße 2. 3, Fr. Riebig.

### Stoppel- oder Wasserrübsaamen

empfehle ich in ganz frischer Waare zur gefälligen Beachtung; das Verkaufsort befindet sich Gartenstraße Nr. 6 (Breslau). Conrad Monhaupt, Kunst- und Handelsgärtner.

### Von Breslau direkt nach Warmbrunn

Personen-Gelegenheit, mit welcher Badegepäck sofort schnell besorgt wird, ist allwöchentlich Dienstags im rothen Hause, Neuschestraße, durch Sachs und Söhne aus Hirschberg.

### Spiellarten-Fabrik-Verkauf.

Wegen Uebernahme anderer Geschäfte bin ich willens, die hiesige Karten-Fabrik, die einzige in Schlessen, Ost- und West-Preußen, zu verkaufen oder zu vertauschen. Das Inventarium ist so groß, daß drei Fabriken damit ausgerüstet werden können. Auch verkaufe ich auf Verlangen große und kleine Trappier-, deutsche, Wist-, Tarot-, Mousstrungs-, große und kleine Deckelformen, Kupferplatten und Pressen, Kartenscheeren, Haarreiber, Farberbe-Maschine und Marmorplatten nebst Lauser, so wie Lithographiersteine. Näheres beim Eigenthümer: L. F. Podjorski, Bastigasse Nr. 6.

### Bestes englisches Patent-Hanf-Garn,

durch direkten Bezug, empfehle ich mein wieder vollkommen assortirtes Lager den Herren Riemern, Sattlern und Schuhmachern.

Robert Schärff in Bries und Breslau, Elisabethstraße Nr. 6.

### Neueste schöne Matjes-Seringe,

in Gebinden und einzeln empfiehlt: Herrmann Steffe, Neuschestraße Nr. 63.

### Trockene Wasch-Seife,

das Pfund zu 3 Sgr., 3 1/2 Sgr., 4 Sgr., 4 1/2 Sgr. und 5 Sgr. Bei Abnahme von 10 Pfund den billigsten Rabatt.

D. Hahn,

Goldene Radegasse Nr. 22.

### Das neue Kleider-Magazin von Wiener und Silbermann,

Oblauerstraße Nr. 75,

empfiehlt einer gütigen Beachtung nachstehende Gegenstände:

- 1stens, ganz elegante Herren-Anzüge,
- 2stens, Tweens nach den Modells,
- 3stens, Westen in Casimir, Grosgrain und Seide,
- 4stens, Buckskin-Beinkleider, in allen Qualitäten,

in größter Auswahl, zu auffallend billigen Preisen.



### Zwei neue Chaisen,

dauerhaft, leicht und nach neuester Façon gebaut, mit eisernen Achsen, sind mit vielem Verlust zu verkaufen; auch mehrere Sätze neue Räder.

Ciener, Gastwirth im rothen Löwen, Kupferschmiedestraße 21.

### Haus-Verkauf.

Ein Haus, in einer bedeutenden und sehr belebten Stadt, welche an der Eisenbahn liegt, circa 6 Meilen von Breslau, ist veränderungs-halber aus freier Hand für 4000 Rthl. gegen eine Einzahlung von 1000 Rthl. zu verkaufen; dasselbe ist 3 Stock hoch, ganz massiv neu gebaut und enthält 14 Stuben, 7 Alkoven, 3 Kellern und nöthigen Kammern u. c. nebst einer Plümpe im Hofe. Das Haus eignet sich außer dem Gewerbe, welches jetzt darin betrieben wird, noch besonders der passenden Lage wegen, zur Bäckerei wie auch zu jedem andern Handels-Geschäft. Hier auf reflectirende Käufer wollen sich deshalb an den Hrn. F. A. Beinlich in Bries zur grünen Linde, wenden, welcher zu dem Verkauf beauftragt ist; nächst diesem hat derselbe noch andere Häuser, nebst Gasthäusern und Gasthöfen, wie auch Ritter- und Freigüter verschiedener Größe, zu verkaufen und zu vertauschen.

### Hauseigenthümer,

welche Wohnungen zu vermieten haben, wollen uns baldigst ihre Aufträge ertheilen, da täglich sehr viele Nachfragen vorkommen. Commission: u. Agentur-Bureau von Frücke u. Co., Kupferschmiedestraße 17.

Die neue Tuch-, Mode- u. Galanterie-Waaren-Handlung für Herren von

### Stern u. Comp.,

Schweidnitzerstr. 52, neben der Stadt Berlin, empfiehlt ihr reichhaltig assortirtes Lager in Rod- und Beinkleider-Stoffen, und läßt in ihrer Kleiderverfertigungsanstalt, unter Leitung des Herrn Jacob Bestellungen aufs Sauberste und Schnellste ausführen.

### Demoiselles,

welche im Beisnähren etwas Nüchternes leisten können, finden ausdauernde Beschäftigung: Gellige-Geiststraße Nr. 21, 4te Etage.

### Zwei Grundstücke,

das eine Neuhäuser-Str. 20, wozu ein geräumiger Garten gehörig, der sich zu einem Lagerplatz eignet; das andere Kupferschmiedestraße 17, eine kleine, aber sehr hübsche, ohne Gemüthsanfechtung eines Drittheils zu verkaufen, und ist das Nähere zu erfragen Neuschestraße Nr. 61 beim Kresschner Biegan.

Sonntag den 13. Juni 1847.

**Bekanntmachung.**

Bei der General-Landschafts-Kasse hierseits wird die Auszahlung der Pfandbriefzinsen für den bevorstehenden Johannisternin vom 1ten Juli bis einschließlich zum 4. August täglich in den Stunden von 9 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags stattfinden; nur des Sonntags und Sonntags wird die Kasse geschlossen sein. Die Einlösung der Rekognitionen, welche im letzten Weihnachts-Termine für einbezogene, gekündigte Pfandbriefe bei der General-Landschaft ausgereicht worden sind, wird schon vom 21ten laufenden Monats ab bewirkt und werden auf solche Rekognitionen zugleich die fälligen Zinsen gezahlt werden. In den Pfandbriefverzeichnissen, welche bei der Zinserhebung vorgelegt werden, müssen die Pfandbriefe von und über 100 Rthl. von den Pfandbriefen unter 100 Rthl. gesondert, und diese wie jene besonders aufgerechnet sein. Breslau, am 12. Juni 1847.

Schlesische General-Landschafts-Direktion.

**Bekanntmachung.**

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß bei der unterzeichneten Fürstenthums-Landschaft für den bevorstehenden Johannisternin die Einzahlung der fälligen Pfandbriefzinsen den 28. und 29. Juni und deren Auszahlung an die Pfandbrief-Inhaber am 30. Juni und 1. und 2. Juli d. J. erfolgen soll.

Frankenstein, den 19. Mai 1847.  
Münsterberg = Glasche Fürstenthums-Landschafts-Direktion.  
Graf Söhen.**Bekanntmachung.**

Montag den 21. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr, soll die hiesige herzogliche Drangerie meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.

Kauflustige werden daher eingeladen, in diesem Termine an dem herzoglichen Frucht-hause hierseits zu erscheinen.

Die zu verkaufenden Drangeriebäume können jederzeit bei dem herzoglichen Ziergärtner Scholz hierseits in Augenschein genommen werden.

Dels, den 28. Mai 1847.

Herzoglich Landsschweizer-Delsche Kammer.

Die bevorstehende Theilung des Nachlasses des hierseits am 29. Mai 1847 verstorbenen Handlungs-Disponenten Eduard August Bamberg wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht und die etwaigen unbekannten Gläubiger des Erblassers werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche baldigst bei dem Unterzeichneten anzumelden.

Breslau, den 11. Juni 1847.  
F. E. v. Löbbecke, Geh. Commerzien-Rath, als Testaments-Exekutor.

Die unterzeichnete Kassenverwaltung fordert alle diejenigen, welche an die Wirthschaftskasse des Domänenamtes Proskau entweder noch Zahlungen zu leisten oder Forderungen an dieselbe haben, hierdurch auf, innerhalb 8 Tagen und längstens bis zu Ende dieses Monats dieselben an die Wirthschaftskasse zu leisten oder von ihr gegen vor schriftsmäßige Quittung in Empfang zu nehmen, da mit dem 1. Juli d. J. der Rechnungsabluß erfolgt und später eingehende Liquidationen zu unnötigen Weiterungen Anlaß geben würden.

Proskau, den 9. Juni 1847.  
Die Kassenverwaltung der königl. landwirthschaftl. Lehr-Anstalt.**Bekanntmachung.**

In einer bei uns schwebenden Untersuchung ist eine alte, schadhafte und mehrfach gestiefte graueinwandene Wagenplau als wahr scheinlich gestohlen in Beschlag genommen worden. Der muthmaßliche Dieb ist mit derselben am 14. Mai d. J. in Weide, Breslauer Kreis, ergriffen worden. Der unbekannte Eigenthümer der Plau wird aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen im Verhörzimmer Nr. 6 der hiesigen Frohnveste in den Vormittagsstunden zu melden und seine Ansprüche nachzuweisen, widrigenfalls nach den gesetzlichen Vorschriften über die Plau verfahren werden wird.

Breslau, den 8. Juni 1847.  
Königliches Inquisitoriat.**Verkauf.**

Ein in der Nikolai-Vorstadt, dicht an der Märkischen Eisenbahn belegener Bauplatz nebst gut bebautem Garten ist incl. des diesjährigen Extrages Familien-Verhältnisse wegen für den Preis von 650 Rthl. zu verkaufen. Das Nähere zu erfahren bei dem Commissionair Herrn Schefftel, Friedrich-Wilhelms-Str. 13.

**Häuser-Verkauf.**

Drei sehr schön und neu gebaute Grundstücke, welche eine höchst angenehme Lage haben, mit Garten, Stallungen, Wagenplatz, so wie mehrere

**Baupläze,**

die letzteren unter höchst vortheilhaften Bedingungen, sind mir zum Verkauf übertragen worden.

v. Schwellengrebel,  
am Dhlauer Stadtgraben Nr. 19.**Öffentliche Bekanntmachung.**

Wegen Theilnahme an dem am 22. März hierseits stattgefundenen Tumult sind bis jetzt durch die in zweiter Instanz lediglich bestätigten Erkenntnisse der unterzeichneten Kommission nachstehend bemerkte Personen bestraft worden, und zwar:

- 1) der Bediente Wilhelm Fensag außerordentlich mit 4wöchentlicher Gefängnißstrafe;
- 2) der Tagearbeiter Adolph Nagle außerordentlich mit 6wöchentlicher Gefängnißstrafe;
- 3) der Malergehülfe Johann Karl Gottwald außerordentlich mit 6wöchentlicher Gefängnißstrafe;
- 4) der Tagearbeiter August Kapuste ordentlich mit einer körperlichen Züchtigung von 15 Peitschenhieben und einer 6monatlichen Einstellung in eine Straffaction;
- 5) der Schneidergeselle Johann Gottlieb Lensch außerordentlich mit einer viermonatlichen Gefängnißstrafe;
- 6) der Tagearbeiter Johann Josef Wente ordentlich mit einer körperlichen Züchtigung von 15 Peitschenhieben und einer 4monatlichen Gefängnißstrafe;
- 7) der Schneidergeselle Wilhelm August Rippi theils ordentlich, theils außerordentlich mit 6monatlicher Gefängnißstrafe;
- 8) der Maurergeselle Johann Gottfried Palm ordentlich mit einer 15monatlichen Gefängnißstrafe;
- 9) der Handlanger Franz Heinrich Scheyer ordentlich mit einer körperlichen Züchtigung von 15 Rutenhieben und einer 6monatlichen Gefängnißstrafe;
- 10) der Schneidergeselle Karl Christian Lorenz ordentlich mit einer 3monatlichen Gefängnißstrafe;
- 11) der Tagelöhner Johann Karl Heinrich ordentlich mit einer körperlichen Züchtigung von 15 Peitschenhieben und einer 3monatlichen Gefängnißstrafe;
- 12) der Tagearbeiter Johann Friedrich Wilhelm Knorr ordentlich mit einer körperlichen Züchtigung von 15 Peitschenhieben und einer 3monatlichen Gefängnißstrafe;
- 13) der Tagearbeiter Franz Anton Schwarz ordentlich mit einer 6monatlichen Einstellung in eine Straffaction;
- 14) der Tagearbeiter Joh. Karl Schwarzbach ordentlich mit 15 Peitschenhieben und einer 6monatlichen Gefängnißstrafe;
- 15) der Tagearbeiter Karl Seifert außerordentlich mit 6monatlicher Einstellung in eine Festungs-Straftheilung;
- 16) der Tagearbeiter Joh. Friedrich Fittner ordentlich mit 15 Peitschenhieben und einer 1jährigen Zuchthausstrafe;
- 17) der Schneidergeselle Bernhard Anton Ehiede ordentlich mit einer 6monatlichen Gefängnißstrafe;
- 18) der Tagelöhner Robert Merckert ordentlich mit einer körperlichen Züchtigung von 15 Peitschenhieben und einer 6monatlichen Gefängnißstrafe;
- 19) der Tagearbeiter Robert Zimmer ordentlich mit einer körperlichen Züchtigung von 15 Peitschenhieben und einer 4monatlichen Gefängnißstrafe;
- 20) der Tagearbeiter Franz Klose ordentlich mit einer körperlichen Züchtigung von 15 Peitschenhieben und einer 3monatlichen Gefängnißstrafe.

Die Bekanntmachung der Bestrafungen der übrigen Angeklagten erfolgt, sobald die sie betreffenden Erkenntnisse rechtskräftig geworden sind.

Breslau, den 5. Juni 1847.  
Die angeordnete Gerichts-Kommission.  
Fuß, Justizrath, im Auftrage.

**Auktion.** Am 14ten d. Mts. Vorm. 9 Uhr werde ich in Nr. 42 Breitstraße zuerst einige Tausend Stück Cigarren, dann Leinwand, Betten, Kleidungsstücke, Möbel und Hausgeräthe versteigern.

Mannig, Auktions-Kommiss.

**Auktion.** Am 15. Juni, Vorm. 9 Uhr, werde ich in Nr. 16 Heilige-Geist-Straße Glas- und Porzellanfachen, Wäsche, Kleidungsstücke, Möbel, Küchen- und andere Hausgeräthe versteigern.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

**Auktion.** Am 15. Juni, Nachmittag um 4 Uhr wird im Kretscham zu Grüneiche ein braungefleckter, weißgelegter Vorsteherhund im Wege des Meistgebots versteigert werden. Die Dorfgerichte.

**Auktion eines Flügels und einer Violine.**

Morgen Mittag präcise 12 Uhr werde ich im alten Rathhause eine Treppe hoch einen 7ftavigen Mahagoni-Flügel und eine Violine

öffentlich versteigern.

Saul, Auktions-Kommissarius.

Steppdecken in Seide, Purpur und Rattan, sind in großer Auswahl vorrätig bei

Carl J. Schreiber.

**Verkauf einer Apotheke.**

In einer preussischen Provinzialstadt am Harze, von 14 bis 15 Tausend Einwohnern, worin sich nur 2 Apotheken befinden, will der Eigenthümer der Einen, worin bis jetzt die größte Frequenz ist, sich zur Ruhe setzen, beabsichtigt daher, sie als freier Hand zu verkaufen.

Zwischen 5 bis 6000 Rthl. betrug bisher der jährliche Geschäfts-Umsatz, welcher leicht vergrößert werden kann. Die Gebäude sind im besten baulichen Zustande, höchst zweckmäßig und geräumig die innere Einrichtung derselben, sie liegen im lebhaftesten Theile der Stadt, haben großen Hofraum mit Einfahrt, wovon ein schöner Garten ist.

Der Verkäufer beabsichtigt den Verkauf ohne Einmischung eines Dritten so wie ohne Weitläufigkeiten in aller Kürze abzuschließen und belieben hierauf reflektierende zahlungsfähige Käufer sich an den Kaufmann Louis Köfer in Duedlinburg zu wenden, der auf frankirte Anfragen das Nähere mittheilen wird.

**Zum Blumen-Kranz,**

heute Sonntag den 13. Juni, in Pöpelwitz zur Erholung, ladet ergebenst ein:

Schroöder, Cafetier.

**Im Schießwerder**

heute Sonntag den 13. Juni:

Großes Trompeten-Concert.

Käfer, Restaurateur.

**Weiß-Garten.**

heute Sonntag den 13. Juni großes

Nachmittag- und Abend-Konzert

der Breslauer Musikgesellschaft.

worin sich die Herren Schenk und Caroli,

Tenorist u. Guitarrist,

aus Wien, zum letztenmal hören lassen.

Um 8 1/2 Uhr kommt zur Aufführung:

humorist. Rundschau,

Grand-Potpourri von Canthal.

**Liebig's Garten,**

heute, den 13. Juni,

großes Instrumental-Concert.

A. Rugner.

**Jagdpaht bei Breslau.**

Dienstag, den 15. Juni, Nachmittags 4 Uhr

wird im Schlosse zu Strachwitz, 1 Meile von

Breslau, die dortige Jagd von 3000 Morgen

meistbietend verpachtet.

**An die Herren Kaufleute und**

Partikuliers.

Hierdurch erlauben wir uns ergebenst die geehrten Herren Kaufleute sowohl hier als auch auswärts darauf aufmerksam zu machen, daß wir circa 50 der tüchtigsten jungen Leute, als: Buchhalter, Reisende, Commis, Handlungslehrlinge, Hausoffizianten zc., welche in allen Branchen der Geschäftszweige routinirt sind, aufs angelegentlichste empfehlen. Ferner werden 15,000 Rthl. Hypotheken zu diversen Points zu kaufen verlangt. — 1 Haus im Preise von 12—14000 Rthl. wird gegen eine Anzahlung von 1500 Rthl. sofort gesucht, selbiges Grundstück muß in der Schmiedebäckerei, Schweidnitzer Straße oder Dhlauer Straße belegen sein.

Näheres im Agentur- und Commissions-

Bureau von

**Alexander u. Comp.,**

Antonienstraße 30, par terre.

**Zu verkaufen**

stehen ein Wasch- und ein Kleider-Sekretär von Kirchbaum, zwei Kommoden von Mahagoni, ganz modern, Gartenstraße Nr. 23 a. beim Tischlermeister.

**Meine Steindruckerei und Autographische Anstalt** habe ich von dem Neumarkt Nr. 9 nach dem Kaserberg Nr. 9 verlegt.

J. C. Schaad.

Eine Freistelle von 34 Morgen Acker und Wiese und Gehöfte im guten Düngungszustande, sämmtlich gut bebaut, das Wohnhaus mit 4 Stuben, ganz neu erbaut, mit freiem Brennholz und Streu, ohne Auszug, ist um 1400 Thlr., bei 600 Thlr. Anzahlung bis 11. Juli zu verkaufen. Das Nähere sagt C. Drause in Festenberg.

Die neuen englischen Muster Pelargonien und Calceolarien stehen jetzt in der prächtigsten Blüthe.

Eduard Breiter,

Kunst- und Handelsgärtner,

Rößgasse Nr. 2.

**Holz-Mägel**

für die Herren Schuhmacher find bei mir in allen Größen, pro Tausend 1 Sgr. 8 Pf. und 2 Sgr. zu haben.

C. Seide,

Schuhmachermeister, Nikolaistraße 12.

Am 6. Juni ist ein junger, braun- und weißgefleckter Wachtelhund verloren worden.

Wer denselben Abreichts-Straße Nr. 33 abgibt, erhält eine angemessene Belohnung.

**Carl Warmbt,**

Fleischermeister,

zeigt seinen werthen Kunden ergebenst an, daß in Folge des betroffenen Brand-Unglücks sich das Verkaufs-Lokal vorläufig im Hause des Herrn Carl Joseph Bourgarde, Schuhbrücke in der goldenen Waage befindet.

**Zu vermieten**

ist ab Johanni d. J. ein Hausladen, der sich besonders zu Galanterie- und Kurzwaaren-Geschäften eignet, Ring Nr. 19. Das Nähere erfährt man in der Modewaaren-Handlung daselbst.

**Alle Gattungen weißer Zeuge**

= zu Damen-Regliges =  
werden in der Weißwaaren-Niederlage,

Ohlauerstraße Nr. 2,

eine Treppe,

zu sehr billigen Preisen verkauft.

Für Damen, die ins Bad reisen, dürfte diese Offerte besonders willkommen sein.

Ein Haushälter mit guten Zeugnissen melde sich zu einem Unterkommen Weidenstr. Nr. 25 rechts im Laden.

**Nicht zu übersehen.** 5 Duzend neue Rohrstütze, von Kirchbaum- und Mahagoni-Holz, sind wegen Mangel an Platz billig zu verkaufen Kaserberg Nr. 28, 1 Etage hoch.

Zwei Paar gebrauchte Geschirre sind preiswürdig zu verkaufen. Näheres wird die Güte haben mitzutheilen Herr Klemermeister Scholz, Junkernstraße Nr. 13.

Ein Lehrling zur Kürschner-Profession wird verlangt Ring Nr. 3 im Gewölbe.

Ein Pony (Rappen) mit Geschirr und Wagen ist zu verkaufen Goldeneradegasse Nr. 18.

**Für's reisende Publikum**

sind täglich gut möblirte Zimmer zur Aufnahme bereit und auf Monate, Wochen oder Tage zu vermieten: Tauenzienstraße 36D (Tauenzienplatz-Ecke) bei Schulte.

Zu vermieten und Term. Johannis d. J. zu beziehen:

- 1) Bischofsstraße Nr. 9 eine Wohnung in der 2ten Etage, bestehend aus 1 Stube, 1 Kuche und Küche für jährlich 36 Rthl.;
- 2) Klosterstraße Nr. 10 eine Wohnung in der 1ten Etage, bestehend aus 2 Stuben, 1 Kuche, Küche und Beigelaß, für jährlich 70 Rthl.

Sofort resp. Termin Johannis zu vermieten:

- 1) Abrechtsstraße Nr. 8: a. ein gewölbtes Zimmer par terre, zu einer Werkstatte oder Remise sich eignend; b. ein Lager-Keller;
- 2) Kupferschmiedestraße Nr. 10. a. ein Pferdestall, b. ein Wagenplatz;
- 3) Gelhornstraße Nr. 2 mehrere kleine Wohnungen.

Administrator Kusche, Kirch-

Straße Nr. 5.

Klosterstraße Nr. 66 ist eine Wohnung in der 1ten Etage, bestehend aus 3 Stuben, Küche und Beigelaß für 90 Rthl. jährlich zu vermieten und Term. Johannis d. J. zu beziehen.

Administrator Kusche,

Kirchstraße Nr. 5.

**Zu vermieten.**

Kupferschmiedestraße Nr. 37 zu Michaeli der 2. Stock: 3 Stuben, 1 Kuche, 1 Entree, 1 Küche und Küchenstube nebst Beigelaß. Näheres beim Hauswirth daselbst; ferner 1 Keller und 1 großer Boden.

**Eine Mittel-Wohnung**

zu 60 Thlr., und eine kleine möblirte Stube sind bald oder auch zu Term. Johanni am Dhlauer Stadtgraben Nr. 19 zu beziehen.

!!! Die größte Hälfte der 2. Etage !!!  
4 Piecen und Beigelaß, auf Johanni zu beziehen, bei May, Karlstr. Nr. 21.

**Zu vermieten**

und bald zu beziehen 2 sehr freundliche möblirte Zimmer, Ecke am Stadtgraben und neue Schweidnitzer Straße. Näheres Elsbethstraße Nr. 8, Buchhandlung.

**Ein Gasthof,**

eine Meile von Breslau, an einer sehr lebhaften Straße gelegen, mit 38 Morgen Acker, vollständigem lebenden und todtten Inventarium, ist sehr preismäßig, mit 1000 Rthl. Einzahlung, zu verkaufen. Näheres bei Albert Jäkel, Grünebaumbrücke Nr. 2.

Ein vorzüglich gelegenes Haus, auf der Tauenzienstraße, mit guten Räumlichkeiten, Gewölbe, Laden, Bauplänen, Garten und freundlichen Wohnungen, ist durch mich zu verkaufen.

Tralles, Schützbrücke 66.

# Hertel's Berliner Cours-Bericht.

Auswärtige Puänumerationen für das nächste Quartal sind bei den wohlöbl. Postämtern so zeitig zu erneuern, dass die Bestellungen vor Ablauf dieses Monats in Berlin eintreffen. Der Quartal-Preis für den täglichen Bericht ist 4½ Thlr., portofrei für das Inland.

Die alleinige Fabrik von Grove's präp. und gebranntem Dampf-Kaffee befindet sich in Breslau am Neumarkt Nr. 42 bei Eduard Groß.

Ein erst vier Monate in Gebrauch gewesener kupferner Spiritus-Dampf-Apparat, nebst allem Zubehör, steht zum Verkauf; wo? und Bedingungen werden die Herren W. Schmidt und Huguenel in Breslau, Albrechts-Strasse Nr. 38, die Güte haben mitzutheilen.

Im Herrmannshofe in der Bahnhofstrasse sind noch Wohnungen zu vermieten und welche sogleich zu beziehen. Das Nähere beim Haushälter.

**Zu vermieten**  
ist Schuhbrücke Nr. 19 ein Gewölbe nebst Comtoir und bad oder zu Johann zu beziehen; auch kann eine Remise dazu abgelassen werden. Näheres daselbst.

Ohlauerstrasse, der Landschaft schrägüber, ist eine Stiege vorn heraus eine freundlich möblierte Stube bald zu beziehen.

Königsplatz Nr. 4 in der Kleutcher Bierhalle findet Montag den 14ten und Donnerstag den 17ten d. eine Abendunterhaltung von den berühmten Harfenisten statt.

Breitestrasse Nr. 41 ist die dritte Etage im Vorder- und Hinterhause zu vermieten.

**Ein Pferdestall**  
zu 4 Pferden nebst Wagenremise, für Droschkenträger sich eignend, ist gleich oder Michaeli zu vermieten; Legtegeasse Nr. 4, nahe der Freiburger Eisenbahn.

**Zu vermieten**  
und bald oder Johann zu beziehen ist eine Wohnung von 2 Stuben, Kabinett, Küche, Entree, für 60 Rthl., Brüderstrasse Nr. 2.

Zu vermieten und Johann dieses Jahres zu beziehen sind Ohlauerstrasse Nr. 56, zwei sehr freundliche Wohnungen à 80 und 220 Thlr. Näheres ebenfalls im Comptoir.

Gute gebrauchte Möbel werden gekauft und dafür die höchsten Preise gezahlt: Neuschestrasse Nr. 56, im ersten Stock.

Friedr. Wilh.-Strasse Nr. 69 ist der erste Stock veränderungswegen getheilt und in 6 und 4 Piecen nebst Zubehör zu Johann d. J. zu vermieten.

**Ein großes Geschäftslokal**  
in der ersten Etage des ersten Viertels der Ohlauer Strasse, nahe am Ringe, ist zu Michaeli d. J. zu vergeben. Zu Comtoir-Geschäften wäre dasselbe besonders geeignet. Nähere Auskunft hierüber erteilt Herr Heinrich Richter, Albrechts-Str. Nr. 6.

**Zu vermieten**  
und Johann zu beziehen ist Schmiedebücke Nr. 20 im zweiten Stock, vorn heraus, eine Stube, nebst Alkove, Küche und Beigelaß.

**Vermietungs-Anzeige.**  
Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 27, zwischen der neuen Taschenstrasse und Bahnhofstrasse gelegen, sind lichte freundliche Quartiere von 4 Stuben, Kabinett, Küche, Speisekammer und übriger Beigelaß zu vermieten und bald oder zu Johann zu beziehen. Das Nähere daselbst zu erfragen.

Altstädterstrasse Nr. 12 im zweiten Stock neben der königl. Bank ist ein möbliertes Zimmer zu vermieten und zum 1. Juli zu beziehen.

In den drei Möhren ist ein Gewölbe nebst Comtoir zu vermieten und sofort zu beziehen.

Nikolaistrasse Nr. 71 ist zu Johann oder sofort die zweite Etage, bestehend aus 4 Stuben, Entree, Küche und Beigelaß zu vermieten.

Eine unmöblierte, freundliche, zweifelhafte Stube ist Wallstrasse Nr. 6 par terre rechts vom 1. Juli d. J. an zu vermieten.

Karlstrasse Nr. 35, im Hofe zwei Treppen hoch, ist eine Wohnung für 36 Rthl. zu vermieten.

Ein freundlich möbliertes Vorderzimmer ist bald oder zu Johann Weidenstrasse Nr. 32 zu vermieten.

Große und kleine Wohnungen sind zu vermieten und bald zu beziehen Schuhbrücke Nr. 32.

**Zu vermieten**  
sind Grünebaumbrücke Nr. 2, eine Wohnung im 1. so wie im 3. Stock, 2 oder 3 Stuben, große Küche und Beigelaß, eben so ist eine einzelne Stube für 1 oder 2 Herren, mit oder ohne Möbel zu vermieten und bald zu beziehen. Näheres im Gewölbe.

**Zu vermieten.**  
Ein großes Parterre-Lokal mit oder ohne Keller, welches sich wegen seiner sehr guten Lage zu jedem Engros- und Detail-Geschäft eignet, weist zur Vermietung nach das Anstalts- und Adress-Bureau im alten Rathhause.

**Hôtel garni in Breslau,**  
Albrechtsstrasse Nr. 33, 1. Etage, bei König, sind elegant möblierte Zimmer bei prompter Bedienung auf beliebige Zeit zu vermieten. P. S. Auch ist Stallung u. Wagenplatz dabei.

**Angelommene Fremde.**  
Den 11. Juni. Hotel zum weißen Adler: Fürstenthumsger.-Direktor Laistritz a. Pleß. Part. Schöbgen a. Prag. v. d. Kanfen von der Insel Rügen. Kaufl. Reinharder aus Glabach, von Kempen aus Amsterdam, Stapfer a. Aignon, Hoffmann und Rosa a. Berlin, Wilmsdorfer a. Baireuth, Köpfen a. Lübeck, Hofffeld a. Stettin, Heinrichs a. Neustrelitz. Part. Schöpfer a. Freiwaldau. Professor Ebbrecht aus Blankenburg. Partik. Görne u. Hamburg. Justizr. König a. Danzig. Spinnereibes. Flach aus Chemnitz. Hotel zur goldenen Gans: Kred.-Inst.-Dir. Bar. v. Saurma a. Ruppersdorf. Hofrath Petroff u. Kollegienrath Enko a. Petersburg. Banquier Schlesinger aus Hirschberg. Banquier Simonson, Kaufm. Burchardt, Baurath Cantian, Rentier Fuhr u. Buchholz. Dr. Behr a. Berlin. Gutsbes. v. Randowski a. Brudzewo. Part. Kaganowski a. Warschau. Kaufl. Leuchter a. Ratibor, Müller a. Krimmitschau. Oberamt. Standby a. Unislaw. Partikulier Bernich aus Danzig. Hotel de Silésie: Justiz-Kommissarius Ernst a. Ramlau. Gutsbes. v. Werner a. Steine. Rittmeister v. Hüfe a. Birchow. Oberamt. Hollmann a. Brandenburg. Hotel zum blauen Hirsch: Gutsbes. Gr. v. Malewski a. Polen. Oberamt. Wagner a. Sakrau. Verw. Leuchmann a. Freystadt. Kaufl. Helbig a. Landsberg, Sachs a. Guttentag. Fabrikant Herrmann a. Ohlau. Hotel zu den drei Bergen: Gutsbes. v. Chappuis aus Korschwig. Eigenth. Renn aus Eibef.

Kaufl. Frank a. Hamburg, Schleifinger aus Berlin. Bidault a. Metz, Eberhardt a. Rhepdt. — Zertlich's Hotel: Gutsbes. Graf von Kalkreuth aus Siegersdorf. — Hotel de Saxe: Landschafts-Dir. v. Rosenbergs-Epinsti a. Gutwohne. Gutsb. v. Kessel aus Raake. Richter aus Berlin. — Köhne's Hotel: Oberst Stierschans a. Petersburg. Gutsb. v. Mitkowski a. Macew, Rzepecki a. Kiewia-dom, v. Perroy a. Neubrookuth. Bergmeister Brade a. Waldenburg. — Goldener Zep-ter: Tribunalsrath v. Zapolski, Mühlenbes. Linke u. Gärtig a. Ralsch. Oberamt. So-ber aus Wolfow. — Deutsches Haus: Gutsbes. Soyaur a. Brzosa bei Kreuzburg. Pastor Herzog a. Siegroth. Kaufm. Simon

a. Pitschen. — Stadt Freiburg: Expedient Müller aus Berlin. — Königs-Krone: Kaufm. Brühl a. Reisse.

Privat-Logis. Karlsstr. 28: Kaufm. Barkan a. Epries. — Elisabethstr. 2: Landes- alt. v. Brochem aus Brzesnis. Oberstleut. v. Jordan a. Pawlau. — Karlsstr. 30: Kaufl. Grünzweig a. Warschau, Hammer a. Neu-berun, Sohn a. Glogau. — Mauritiuspl. 6: Wirthsch.-Insp. Hoffmann aus Drzewce. — Mauritiuspl. 9: Fr. Apoth. Freitag a. Neu- mark in Westpr. — Karlsplatz 3: Kaufl. Frank u. Salomon a. Magdeburg. — Gol-dene Rabegasse 18: Handl.-Commis. Jallert aus Langendorf. — Tauenzienstr. 31c: Frau Schwinga a. Potsdam.

## Breslauer Cours-Bericht vom 12. Juni 1847.

Fonds- und Geld-Cours.	
Holl. u. Kass. vlv. Duf. 95½ Sld.	Posener Pfandbriefe 3½ % 93½ Br.
Friedrichs'or, preuß. 113½ Sld.	Schles. dito 3½ % 98½ Br.
Louis'or, vlv. 111½ Sld.	dito dito 4½ % Litt. B. 102½ Br.
Poln. Papiergeld 99½ Sld.	dito dito 3½ % dito 95½ Br.
Decker. Banknoten 103½ u. 2/3 bez. u. Br.	Poln. Pfdb., alte 4½ % 95½ Sld.
Staats-Schuldscheine 3½ % 93½ Sld.	dito dito neue 4½ % 95½ bez. u. Sld.
Sech.-Pr.-Sch. à 50 Thl. 66 Br. 95½ Sld.	dito Part.-E. à 300 Fl. 96 Sld.
Bresl. Stadt-Obligat. 3½ %	dito dito à 500 Fl. 80 Sld.
dito Gerechtigkeits 4½ % 96½ Br.	dito p.-B.-E. à 200 Fl. 17 Br.
Posener Pfandbriefe 4½ % 102½ bez.	Rff.-Pin.-Sch.-Obl. i. S.-R. 4½ % 81½ Br.

## Eisenbahn-Aktien.

Obereschl. Litt. A. 4½ % Kolleingez. 104½ Br.	Rheinische 4½ %
dito Prior. 4½ % 96½ Br.	dito Pr.-St. Zuf.-Sch. 4½ %
dito Litt. B. 4½ % 99 Br.	Rhein-Winden Zuf.-Sch. 4½ % 93 Br.
Bresl.-Schw.-Freib. 4½ % 101½ Br.	Schf. Bhl. (Drs. Gerl.) Zuf.-Sch. 4½ % 99½ Br.
dito Prior. 4½ % 96 Br.	Wes.-Brieg. Zuf.-Sch. 4½ % 64 Br.
Niederschles.-Märk. 4½ % 88 Br.	Krat.-Oberschl. 4½ % 76½ Sld.
dito Prior. 5½ % 102½ Br.	Posen-Starg. Zuf.-Sch. 4½ % 84 Br.
dito Zwgb. (St.-Eag.) 4½ %	Fr. Wilh. Nordb. Zuf.-Sch. 4½ % 72½ Sld.
Witthb. (Kosel. Dberb.) 4½ %	

## Breslauer Wechsel-Course vom 12. Juni 1847.

Amsterdam in Courant, 2 Mon., 250 Fl.	140½ Briefe.	— Sld.
Hamburger in Banco, 300 M., à vista	151½	150¾
dito dito 2 Mon.	150½	—
London 1 Pfund Sterl. 3 Mon.	6. 22½	6. 21½
Paris 2 Mon.	—	79
Wien 2 Mon.	102½	102
Berlin, à vista	—	99½
dito 2 Mon.	—	99

## Berliner Eisenbahn-Aktien-Cours-Bericht vom 11. Juni 1847.

Breslau-Freiburger 4½ % 101 bez.	Rhein-Winden 4½ % 92½, 1/2 u. 5/8 bez.
Niederschlesische 4½ % 87½ bez.	Nordb. (Frdr. Wilh.) 4½ % 72½ bis 1/3 bez. u. S.
dito Prior. 4½ % 91½ bez.	Posen-Stargarder 4½ % 83½ Br. 83 Sld.
dito dito 5½ % 101½ Sld.	Sächs.-Schlesische 4½ % 100 Sld.
Niedersch. Zweigb. 4½ %	
dito Prior. 4½ %	
Obereschl. Litt. A. 4½ % 104½ Br.	
dito Litt. B. 4½ % 99 Br.	
Wilhelmsbahn 4½ % 87 Br.	
Krat.-Oberschl. 4½ % 76½ Sld.	
Quittungsbogen.	
Rheinische Prior.-St. 4½ % 89½ Br.	

## Breslauer Getreide-Preise vom 12. Juni 1847.

Beste Sorte.		Mittlere Sorte.		Geringsste. Sorte.	
Weizen, weißer .. 5 Htl. 6 Sg. — Pf. 4 Htl. 27 Sg. 6 Pf. 4 Htl. 19 Sg. — Pf.					
dito gelber .. 5 " 2 " 6 " 4 " 26 " — " 4 " 18 " — "					
Bruch-Weizen .. 4 " 17 " — " 4 " 8 " — " 4 " 3 " — "					
Roggen .. 4 " 21 " — " 4 " 17 " — " 4 " 16 " — "					
Gerste .. 3 " 15 " — " 3 " 11 " — " 3 " 3 " — "					
Hafer .. 1 " 20 " — " 1 " 18 " — " 1 " 16 " — "					

## Landtags-Angelegenheiten.

Sitzung der vereinigten Kurien am 7. Juni. (Schluß).

(Unter andern Rednern sprach auch der pommersche Abgeordnete von Heyden gegen eine Anleihe, weil keine Nachweisung über deren Verwendung in Aussicht stehe.)

Finanz-Minister: Zunächst halte ich mich verpflichtet, auf die Aeußerung des geehrten Redners aus Pommern, der vorher gesprochen hat, eine Bemerkung zu machen. Wenn gesagt ist, ich hätte erklärt, daß man auf eine Rechnungslegung in Bezug auf die Eisenbahn-Anleihe nicht eingehen könne, so glaube ich, daß darüber ein Mißverständnis obwalten muß. Ich erinnere mich nicht mehr, daß dieser Gegenstand speziell in der angeführten Weise zur Sprache gekommen ist; ich erinnere mich nur im Allgemeinen, daß die Rede von einer Verwendungs-Nachweisung war; der Worte, welche ich in dieser Beziehung gebraucht, kann ich mich nicht mehr entsinnen, da es schon mehrere Wochen her ist. Ich nehme aber keinen Anstand, hier zu erklären, daß, wenn es gewünscht wird, über den Bau der Eisenbahn nach Preußen vollständige Verwendungs-Nachweisungen vorgelegt werden sollen. Durch diese Erklärung wird

in jener Beziehung jedes Mißverständnis beseitigt sein.

Eine Stimme: Ich bitte ums Wort.

Marshall: Ich habe Sie notirt.

Finanz-Minister: Ich erinnere mich nicht mehr, daß der Gegenstand in der Abtheilung speziell zur Sprache gekommen ist. Es ist, wie ich glaube, blos die Rede davon gewesen, daß die Anleihe zu nichts Anderem verwendet werde, als zu diesem Eisenbahnbau. Ich habe in keiner Weise ein Bedenken dagegen, die vollständige Verwendungs-Nachweisung vorzulegen. Sollte in dieser Beziehung noch ein Mißverständnis obwalten, so erkläre ich nochmals, daß ich keinen Anstand nehmen werde, die vollständige Nachweisung vorzulegen, so daß die Versammlung sich wird überzeugen können, daß zu keinem anderen Zwecke, als zum Bau der Eisenbahn, der Betrag der Anleihe wird verwendet werden. Dies vorausgeschickt, erlaube ich mir, auf den Gegenstand der Proposition zurückzukommen. Nachdem die Eisenbahn-Anlage vor einem Decennium eine bedeutende Entwicklung bei uns genommen hat, hielt sich die Regierung verpflichtet, den Gegenstand selbst aufzunehmen, und es wurde zu dem Ende wegen Herstellung eines umfassenden Eisenbahnnetzes in der ganzen Monarchie den vereinigten Ausschüssen im Jahre 1842 ein Vorschlag vorgelegt und zwar dahin, daß der Ausbau

der Eisenbahnen zwar im Allgemeinen dem Privat-Unternehmen zu überlassen sei, der Staat aber diese Bauten theils durch Theilnahme an den Aktien-Kapitalien theils durch Gewährung von Zinsen-Garantien unterstützen. Es wurde zu dem Ende, was namentlich die Garantie angeht, ein Betrag von 2 Millionen jährlich in Aussicht genommen, um damit den wichtigsten Bahnen eine Zins-Garantie verleihen zu können. Von Seiten der vereinigten Ausschüsse wurde anerkannt, daß das vorgeschlagene Eisenbahnnetz, welches die Hauptstadt mit den Provinzen und die Provinzen mit einander verbinden, so wie auch in der Haupttrichtung das Ausland berühren sollte, ein dringendes Bedürfnis sei. Darnach wurde schon die Frage angeregt, ob nicht der Eisenbahnbau ganz auf Staatskosten zu bewirken sei; seitens der Regierung fanden jedoch erhebliche Bedenken dagegen statt. Die Ansicht der Versammlung war darüber ungefähr gleich getheilt, indeß die Majorität stimmte der Regierung bei. In Folge dieser Beratungen sind von Sr. Majestät die nöthigen Bewilligungen gemacht worden, um die Ausführung des Eisenbahnnetzes zu sichern. Es ist ein Kapital-Betrag von 6 Millionen Thalern aus den Ueberschüssen des Staatshaushaltes bestimmt worden, damit der Staat in den Stand gesetzt sei, sich bei geeigneten Bahnen mit Kapitalien theilnehmen zu

können. Zweitens ist sogleich eine Summe von 500,000 Rthlrn. ausgesetzt worden zu den laufenden Ausgaben, namentlich zur Deckung der nöthigen Zins-Garantie. — Es ist ferner bestimmt worden, daß die Ueberschüsse der Salz-Debits-Verwaltung gegen den Etat von 1843 künftig zu dem Eisenbahn-Fonds bestimmt werden sollen, bis derselbe die Summe von jährlich 2 Millionen Thalern erreichen wird. Der Eisenbahn-Fonds ist in diesem Jahre bereits auf 1,200,000 Rthlr. gestiegen, und er wird sich in Folge der Vermehrung der Einnahmen aus dem Salz-Monopol, welche mit der Vermehrung der Bevölkerung gleichen Schritt hält, erhöhen, so daß der Eisenbahn-Fonds nach einer Reihe von Jahren die Summe von 2 Millionen Thalern erreicht haben wird. — Das Eisenbahngesetz, welches man bei der Vorlage an die vereinigten ständischen Ausschüsse im Jahre 1842 im Auge hatte, ist größtentheils jetzt vollendet oder seiner Vollendung nahe. Es fehlt hauptsächlich noch die preussische Ostbahn, an welche sich die Bahn anreihen soll, durch welche Posen mit der schlesischen Eisenbahn in Verbindung zu setzen ist. Außerdem ist ohne Beihilfe des Staats eine größere Anzahl von Eisenbahnen unternommen und größtentheils vollendet, so daß gegenwärtig bis auf die zunächst in Frage stehende Ostbahn und die Posen-Schlesische Bahn die erwünschten Eisenbahn-Verbindungen theils hergestellt, theils in Angriff genommen sind, theils in naher Aussicht stehen. Ich bemerke, daß am Schlusse des Jahres 1846 bei uns an Eisenbahnen 240 Meilen fertig gestellt waren mit einem Kapitalbetrage von 80 Millionen Thalern, daß im Laufe dieses Jahres zur Vollendung kommen 45 Meilen Eisenbahnen mit einem Kapital von 16 Millionen, und daß in der Ausführung begriffen sind und in den folgenden Jahren zur Vollendung kommen werden 63 Meilen, die einen Kapitalbetrag von 18 Mill. Thlr. erfordern. — Alle diese großen Resultate sind erreicht worden ohne andere unmittelbare Mitwirkung des Staats, als daß er für mehrere besonders wichtige Eisenbahnen, außer der Betheiligung an der Kapital-Anlage, eine Garantie von Einer Million Einmal Hundert Tausend Thaler übernommen hat. Diese Summe ist im Vergleich mit dem, was das Ausland für Eisenbahnen unternommen hat, aus Staatsfonds aufgewendet hat, auch wenn wir die Kosten der ganzen Ostbahn hinzunehmen, im Ganzen doch von weniger Erheblichkeit. Ich bemerke, daß nach den hier gesammelten Notizen die Kosten, die für Eisenbahn-Anlagen — ich will bloß deutsche nennen, — aus Staats-Mitteln verwendet worden sind oder verwendet werden sollen, in Baiern 48 Millionen, in Sachsen 16 Millionen, in Hannover 25 Millionen und in Württemberg 17 Millionen betragen. Es komme gegenwärtig darauf an, daß das Hauptglied, welches in unserem Eisenbahngesetz noch fehlt, nämlich die Ostbahn nach Preußen, fertig hergestellt werde. Es waren frühher Aussichten vorhanden, daß diese Bahn in gleicher Art, wie andere, durch Staats-Beihilfe zur Ausführung gelangen würde, die ungünstigen Verhältnisse des Geldmarktes haben jedoch diese Aussichten allmählich schwinden lassen, so daß nur zu hoffen ist, daß, wenn der Staat unmittelbar den Ausbau dieser Bahn übernimmt, dieselbe zur Ausführung und Vollendung kommen kann. Es bieten sich hierzu zwei Wege dar. Der erste Weg geht dahin, daß der Staat theils mit den Kapital-Verständen und theils mit den Mitteln des laufenden Eisenbahnfonds den Bau unternimmt. Auf diesem Wege würde der Bau nur nach einer langen Reihe von Jahren zur Ausführung kommen können; es ist aber in vielem Betracht wünschenswerth, daß derselbe in einer angemessenen kurzen Zeit zur Vollendung gelangt. Man hat sich deshalb zu dem zweiten Wege entschlossen. Dieser zweite Weg geht dahin, daß der Staat die Mittel, die er in dem laufenden Eisenbahnfonds hat, in Kapital umsetzt und sich dadurch die Mittel verschafft, die Bahn rasch zu bauen. Dies ist der Weg einer Anleihe. Diese Anleihe bezweckt in keiner Weise ein fiskalisches Interesse, sondern sie ist eine Anleihe im allgemeinen Interesse des Landes; denn die preussische Bahn hat nicht bloß ein provincielles Interesse, sie hat ein großes allgemeines Interesse, und es kann nur, sowohl in kommerzieller, als in politischer und militärischer Hinsicht gewünscht werden, daß sie möglichst bald zu Stande kommen möge. Bei der Frage der Anleihe mußte der finanzielle Punkt, und zwar von dem Standpunkte aus in Erwägung gezogen werden, daß dasjenige, was der Staats-Haushalt zur Verwendung erübrigen läßt, nicht überschritten wird, es mußte darauf Rücksicht genommen werden, daß die 2 Millionen Thaler, die als Maximal-Betrag zur Verwendung für den Eisenbahn-Fonds in Aussicht genommen sind, nach Abzug dessen, was bereits für ausgeführte Bahnen verwendet ist, für den Zweck ausreichend bleiben. Um diese Rücksicht mit der anderen Rücksicht, die Bahn bald in Ausführung zu bringen, zu vereinigen, bot sich das Mittel dar, daß man für jetzt die Eisenbahn, die nach Stettin und von dort über Stargard nach Posen führt, benutze, um an diese die große Ostbahn anzuschließen und von dort aus unmittelbar weiter zu führen. Es ist dies allerdings ein Umweg, der aber auf der ganzen Tour bis Königsberg hin nur acht Meilen beträgt, er wird also nicht von der Art sein, daß behauptet werden

könnte, es würde der Zweck der Bahn wesentlich gefährdet werden, um so weniger, als es, wenn Zeit und Umstände es gestatten, vorbehalten bleibt, den Bau in direkter Linie auf Berlin fortzusetzen. Es ist deshalb die Proposition dahin gestellt worden, daß die Summe, welche nöthig ist, um den Bau von der Stargard-Posener Bahn bei Driesen ab fortzuführen, als Staats-Anleihe aufgenommen werde. Es ist in der Abtheilung der Vorschlag gemacht, in Anerkennung des großen Nutzens, den eine direkte Bahn unmittelbar von Berlin nach Königsberg hin haben würde, die Anleihe verhältnißmäßig zu erhöhen, und eine große Minorität hat auch in der Abtheilung dafür gestimmt. Ich bin indes in keiner Weise ermächtigt, zu erklären, daß die Proposition, welche davon ausgeht, daß die Bahn nur von Driesen aus gebaut werde, eine Modification erleiden könnte, im Gegentheil muß ich hinzufügen, daß die Rücksicht auf den Staats-Haushalt es wenigstens für jetzt nicht gestattet, höhere Beträge für die Anleihe in Aussicht zu nehmen; sobald jedoch Zeit und Umstände es gestatten, wird man gewiß gern darauf bedacht sein, die Bahn direkt von Driesen nach Berlin fortzusetzen, ohne indeß über den Zeitpunkt, wann und über die Art, wie dies geschehen wird, gegenwärtig irgend eine Verpflichtung zu übernehmen. — Unter unseren Eisenbahnen sind mehrere, welche in dem projektirten Eisenbahn-Netz nicht begriffen und noch nicht hergestellt sind, deren Ausführung aber höchst wünschenswerth erscheint, als: die Köln-Minden-Thüringer Verbindungs-Bahn und einige andere, die in den vorliegenden Petitionen angeführt sind. Wie die Verhältnisse gegenwärtig stehen, ist wenig Aussicht auf ihre Ausführung vorhanden, wenn nicht von Seiten des Staats in irgend einer Weise hinzutreten wird. Zu einer Beihilfe dieser Art würde es aber dem Staate fehlen, wenn er lediglich auf die Mittel beschränkt bliebe, wie der Eisenbahn-Fonds sie in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit gewährt. Es wird möglich sein, mehrere dieser Bahnen gleichzeitig zu berücksichtigen, wenn dem Staate mit einigemal ein großes Kapital zur Disposition gestellt wird, und es hat die Anleihe einen doppelten Zweck, nämlich einerseits die schnelle Ausführung der preussischen Ostbahn, und andererseits die Unterstützung mehrerer anderen wichtigen Bahnen, die in dem in Aussicht gestellten Eisenbahn-Netz nicht enthalten sind. Es ist also die Anleihe ein Gegenstand, der nach vielen Seiten hin die allgemeinen Interessen des Landes berührt, und es kann nur gewünscht werden, daß die Versammlung ihre Zustimmung zu der Anleihe, wie sie vorgeschlagen worden ist, erteile.

Abgeordn. von Heyden: Ich bin von des Hrn. Ministers Excellenz eines Mißverständnisses bezüchtigt worden, betrefte der Worte, die der Herr Minister in der Abtheilung gesprochen haben. Dies Mißverständnis kann nur darauf beruhen, daß der Herr Minister seit der Zeit eine Sinnes-Änderung vorgenommen. S. 14 des Gutachtens wird gesagt:

„Die entgegenstehende Ansicht wollte in einer Anleihe nichts wesentlich Verschiedenes von einer Actien-Bezeichnung erblicken, da bei beiden Maßreg. eine Benutzung von Privat-Kapitalen herbeigeführt werde, und fand eine besondere Stütze für ihre Meinung noch darin, daß im Falle einer Staats-Anleihe keine weitere Kontrolle über die Verwaltung der beschafften Mittel vorhanden sei, während gerade diese in der Verwaltung der Privatgesellschaft selbst vollständig liege.“

Dieser Passus ist aus dem Protokoll aufgenommen worden, und meine Frage an den Herrn Minister war: ob den Ständen eine Kontrolle über die Verwendung der geforderten Anleihe gewährt werden würde? beantwortete der Herr Minister dahin: Die Rechnung würde allerdings geführt, aber nicht den Ständen vorgelegt werden. Wenn wir nun gehört haben, daß eine Rechnung vorgelegt werden soll, so können wir uns nur Glück wünschen, daß dieser erste Schritt in das neue Prinzip hinein gethan ist, und Gott gebe, daß wir so fortfahren.

Finanz-Minister: Ich muß berichtigend bemerken, daß ich einen Nachweis über die Verwendung nicht versagt habe. Es ist mehrere Wochen her, und ich kann mich der Worte, die ich gesprochen habe, nicht mehr so genau erinnern, doch glaube ich, mich damals keinesweges abgeneigt erklärt zu haben, eine Nachweisung darüber vorzutragen, wie diese Anleihe und daß davon nichts zu anderen Zwecken verwendet worden; und wenn die Ausdrücke, deren ich mich damals bedient habe, einer anderen Auslegung fähig sein konnten, so erkläre ich jetzt, daß eine vollständige Nachweisung den Ständen vorgelegt werden soll.

(Hierauf ließen sich die Abgeordn. Winter und Rüppel über die Nützlichkeit der Bahn aus, besonders hob letzterer dieselbe in strategischer Beziehung hervor, was denn auch der Hr. Kriegsminister bestätigte. Der darauf folgende sächsischer Abgeordnete Graf v. Scharfhausen sprach sich in einer langen Rede gegen die Bewilligung der Anleihe des Prinzips wegen aus.)

Landtags-Kommissar: Ich glaube die Regierung zunächst vor dem Vorwurfe der Inkonsequenz bei diesem Vorschlage an die hohe Ständeversammlung verwahren zu müssen. Zu dem Ende muß ich an die

Vorgänge des Jahres 1842 erinnern. Es waren damals einige der günstigsten Eisenbahnlagen durch Privat-Industrie in Angriff genommen; für andere sehr wichtige Linien fand sich keine hinlängliche Konkurrenz, um deren Ausführung auch nur in nahe Aussicht zu stellen. Das Gouvernement erkannte damals, daß es, ohne die Wohlfahrt des Vaterlandes zu gefährden, in Beziehung auf das höchst wichtige Kommunikationsmittel der Eisenbahnen nicht in Rückstand bleiben dürfe; es erkannte aber auch, daß das Mittel, welches andere Staaten zu jener Zeit ergriffen, das Mittel, Staatsdarlehen aufzunehmen, die Hauptbahnen für Staatsrechnung zu bauen, bei uns aus hinlänglich bekannten Gründen nicht Platz finden könnte. Deshalb wurden die Mittel in Erwägung gezogen, um dennoch das zu erreichen, was erreicht werden mußte. Es wurden damals die vereinigten Ausschüsse berufen und mit ihnen dieserhalb in Berathung getreten. In diesen Verhandlungen sprachen sich sehr viele Stimmen, namentlich alle aus Preußen und aus der Rheinprovinz, viele aus Pommern und Posen dafür aus, daß die Bahnen aus Staatsmitteln gebaut werden möchten. Ich war damals in der sehr natürlichen Lage, erklären zu müssen, daß dies für den Augenblick und für die nächste Zukunft unmöglich sei; dennoch wurde auf Antrag vieler Deputirten die Frage gestellt, ob es nicht nach Befestigung der Hindernisse wünschenswerth sein werde, die Hauptbahnen auf Staatskosten zu bauen, und es war bei Beantwortung dieser Frage beinahe Stimmengleichheit vorhanden, nämlich 47 Stimmen gegen 50. Daß damals auf Staatskosten nicht mit der Energie gebaut werden konnte, die nöthig war, wenn Preußen nicht weit hinter allen deutschen Staaten zurückbleiben sollte, stand fest. Es wurde daher auf das damals allein eine Aussicht auf Erfolg gewährende Mittel der Garantie zurückgegriffen; der ständische Ausschuss erklärte sich beinahe einstimmig für diesen Ausweg, und es wurden, in Uebereinstimmung mit demselben, die Linien näher festgestellt, deren baldiger Ausbau ein wahres und wesentliches überwiegendes Staatsinteresse haben werde. Als demnächst zur Ausführung geschritten wurde, da lag es der Staatsverwaltung ob, an die Gewährung der Garantie solche Bedingungen zu knüpfen, welche in Beziehung auf die zu bauenden Eisenbahnen möglichst annähernd dem Staate dieselben Vortheile gewährten, als wenn er sie auf eigene Rechnung gebaut. Es wurde deshalb bei allen Bahnen, denen die Staatsgarantie zugesichert wurde, stipuliert, daß der Fahrplan und der Tarif lediglich von der Bestimmung des Staats abhängen und daß in Beziehung auf militärische Transporte die weitesten Befugnisse des Staats statthänden. Durch diese 3 Stipulationen glaubte man die nöthige Einwirkung auf diese Bahnen hinsichtlich der Verkehrs-Verbindungen, der Verkehrs-Erleichterungen und der Benutzung zu militärischen Zwecken erreicht zu haben. Es wurde aber außerdem in Erwägung gezogen, daß es die Staatsklugheit erfordere, durch die Garantie das Land mit keiner dauernden Last zu beschweren; deshalb mußte ein Amortisationsfond geschaffen werden, und dieser Amortisationsfond wurde in der Weise gebildet, daß der Staat aus seinen damals bereiten oder baldigst bereit zu stellenden Mitteln sich mit einem Siebentheil der Actien theilhaftigte, unter der Bestimmung, daß der Ertrag derselben zur Amortisation verwendet werde, so daß im ungünstigsten Falle in einigen vierzig Jahren, bei gut rentirenden Bahnen aber weit eher, der Staat in den Besitz dieser Bahnen kommen, und jede Verpflichtung in Beziehung auf die Garantie aufhören würde. Es verstand sich von selbst, daß bei der Auswahl der Bahnen, welche der Staat bauen sollte, nicht die Rentabilität ins Auge gefaßt wurde, sondern die allgemeine Nothwendigkeit des Baues aus kommerziellen, politischen und militärischen Rücksichten. Gerade in dieser Beziehung war die östliche Bahn von hier nach Königsberg diejenige, die der Sorgfalt des Staates vor allen Dingen bedurfte, weil sich schon damals übersehen ließ, daß sie ohne Konkurrenz des Staates nicht ausgeführt werden würde. Sie wurde deshalb in das Netz der mit Staats-Unterstützung zu bauenden Straßen aufgenommen. Nachdem nun der Staat für die übrigen Bahnen durch die Garantie so weit gesorgt hat, daß sie entweder ausgeführt oder der Vollendung sehr nahe sind, besteht nach meiner Ueberzeugung, wie dies auch von der Abtheilung anerkannt ist, eine moralische Verpflichtung des Staates, auch die östliche Bahn zur Ausführung zu bringen. Ich glaube deshalb nicht, daß die aufgestellte Ansicht, der eine Theil des Staats werde auf diese Weise bloß für den andern zahlen, die richtige ist. Haben die östlichen Provinzen schlechtere Verkehrsverhältnisse, so ist das ein aus ihrer geographischen Lage im Verhältniß zum preussischen Staate entstehendes Unglück für sie; sind sie deshalb weniger im Stande, ihre Kommunikations-Mittel zu ordnen, so hat der Staat als solcher um so mehr die Verpflichtung, aus seinen Mitteln zuzutreten, damit die Ungunst der geographischen Lage möglichst ausgeglichen werde. Es ist dies aber nicht allein eine Verpflichtung gegen jene Provinzen, sondern eine Verpflichtung gegen sich selbst, weil erst dann, wenn die Provinzen möglichst enge unter einander und mit dem Gesamt-Staate

verbunden sind, die größte Kraft-Entwicklung hervortreten kann. Wenn übrigens hervorgehoben worden, daß früher große Unterstüßungs-Summen in jene Provinzen geflossen seien, so bitte ich zu erwägen, daß keine der anderen Provinzen die Drangsale des Krieges länger und schmerzlicher empfunden hat, als sie, und daß, wenn in Folge desselben und späterer ungünstiger Konjunktoren dort Nothstände eingetreten sind, es wieder in der Pflicht des Staates lag, solche möglichst zu lindern. — Deshalb, meine Herren, handelt es sich, nach meiner Ueberzeugung, in diesem Augenblicke nicht um die Frage: Soll die östliche Bahn gebaut werden? sondern nur darum, wann und wie sie gebaut werden soll. Daß sie aus den bereiten Mitteln des Staates nur sehr langsam gebaut werden könne, das unterliegt keinem Zweifel; selbst in dem glücklichsten Falle, wenn die Staats-Einnahmen die Staats-Ausgaben in den nächsten Jahren bedeutend übersteigen möchten, also der Bau aus Staatsmitteln mit größerer Energie betrieben werden könnte, würden sich doch in der ganzen Monarchie viele Stimmen erheben, die es nicht gut hießen, wenn alle Ueberschüsse lediglich auf diesen Zweck verwendet werden sollten. Darum ist es höchst wahrscheinlich, daß aus eigenen Mitteln des Staates die Linie nur sehr langsam und zwar langsamer fortschreiten könnte, als es mit den Interessen der Provinz und mit den Interessen des Staates vereinbar wäre; die Provinz würde — fürchte ich — in der allgemeinen deutschen und europäischen Entwicklung zurückbleiben, wenn sie vielleicht noch auf Decennien hinaus des großen Mittels entbehren sollte, welches sie allein dem Centrum des preussischen Staates und dem Centrum Deutschlands zu nähern im Stande ist. Das Interesse der ganzen Monarchie würde dadurch gefährdet werden, weil es sich nicht nur, wie schon erwähnt, darum handelt, eine engere Verbindung dieser Provinzen mit dem Gesamtstaate und bessere Verkehrsverhältnisse für alle Provinzen herbeizuführen, sondern besonders auch aus militärischen Rücksichten. Es ist gesagt worden, es sei nicht wahrscheinlich, daß ein östlicher Krieg uns bedrohe, und ich theile diese Hoffnung vollkommen; es ist gesagt, daß ein großes östliches Reich noch schlechtere Kommunikationsmittel habe, ich gebe auch dies zu; es handelt sich aber um die Frage, ob es aus militärischen Rücksichten wünschenswerth ist, die ganze Monarchie mit einem tüchtigen Eisenbahnnetz zu bedecken, um im Fall eines feindlichen Angriffs unsere Streitkräfte möglichst schnell auf dem bedrohten Punkte zu konzentriren, sei es in Westen oder Osten, in Süden oder Norden. Deshalb ist die Eisenbahn, welche die bis zu 100 Meilen von dem Centrum des Staates entfernte Provinz mit dem Centrum verbindet, auch in militärischer Beziehung eine höchst wichtige. — Würde aber der Bau dieser Eisenbahn aus eigenen Mitteln, nur mit einem nicht wünschenswerthen Zeitverlust auszuführen sein, so fragt es sich weiter, ob der Bau im Wege der Privat-Industrie mit Hilfe der in Aussicht zu stellenden Garantie ins Leben zu rufen sei. Wäre dies möglich, so wäre keine Veranlassung, wenigstens keine dringende, vorhanden, von diesem bei den anderen Hauptbahnen eingeschlagenen Wege abzugehen. Es ist dies aber nach den Verkehrsverhältnissen der östlichen Provinzen und nach dem Zustande des Geldmarktes sehr unwahrscheinlich, und deshalb ist es die Absicht der Regierung, die Ansicht der hohen Ständeversammlung darüber zu vernehmen, ob man auf dem dritten Wege, der von vielen Seiten als der nützlichste und beste bezeichnet worden ist, auf dem Wege der Anleihe, zu der schnellen Erreichung des Zieles schreiten solle. Von einer neuen Belastung des Landes ist dabei durchaus keine Rede, und ich muß der in dieser Beziehung von dem vorletzten geehrten Redner aufgestellten Ansicht auf das entschiedenste widersprechen. Lediglich der Fonds, welcher dazu bestimmt worden, Garantien zu leisten, soll dazu dienen, die Zinsen zu zahlen, und ist deshalb in der Proposition der Regierung kein indirekter oder direkter Antrag auf eine Belastung durch neue Steuern enthalten. Wäre davon die Rede, so würde dies ja nach den bestehenden Gesetzen nur unter Zustimmung der hohen Stände-Versammlung geschehen können. Ich wiederhole es: der Fond ist ausgesetzt, und lediglich innerhalb desselben soll sich die Verzinsung des Darlehns bewegen. Würde die Garantie übernommen, so würde man sich innerhalb der Genzen dieses Fonds bewegen müssen; wird ein Darlehn beliebt, so muß dasselbe stattfinden. Wenn aber von einem anderen verehrten Redner, der vor mir das Wort hatte, hervorgehoben ist, daß, wenn einmal der Weg eröffnet wäre, die Eisenbahnen aus Staats-Fonds zu bauen, dann dieser Weg sich in weiten Kreisen bewegen, noch viele Bahnen in dieser Weise gebaut werden würden, so kann ich dies keinesweges zugestehen. Mit Ausnahme einer Bahn, welche das Großherzogthum Posen mit den schlesischen Bahnen verbinden soll, und welche unter gewissen Voraussetzungen nur eine kurze Strecke umfassen wird, würde mit der preussischen Bahn das ganze Netz vollendet werden, welches bei den Verhandlungen des Jahres 1842 in Aussicht gestellt worden ist; der Staat würde damit die Verpflichtung erfüllt haben, die er

damals übernommen hat, würde gleichsam der distributiven Gerechtigkeit gegen alle Provinzen damit Genüge geleistet haben. — Sollten später andere Anforderungen auf den Bau neuer Bahnen auf Staatskosten gemacht werden, so würde dies einen ganz neuen Abschnitt bilden; es müßte die Nützlichkeit und Nothwendigkeit geprüft werden, und würden diese anerkannt, überstiegen aber die Ausgabe die Kräfte der gewöhnlichen Staats-Revenuen, so würde dann jedenfalls die Einwilligung der Stände-Versammlung nothwendig sein. Auch in dieser Beziehung dürfte daher jede Beunruhigung fern sein. — Dies sind die Gründe, mit denen ich den Vorwurf der Inkonsistenz zurückweisen, mit denen ich darthun zu können glaube, daß es sich nicht darum handelt, ob die preussische Bahn gebaut werden soll, sondern wann und wie sie gebaut werden soll, und ich glaube ferner dargethan zu haben, daß es im Interesse nicht allein in der Provinz, sondern des gesammten Vaterlandes liegt, sie bald zu bauen. Ob das von dem Gouvernement in dieser Beziehung angebotene Mittel die Zustimmung, die Billigung der hohen Versammlung erhalten werde, das ist Gegenstand der Debatte, der weiter vorzugreifen ich nicht gewillt sein kann. — (Bravoruf.)

Referent von Manteuffel II. (Landrath aus der Provinz Brandenburg): Die Debatte ist mitten in das Gutachten schon hereingeführt worden, was ich nicht vermuthen konnte, sonst würde ich schon früher gebeten haben, einige Worte äußern zu dürfen. Ich bitte dringend, festzuhalten, daß es sich nicht um die Frage handelt, ob, sondern nur die Beschleunigung des Baues. Zweitens bitte ich, festzuhalten, daß im Staats-Haushalte ein besonderer Titel für Eisenbahnen besteht, der durch besondere Fonds gebildet ist, daß dieser Titel auf Grund des Gutachtens und unter Beirath der damaligen ständischen Ausschüsse entstanden ist, daß diesem Fonds ein besonderer Zweck gegeben ist, und daß dieser besondere Zweck eben in Unterstüßung des Eisenbahnwesens besteht, daß aus diesem Fonds bisher für die östlichen Provinzen nichts gethan worden ist, daß also bisher diese Provinzen zu Eisenbahn-Unternehmungen beigetragen haben, die in anderen Theilen der Monarchie unterstützt worden sind. Drittens bitte ich, festzuhalten, daß das Unternehmen in der Abtheilung nicht für ein provinzielles, sondern für ein solches erachtet worden ist, welches die größten, heilsamsten Einflüsse auf die ganze preussische Monarchie ausüben muß.

Abgeordn. Frhr. von Winkler (westfälischer Landrath): Ich kann dem geehrten vorletzten Redner aus der Niederlausitz nur darin beipflichten, daß eine Anleihe, sie mag aus Gründen erfolgen, aus welchen sie wolle, immer eine sehr wichtige und bedenkliche Maßregel ist, und zwar kurz aus den drei Gründen: Einmal, weil durch eine Anleihe, namentlich in dem Maße, wie sie hier beabsichtigt wird, der Industrie und dem Ackerbau Kapitalien entzogen werden, die zu ihrer Hebung verwendet werden können, also die Privat-Industrie leidet. Zweitens, weil wesentlich eine Anleihe dazu beiträgt, eine Klasse von Staatsbürgern zu bereichern, die sich nicht mit dem Handel, nicht mit der Industrie, nicht mit dem Ackerbau, überhaupt nicht mit einem produktiven Gewerbe beschäftigt, sondern aus Rentiers besteht, die nur, wenn ich so sagen darf, aus der Trennung der Coupons ein Geschäft machen; weil also eine inproduktive Industrie befördert wird; und drittens, weil dadurch wesentlich dem Börsenspiele Vorschub geleistet wird, was aus Gründen, die früher gegen die Lotterie angeführt sind, aber in einem weit höheren Grade bedenklich zu sein scheint. — Das würden, meiner Ansicht nach, die Gründe sein, die mir eine Anleihe bedenklich machen. Natürlich müssen Ausnahmen von diesem Prinzip gemacht werden, wenn eine politische Nothwendigkeit oder eine hohe politische Angemessenheit vorliegt. Eine solche Ausnahme würde ich für den vorliegenden Fall als begründet erkennen, und ich kann in dieser Beziehung dem verehrten Redner und dem, der nach ihm gesprochen hat, nicht beipflichten. Ich halte allerdings die politische Nothwendigkeit für begründet, namentlich aus den Gründen, die der königliche Kommissar mit berechneten Worten auseinandergelegt hat, als es mir möglich wäre. — Ich möchte hinzufügen: eine gewisse Sympathie würde mich zur Votirung der Anleihe bestimmen, und zwar eine Sympathie für meine Kollegen in der Provinz Preußen, die noch weit vollständiger und größer ist, als die jenes sächsischen Abgeordneten der Ritterschaft, der in ihnen auch angenehme und verehrte Kollegen erkannt hat. Ich glaube, wir haben Ursache, unsere ganzen Sympathien dieser Provinz zuzuwenden, von der der gesammte Staat den Namen führt, die im Jahre 1813 zuerst das Banner gegen die gemeinsamen Unterdrücker erhoben und das erste Landwehr-Regiment gebildet hat, unter der Führung eines ehrwürdigen Mannes, den wir an ihrer Spitze erblicken, einer Provinz, die vor sieben Jahren den ersten Lichtstrahl in die damals noch ziemlich dunklen Zustände unseres öffentlichen Rechtes geworfen hat, durch Erinnerung an die theuren Verheißungen Sr. Majestät des höchstseligen Königs; — wir haben Ursache, unsere Sympathien den verehrten Mitgliedern dieser Provinz zuzuwenden, die sich gewiß gegründete An-

erkennung selbst ihrer politischen Gegner in dieser Versammlung erworben haben durch die Gesinnungen, wozu sie mit Einmüthigkeit sich bekennen; ich meine das lebendige Rechtsgefühl, den unabhängigen Freimuth und ihren hohen Patriotismus. Ich glaube nur der Ansicht aller Mitglieder dieser Versammlung zu begegnen, wenn ich dieses ausspreche. Ich sage, meine politischen Sympathien würden mich, wenn es sich um ein so wesentliches Interesse der Provinz Preußen handelte, bestimmen, meine vollständige Unterstüßung ihm zuzuwenden, und ich kann nur lebhaft bedauern, daß die Lage der Dinge, die kein Mitglied der hohen Versammlung verschuldet hat, noch so gestaltet ist, daß ich nicht glaube, mit meiner Pflicht vereinigen zu können, in dem gegenwärtigen Augenblicke mein Votum für die Anleihe zu geben, und ich muß, wenn ich das ausspreche, namentlich an dem Patriotismus der verehrten Mitglieder der Provinz Preußen, dessen ich eben erwähnt habe, appelliren, wenn ich sie auffordere, zu erklären, ob sie wollen, daß in diesem Augenblicke für einen hochwichtigen Landeszwang, der zugleich ihr Provinzialzweck ist Staatsmittel durch eine Anleihe verwendet werden? — Die Gründe, die mich abhalten, sind theils spezielle, theils allgemeine. Ich beginne mit den speziellen. Die speziellen Gründe sind von der Lage des Geldmarktes hergenommen, und da bin ich mit dem geehrten Mitgliede der sächsischen Ritterschaft einverstanden, namentlich in dem, was es von England gesagt hat. Man hat in England wegen der jetzigen Geldklemme Bedenken getragen, dieselbe dadurch zu vergrößern, daß man eine neue Anleihe auf den Geldmarkt werfe. Es ist im Gegentheil im Unterhause die Rede davon gewesen, sogar die Ausführung der von Privaten unternommenen Eisenbahnen zu sistiren, um der Geldklemme abzuwehren. Es scheint mir deshalb in diesem Augenblicke nach meiner Ansicht, obgleich ich glaube, daß sachverständigere Mitglieder sich hier befinden, die ein kompetenteres Urtheil darüber aussprechen werden, ein so bedeutender Schritt nicht angemessen. Auch der Umstand, daß die Anleihe auf mehrere Jahre vertheilt werden soll, kann man nicht beruhigen, weil ich und alle andere Mitglieder der nicht im Stande sind, die Eventualitäten der nächsten Jahre und überhaupt die Zukunft zu überschauen, und weil ich durch mein Votum nicht eine Zusage für die Zukunft eingehen möchte, die ich nicht übersehen kann. — Eben so bin ich damit einverstanden, was das erwähnte Mitglied gesagt hat, daß darin eine gewisse Ungerechtigkeit gegen diejenigen liege, die ihr Vertrauen auf die seitherigen Maßregeln des Gouvernements durch Zeichnung von Actien bethätigt haben. Die Eisenbahn-Actien sind in ihrem Course wesentlich zurückgegangen und würden noch weit mehr zurückgehen, wenn durch die Anleihe der Kapitalienmarkt überfluthet würde. Die Ausschuss-Protokolle sind nicht veröffentlicht worden, da man sich damals noch nicht derjenigen Deffentlichkeit zu erfreuen hatte, wie sie jetzt stattfindet; das Publikum ist daher nicht im Stande gewesen, alle die Gründe zu würdigen, die vor den Ausschüssen für den Bau der Eisenbahnen aus Privatmitteln aufgestellt worden sind. So viel drängt sich indes auf, daß das Gouvernement damals wesentlich das Prinzip verfolgte, nur Staatsgarantie zu gewähren und keine Bahnen aus Staatsmitteln zu bauen. Der Herr Landtags-Kommissar hat gesagt, das Gouvernemeute wäre damals nicht im Stande gewesen, einen anderen Weg einzuschlagen. Das lasse ich dahingestellt, weil es der Vergangenheit angehört; ich muß es aber bestreiten, weil ich nicht einsehe, warum nicht auch damals eine solche Versammlung, wie die gegenwärtige, ins Leben zu rufen gewesen wäre. Aus allen den Gründen, welche in den Ausschuss-Verhandlungen vorgekommen sind, würde ich es für besser gehalten haben, wenn der Staat von Hause aus die Eisenbahnbauten in seine Hand genommen und vermittelt einer Anleihe ausgeführt hätte. Da wir aber einmal den unangemessensten Weg eingeschlagen haben und das Geld-Publikum im Vertrauen auf die Weisheit der Staats-Regierung und die gewährten Garantien Eisenbahn-Actien gezeichnet hat, so scheint es mir eine Unbilligkeit, daß die Staats-Regierung jetzt mit der Privat-Speculation in Konkurrenz treten und eine Anleihe auf den Geldmarkt werfen will, die den Cours der Actien wesentlich herabdrücken muß. Es kommt noch dazu, daß viele Actien noch nicht eingezahlt sind und viele Eisenbahnen in einer kritischen Lage sich befinden, die noch kritischer würde und fast zur Auflösung dieser Gesellschaften führen müßte, wenn der Staat jetzt eine so bedeutende Anleihe von 24 bis 30 Millionen eröffnnete. — Das ist der eine Grund; ich muß aber noch einen anderen Grund anführen und mich dabei von vorn herein dagegen verwahren, als ob es irgend Absicht von mir wäre, auch nur irgend eine Persönlichkeit zu berühren. Ich weiß, daß die Versammlung, wie es auch natürlich ist, da unser parlamentarisches Leben noch ein sehr junges ist, in dieser Beziehung eine gewisse Empfindlichkeit besitzt, und ich möchte namentlich die verehrten Herren auf der Minister-Bank nicht irgenwie empfindlich verlegen. Ich glaube aber, daß, wenn man die Ehre hat, den Repräsentanten der Regierung einer ewi-

(Fortsetzung in der dritten Beilage.)

ropäischen Großmacht gegenüberzustehen, wie sie hinter mir sitzen, — (Heiterkeit.) — man auch das Recht habe, sie öffentlich zu kritisiren, und ich verwahre mich also im Voraus vor der Absicht, als ob ich Persönlichkeiten zur Sprache bringen wollte. Ich würde die Sache nicht zur Sprache bringen, wenn sie in den vereinigten Kurien vorgekommen wäre, sie ist aber bloß in der Drei-Stände-Kurie vorgekommen, und ich kann nicht annehmen, daß sie den verehrten und erlauchten Mitgliedern der Herren-Kurie vollständig bekannt sei. Ich meine den Fall von vorgestern. Wir haben leider gehört, daß der Herr Landtags-Kommissar die bedenklichen Worte „schwebende Schuld“ ausgesprochen hat, was den ehrenwerthen Abgeordneten für Berlin, dessen Lob auszusprechen überflüssig ist, da sein Charakter dazu zu hoch steht, in eine große Gewissens-Unruhe versetzt hat, die den größten Eindruck auf die ganze Versammlung hervorbrachte und vermöge seiner amtlichen Stellung hervorbringen mußte. Wir haben gehört, wie des Herrn Finanz-Ministers Excellenz auseinandergelegt hat, daß zwar die Staatskasse nach der Aufschrift der Banknoten dieselben an Zahlungsstatt annehmen muß, daß aber in Fällen, wo die Bank zur Liquidation kommen, sie von dieser Verpflichtung entbunden wäre. — Wir haben gehört, daß der Herr Justiz-Minister die Aeußerung gemacht hat, daß er mehrere Ober-Landes-Gerichte angewiesen habe, die Banknoten nicht in Zahlung anzunehmen, daß er also durch solche Verfügungen die Sicherheit derselben neutralisirt hat. Wir haben nachher gehört, daß der Herr Landtags-Kommissar dem Herrn Finanz-Minister widersprach und daß er die Voraussetzung aussprach, daß der Herr Finanz-Minister diese Aeußerung zurücknehmen würde; daß ferner der Herr Landtags-Kommissar, dem wir die schöne Aeußerung verdanken, daß das Gouvernement ein gutes Gewissen habe, die Versammlung veranlassen wollte, diesen Theil des Vorganges in den öffentlichen Verhandlungen zu unterdrücken und auf die sehr richtige Bemerkung derjenigen Mitglieder, welche dem Handelsstande angehören, diesen Antrag zurücknahm, und daß wir auf deren Wunsch die Debatte selbst ruhen ließen. Das sind Umstände und Zustände, die mir die allerbedenklichsten zu sein scheinen. Die ganze Versammlung wird davon durchdrungen sein, daß solche Aeußerungen Nachtheile für den öffentlichen Kredit haben müssen. Wenn diese zarte Pflanze, der öffentliche Kredit, auf so wenig rücksichtsvolle Weise vor einer Versammlung von 500 Personen behandelt wird, so glaube ich gerechte Bedenken haben zu müssen, in solcher Zeit dem Kredit des Staats durch mein Votum eine weitere Folge zu geben durch Bewilligung einer Anleihe, die den Zustand noch bedenklicher machen kann. — Ich glaube, daß, wenn auch diese Gründe nicht vorlägen, die Abtheilung, welcher ich übrigens keinen Vorwurf machen will, mehrere wesentliche Gesichtspunkte nicht gründlich erwogen hat. Hierzu zähle ich zunächst die Prüfung des Finanz-Etats. Ich glaube, daß bei einer früheren Diskussion, der ich nicht beigewohnt habe, diese Frage gründlich erörtert ist, und daß die Vorlage desselben als durchaus unvollständig betrachtet wurde. Daraus ist von Seiten der verehrten Vertreter der Krone bemerkt worden, daß einzelne Abtheilungen, denen solche Fragen zur Erörterung vorlägen, auch die Befugnis und die Verpflichtung befäßen, sich vollständig von dem Finanz-Etat zu unterrichten. Ich vermiße diese Erwägungen gänzlich in dem Gutachten der Abtheilung, insofern man nämlich nicht auf die Frage eingegangen ist, ob andere Titel des Etats vielleicht bereite Mittel darbieten, woraus für die Eisenbahn außer dem Eisenbahn-Fonds noch andere Fonds in Anspruch genommen werden können. Diese Frage ist in dem Gutachten, so weit ich dasselbe aufgefaßt habe, ganz mit Stillschweigen übergangen. Wenn ich nach bloßer Durchsicht des Haupt-Finanz-Etats auch nicht darüber beurtheilen will, so scheinen mir doch solche Titel vorhanden zu sein, z. B. der Pracht-Bau-Fonds, der nur für Verschönerungs-Zwecke der Hauptstadt bestimmt ist, welche jedenfalls zurückzulegen müssen, so lange es sich um Erfüllung von Landeszwecken handelt, die der Herr Landtags-Kommissarius als die erheblichsten und wichtigsten mit Recht bezeichnet hat. Dies wäre einer von den Titeln, der sich Jedem aufdrängt, während ich dahingestellt sein lassen will, ob noch andere Titel existiren, die die nöthigen Mittel zu der in Rede stehenden Anlage gewähren. In dieser Hinsicht hat also die Abtheilung diese Angelegenheit nicht gründlich erwogen. Es kommt noch hinzu, daß die Kostenanschläge bei Eisenbahnbauten bekanntlich sehr unsicher sind. Wir haben bis jetzt keine Eisenbahn ausführen sehen, wo mit den veranschlagten Kosten ausgereicht wäre. Um so unerlässlicher erscheint es, daß, wenn es sich um Bewilligung einer neuen Anleihe handelt, die Frage erwogen werde, ob der Kostenpunkt gründlich erörtert ist, und es würde

nach meiner Ansicht die Aufgabe der Abtheilung gewesen sein, nicht bloß auf die technischen Raisonnements der Techniker des Gouvernements sich zu beschränken, sondern ihrerseits Techniker zuzuziehen und deren Gutachten in gründliche Erwägung zu nehmen. — Ich bescheide mich wohl, daß eine solche Frage in einer Versammlung von 600 Personen nicht erwogen werden kann, aber ich glaube, daß es die Pflicht der Abtheilung gewesen wäre, sie um so gründlicher in Erörterung zu ziehen. So lange ich nicht weiß, ob man mit den Mitteln ausreichen werde, so lange kann ich nicht wissen, wie ich votiren soll, denn wir haben ja von 22 Millionen, von 34 Millionen und, was weiß ich, sonst noch gehört. Es ist mir daher ganz ungewiß, ob mit diesen Mitteln auszureichen ist, und ob vollends der Fonds zur Unterstützung anderer Eisenbahnen noch Mittel gewährt wird. — Was die Unterstützung dieser letzten Eisenbahnen betrifft, so ist dies ein Moment, was vielleicht einen Theil der Versammlung, welcher dabei theilhaftig ist, in Rücksicht der Lokal-Interessen veranlassen könnte, der Sache eine günstigere Beurtheilung zuzuwenden. Namentlich ist bei mehreren derartigen Eisenbahnen die Provinz Westfalen wesentlich theilhaftig. Es ist mir mehrfach, namentlich von Mitgliedern der Rhein-Provinz, die vorzugsweise Beachtung provinzieller Standpunkte vorgeworfen worden. Ich habe es bis jetzt für überflüssig gehalten, darauf zu antworten, weil ich glaubte, daß sich im Laufe der Verhandlungen hinlängliche Momente finden würden, diese Ansicht durch mein parlamentarisches Verhalten zu widerlegen. Ich bin der Meinung, daß die provinziellen Interessen immer zurücktreten müssen, wo sie mit den allgemeinen Landes-Interessen kollidiren. Wo aber von keinem allgemeinen Landes-Interesse die Rede ist, wo es sich vielmehr um einen allgemeinen Grundsatz der Gerechtigkeit, der auf alle Provinzen gleich angewendet werden muß, handelt, da glaube ich, müssen auch die Provinzial-Interessen beachtet werden. Von diesem Grundsatz lasse ich mich leiten, und von diesem Standpunkte aus muß ich erklären, daß das Provinzial-Interesse Westfalens bei dieser Frage für mich nicht vorhanden ist. Ich füge hinzu, damit es nicht scheine, als ob ich und die anderen Mitglieder etwa glauben, ein enormes Opfer zu bringen, daß die Ansichten, welche das Gouvernement geleitet haben, für mich nicht geltend sind. Ich bin der Ansicht, daß, wenn die Versammlung sich nicht entschließen sollte, ihre Zustimmung zu der Anleihe zu geben, dann doch der Ausweg, welchen der Herr Finanz-Minister angedeutet hat, nämlich die Ostbahn aus den Ueberschüssen des laufenden Eisenbahn-Fonds zu bauen, aus technischen Gründen nicht möglich ist, und ich glaube nicht, daß eine Eisenbahn in 18 Jahren rückwärts erbaut werden kann. Wenn die Anleihe nicht bewilligt wird, so folgt daraus nach meiner Ansicht nur, daß das Gouvernement einen anderen Zeitpunkt, namentlich in Rücksicht auf den Geldmarkt abzuwarten haben dürfte, nicht aber die Bahn stückweise anzufangen. Ich bin weiterhin der Ansicht, daß die Unterstüßungen des Staates für die Eisenbahnen nur von sehr untergeordneter Rücksicht sind, insofern sie sich auf die baare Unterstüßung und nicht auf die Garantie erstrecken. Die Hauptfache bleibt vielmehr immer die, dem Geldmarkt Ruhe zu lassen, so daß, wenn diese neue Konkurrenz nicht geschaffen wird, die Gelegenheit sich finden wird, daß die Aktionäre, wo sie mit ihren Zahlungen in Rückstand geblieben sind, dieselben leisten können. Wie gesagt, ich lasse mich durch solche provinzielle Rücksichten nicht bestimmen, ich lasse mich in diesem Falle nur durch allgemeine Rücksichten leiten, und da muß ich auf den Punkt zurückkommen, der mir bei der ganzen Frage der erheblichste zu sein scheint. — Es hat uns der königl. Kommissar gesagt, daß die Stände sich immer in der Lage befinden würden (im Gegensatz zu der Aeußerung des Mitgliedes aus der Niederlausitz), in künftigen Fällen ihre Zustimmung zu Bewilligungen für die Eisenbahn ertheilen zu können. Ich glaube, daß diese Aeußerung des königl. Kommissars nicht ganz im Einklange ist mit dem, was wir früher aus demselben verehrten Munde gehört haben. Es ist uns früher gesagt worden, daß die Garantien für Eisenbahnen nicht zu den Staatsschulden gehören, wozu die ständische Zustimmung nöthig wäre, sondern daß unter letzteren nur Darlehne begriffen wären. Ich setze also, wenn diese Aeußerung des königl. Kommissars richtig wäre, was ich jedoch durchaus bestreite, wenn es namentlich die Ansicht des Gouvernements und der Krone wäre, — warum sich dann der Staat nicht immer in der Lage befinden würde, durch Garantien für Eisenbahnen den Kredit aufs äußerste in Anspruch zu nehmen? Denn diese Garantien müssen doch eventuell auch erfüllt werden; sie sind uns ja selbst als ein erhebliches Moment dargestellt worden; sie sind uns bei Berechnung des disponiblen Eisenbahn-Fonds in der Denkschrift in Abzug gebracht worden. Hierbei will ich beiläufig erwähnen, daß dieser ganze Eisenbahn-Fonds nur auf dem Papiere existirt. — Es ist zwar gesagt worden, der Fonds, der jetzt nur etwa 1,200,000 Rthl. beträgt, werde sich jährlich um 50,000 Rthl. vermehren und bis auf 2 Millionen anwachsen. Es ist nur ein Unglück, daß alle diese Voraussetzungen der Zukunft angehören, daß sie daher auch weit ungünstiger ausfallen können und somit die ganze Basis der Berechnung in Staub zerfällt. — Der allgemeine Stand-

punkt, auf den ich jetzt übergehen will, ist die unsichere Lage, in der wir uns in Beziehung auf den Rechtszustand befinden. Wir haben uns die ganze vorige Woche damit beschäftigt und Petitionen darauf gebaut an Se. Majestät den König, deren Schicksal uns noch ganz unbekannt ist; wir können selbst ihr Geschick für den Verlauf der nächsten Tage nicht wissen; wir wissen nicht, in welcher Form sie aus der Herren-Kurie hervorgehen werde, obwohl ich damit dem Zwei-Kammer-Systeme keinen Vorwurf zu machen denke, und ob sie überhaupt zur Entscheidung Sr. Majestät des Königs gelangen werden. Wenn dieser bedenkliche Fall eintreten würde, so würde bei der Rechts-Unsicherheit, in der ich mich, und mit mir viele andere Mitglieder, zu befinden glaube, die Lösung in eine ganz ungewisse Zukunft verschoben werden; und bei einer solchen Sachlage glaube ich mich nicht im Stande zu befinden, für ein Darlehn, für irgend einen Schuld-Titel meinerseits mein Votum abzugeben. Es giebt Lagen in dem öffentlichen Leben der Staaten, wo der Patriot sein Haupt verhält, in sein Inneres zurückgeht und den festen Entschluß faßt, nur der inneren Stimme zu folgen, welche ihm zuruft: „Du hast recht und scheue Niemand!“ In einem solchen Momente befinden wir uns jetzt; wir wissen nicht, was die Zukunft uns bringen wird und haben daher nur den gegenwärtigen Moment ins Auge zu fassen. So lange nicht die Uebereinstimmung der gegenwärtigen Gesetzgebung, die das Datum des 3. Februar trägt, mit den Gesetzen vom Jahre 1820, die in derselben Gesetz-Sammlung abgedruckt sind, hergestellt ist, so lange ferner die Stände der notwendigsten Grundlage entbehren, für die Erhaltung ihrer Rechte, der Grundlage, daß, wie es stets in Deutschland Rechtens gewesen ist, ihre Rechte nicht alterirt werden können ohne ihre ausdrückliche Zustimmung, so lange werde ich mein Votum nicht abgeben für die Bewilligung irgend eines Darlehns zu Gunsten des Staates.

Landtags-Kommissar: Es ist gewiß für mich keine angenehme Pflicht, die Versammlung nach so kurzer Zwischenzeit noch einmal mit einer Rede beghellen zu müssen. Da aber der Deputirte aus Westfalen einen Vorfall berührt hat, der in der letzten Sitzung der Kurie der drei Stände vorgekommen ist, so glaube ich, die geehrten Mitglieder der Herren-Kurie auch nicht die kurze Zwischenzeit, zwischen dem jetzigen Momente und dem Durchlesen der Verhandlung der stenographischen Berichte über den Vorfall im Ungewissen lassen zu dürfen. — Was zuerst den tragischen Eindruck betrifft, den das von mir gebrauchte Wort „schwebend“ hervorgerufen haben soll, so muß ich bitten, darauf kein zu großes Gewicht zu legen. Ich hatte definiert, welche Schulden nothwendig an die Zustimmung der Versammlung des vereinigten Landtages gebunden seien, und davon ausgenommen die eigentlichen Verwaltungsschulden, d. h. solche Schulden, welche in bloßen Anticipationen der Staats-Revenüen auf kurze Zeit bestehen, ohne dadurch dem Lande neue Lasten aufzulegen. Soviel ich vernommen, hat diese meine Erklärung sich auch der Zustimmung der hohen Versammlung erfreut, ich hatte aber bei Stellung der Ausnahme das Wort „schwebend“ in Parenthese gebraucht, so weit man eine Parenthese in mündlicher Rede andeuten kann. Dies gab zu der Bemerkung Veranlassung, daß in diesem Worte eine Gefahr für das Vaterland liege, und nahm ich davon Veranlassung, zu bitten, daß man dieses Wort als nicht gesprochen, als eine müßige Parenthese ansehen und sich lediglich an den materiellen Inhalt meiner Erklärung halten möge. Hiermit ist auch, so viel ich bemerken konnte, selbst das Mitglied, das dagegen aufgetreten war, im Wesentlichen befriedigt gewesen. — Was den zweiten bewegten Gegenstand betrifft, nämlich den wegen der Banktheorie, so hat der geehrte Redner selbst bemerkt, daß der öffentliche Kredit eine zarte Blume sei, die man nicht ohne Noth berühren dürfe. In Anerkennung der Richtigkeit dieser seiner Worte hätte ich wohl erwarten dürfen, daß er nicht in dessen Verkennung Veranlassung genommen hätte, auf diese Debatte nochmals zurückzukommen. Es ist damals allerdings von einigen geehrten Rednern bemerkt worden, daß die Diskussion möglicher Weise dem öffentlichen Kredit schaden könne. Ich habe mich bemüht, diesen Eindruck aufzuheben; es sind mir mehrere Mitglieder der Versammlung bei dieser Bemühung unterstützend entgegengekommen. Ich hatte angedeutet, daß der Zweck am besten erreicht werden würde, wenn der fragliche Theil der Debatte aus dem stenographischen Berichte weggeliege; auf die Bemerkung aber, daß es unter 500 Mitgliedern kein Geheimniß gebe und es daher weniger beunruhigend sein werde, die Debatte zu veröffentlichen, als solche zurückzuhalten, habe ich mich sofort dieser Ansicht konformirt, obgleich, wie der Herr Marschall der Drei-Stände-Kurie richtig bemerkte, es meinem Ermeßsen überlassen gewesen wäre, diesem meinem Rathe auf eigene Autorität die Ausführung zu geben. Nochmals also, ich hätte von dem geehrten Herrn Redner wohl erwarten dürfen, daß er im Erkenntniß des selbst ausgesprochenen Grundsatzes und nach Lage der Sache hierauf nicht zurückgekommen wäre. Ich selbst muß mich dessen enthalten und, indem ich übrigens bitte, die Ver-

handlungen zu lesen, sobald sie in den stenographischen Berichten erscheinen, werde ich nur noch eines einzigen Moments dieser Verhandlung erwähnen, ich meine des Umstandes, daß ich bezüglich worden bin, mich mit dem Herrn Finanz-Minister in Widerspruch gesetzt zu haben. Das ist meines Wissens nicht geschehen, wenigstens meine Absicht nicht gewesen, ich propozire dieserhalb auf den stenographischen Bericht, sobald solcher abgedruckt sein wird. — Außerdem hat der geehrte Herr Redner hervorgehoben, daß er sich nicht im Stande befindet, mit Sachkenntnis über die vorliegende Frage zu urtheilen, weil der vorgelegte Finanz-Etat nicht die gehörigen Aufschlüsse gegeben habe. Ich lasse dahin gestellt sein, ob in dieser Beziehung eine weitere Aufklärung hätte stattfinden sollen, hoffe aber, daß der geehrte Redner vielleicht heute noch anerkennen wird, daß in Beziehung auf seinen Wunsch wegen weiterer Aufschlüsse in Beziehung auf den Finanz-Etat die Staats-Verwaltung mit der höchsten Offenheit gegen ihn zu Werke gegangen ist. Wenn aber der geehrte Redner in dieser Beziehung sich auf ein einzelnes Moment bezogen und hervorgehoben hat, daß in dem Finanz-Etat unter dem Namen „für Prachtbauten“ ein Titel mit 1 Million Thaler stehe, die füglich erspart und zu nützlicheren Dingen verwendet werden könne, so muß ich bemerken, daß hier ein Irrthum obwaltet. Ein solcher Titel besteht im Finanz-Etat nicht; vielmehr ist zu einer Zeit, als die Finanzen sich in besonders günstiger Lage befanden — ich glaube im Jahre 1843 oder 1844, — eine Million Thaler zurück und theilweise verzinslich angelegt, um die bedeutenden Bauten, welche damals in Berlin in Ausführung begriffen waren, daraus zu bestreiten, namentlich die Herstellung des abgebrannten Opernhauses und des neuen Museums. Die Beurtheilung dieser Maßregel glaube ich anheimstellen zu dürfen. Ein derartiger Titel findet sich im Haupt-Finanz-Etat, wie ich wiederholt versichern kann, nicht. Der Herr Justiz-Minister scheint eine ihn näher berührende Aeußerung selbst beantworten zu wollen.

Justiz-Minister Uhden: Ich wollte nur die Bemerkung machen, daß hier die Rede von dem Unterschiede zwischen Depositorien und königlichen Kassen war. Ein Depositorium, das bestimmt ist zur Aufbewahrung von Privat-Vermögen, kann nämlich in dieser Beziehung mit den königlichen Kassen nicht gleichgestellt werden. Es kam auf das Prinzip an, ob bedeutende Summen solcher Banknoten ad depositum genommen werden dürfen. Nur darüber ist eine Entscheidung ergangen. Das ist also eine ganz andere Sache.

Landtags-Kommissar: Ich wollte noch eine meine frühere Aeußerung betreffende Behauptung des geehrten Deputirten aus Westfalen berühren; sie ist mir im Augenblick entfallen, und verzichte ich daher auf das Wort unter dem Vorbehalt, später darauf zurückzukommen.

Abgeordn. Frhr. von Vincke: Der Herr Landtags-Kommissar hat mir so eben vorgeworfen, daß ich die Bemerkung, die ich in Bezug auf seine Erklärung in der letzten Sitzung gemacht habe, nicht hätte zur Sprache bringen sollen, indem dieselbe nicht im Einklange stehe mit den Worten, die ich selbst gesprochen hätte, daß nämlich der öffentliche Kredit eine zarte Pflanze sei. Diesen Ausdruck habe ich gebraucht, und dazu bekenne ich mich noch. Ich muß aber den Vorwurf des Widerspruchs, der zwischen meinen Aeußerungen bestehen soll, vollkommen ablehnen. Die Ehre und die Würde meines Vaterlandes stehen mir so hoch, daß ich innig bedauere, eines Vorfalles erwähnen zu müssen, der auch nur den Schein des Schattens auf dieselben werfen könnte. Aber meine Kommittenten haben mich hierher geschickt, um die Interessen des Landes zu wahren, und wenn es sich darum handelt, eine Last von 32,000,000 Rthlrn. zu bewilligen, so habe ich zu erwägen, ob ich dies im Interesse meiner Kommittenten, die von der Last betroffen werden, thun kann, und ob der Kredit von der Staats-Verwaltung so intakt gehalten wird, daß ich noch einen weiteren Kredit bewilligen kann. Ich habe mich daher nur in der Erfüllung einer schweren Pflicht bewegt und muß also den mir gemachten Vorwurf auf das vollständigste ablehnen.

Nachdem der preussische Abgeordnete v. Sauten im Interesse der Provinz Preußen die Vortheile geschildert hätte, welche aus dem Bau der Eisenbahnen sich entwickeln müßten, schloß er seine Rede mit folgenden Worten: „Aus diesen Gründen muß ich mich, ohne weiter die Spezialitäten zu berühren, auch bei der großen Möglichkeit der Sache dagegen erklären. Denn ich muß es sagen, wenn ich auch alle Hüthen meines Landes durch die Bewilligung des Anlehens zu Schlössern verwandeln könnte, so würde ich in dem Glauben, daß mit leichtem und ruhigem Gewissen es sich glücklicher und begablicher in einer Hütte als mit einem beschwerten im Palaste selbst wohnen läßt, dagegen stimmen.“

Abgeordn. von Bismark-Schönhausen: Die Gegner derjenigen Wünsche des Gouvernements, welche uns jetzt beschäftigen, theilen sich bei dieser Frage, wie bei der Ähnllichkeit der Rentendank, in solche, die an die Nützlichkeit des Unternehmens nicht glauben, und in solche, die sich nicht für befähigt halten, ihre Zustimmung zu einer Anleihe zu geben. Auf die Nützlichkeit will ich nicht weitläufiger eingehen; es ist das etwas, worüber uns nur die Erfahrung belehren kann, es ist gewissermaßen eine Glaubenssache. Ich meinestheils glaube an die Nützlichkeit, wenn auch nicht von dem materiellen und provinziellen Standpunkte aus, so doch aus dem der Konsolidirung unser politischer und militärischen Verhältnisse. Eine andere Frage ist es, wenn

sich selbst unter denen, die von der Nützlichkeit des Unternehmens überzeugt sind, sich solche finden, die nicht in der Lage zu sein glauben — um einen hier parlamentarisch gewordenen Ausdruck zu wählen — eine Anleihe zu bewilligen. Wir Alle sind einig, daß der hier versammelte Landtag wirklich die Körperschaft ist, welche Anleihen zu bewilligen oder abzulehnen hat; ein Theil von uns will aber von diesem Rechte auch für nützliche Zwecke nicht eher Gebrauch machen, als bis die Regierung in Beziehung auf andere hiermit nicht zusammenhängende Punkte, namentlich die, worüber in der vorigen Woche die Kurie der drei Stände verhandelt hat, gewisse KonzeSSIONen erteilt haben würde; er will gleichsam ein Retentionsrecht an dem Rechte der Anleihe-Bewilligung ausüben, bis die Regierung jene KonzeSSION erteilt hat; durch diese KonzeSSION soll sich die Regierung gewissermaßen die Bewilligung der Anleihe erkaufen. Ich frage, welchen Sturm würde es erregen, wenn das Gouvernement seinerseits sagen wollte, daß es gewisse administrative Wohlthaten, die es einer Provinz zuwenden oder entziehen kann, davon abhängig mache, wie die Vertreter dieser Provinz bei politischen Fragen votiren würden. — (Aufregung.)

Marshall: Der Redner darf nicht unterbrochen werden.

Abgeordn. von Bismark-Schönhausen: Es scheint mir dies vollkommen analog zu sein, und die Mißbilligung, die von jener Seite sich kund giebt, beweist mir, daß ich die Wahrheit gesagt habe. (Bravo!) — wenn ich behaupte, daß von einer Partei eine analoge Taktik geübt wird, die man der Regierung gewiß nicht verzeihen und nicht ansehen würde, es mit dem Namen der Exprossung zu brandmarken, wenn sie sich dieselbe gestattet.

Abgeordn. Graf Frankenberg (Schlesischer Landrath): Die vorliegende wichtige Frage kommt in Beziehung auf die Zeit des Landtages etwas spät zur Berathung, in Beziehung auf die anderen Vorlagen, welche noch abzuwickeln sind, nach meinem Bedürfnis zu früh. Die hohe Versammlung würde besser in der Lage sein, über die Sache zu urtheilen, wenn bereits das Referat über die Proposition auf Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer vorhergegangen wäre, weil dann festzustellen gewesen wäre, wie der Ausfall, der durch den Erlaß dieser Steuer entstehen wird, zu decken ist. Die hohe Versammlung würde über das ganze Gebiet des Geldverhältnisses orientirt sein, wenn die Abtheilung, welche den Finanzetat zu prüfen hat, den Bericht erstattet. Auch bestehen noch die Zweifel, wegen deren vor einigen Wochen das Gesetz über die Rentendank gefallen ist. Ohne diese Antecedenten scheint Jeder eine gewisse Aengstlichkeit zu heischen, Millionen zu bewilligen, die in der Erde vergraben und in Eisenbahnschienen angelegt werden sollen. Nach dem angehörten Referate sind zur Vollenbung dieser Eisenbahn 26 oder 33 Millionen Thaler nöthig, und es heißt in dem Referate, welches wir angehört haben, daß Mittel vorhanden sind, diesen Bau successiv zu vollführen, nämlich in 18 bis 19 Jahren. Alles dieses gründet sich auf bloße Subpositionen, wenn nämlich Alles das zutrifft, was im Gutachten gesagt ist, wenn die Staatskasse alle ihre Mittel nach einer Seite hin konzentriert, wenn alle Petitionen auf Eisenbahnen vorläufig zurückgewiesen sind und wenn endlich die bereits geleisteten Garantien nie in die Lage kommen, zahlen zu müssen. Alle diese Voraussetzungen, die so häufig mit wenn gewürzt sind, gewähren kein rechtes Vertrauen zu dem Geschäft, und das geht immer so, wenn man auf Zahlen eingeht, es ist ein Baufonds von 6 Millionen Thaler für die Eisenbahnen gebildet. Dieser ist bereits erschöpft bis auf die Summe von 645,200 Rthlr., welche übrigens bereits in Aktien angelegt sind. Es ist ferner diesem Eisenbahnbau-Fonds eine jährliche Rente von 2 Millionen Thalern überwiesen worden, die aber noch nicht bis zu diesen hollen 2 Millionen Thalern angewachsen ist, sondern gegenwärtig nur 1,200,000 Thl. beträgt. Wenn aber auch dies wirklich zutrifft, daß sie in einigen Jahren die Höhe von 2 Mill. Thlrn. erreichen wird, so sind davon schon 1,107,750 Rthlr. nicht mehr angreifbar, weil diese Summe nöthig ist für die Garantie der bereits ausgeführten Eisenbahnen, es bleibt mithin nur 892,250 Rthlr. zu kapitalisiren. Diese ergeben ein Kapital, welches, wie aus dem Referat hervorgeht, in keiner Weise zureicht, das große Werk zu vollführen, und dabei schlägt das Referat vor, über den vorgelegten Bau noch hinauszugehen. Ueber die Nützlichkeit der Bauanlage kann kein Streit sein, Erleichterungen der Communicationsmittel sind immer nützlich, besonders in einer Provinz, welche reich ist an Producten und arm an Abfuhrwegen. Auch mag es arithmetisch, politisch richtig sein, den Bau zu beschleunigen, das sind Fragen, die mit Ja zu beantworten sind. Wenn es aber an Geld zu dem Riesenwerke fehlt und Geld bewilligt werden soll, so glaube ich doch, daß die Rentabilität eine kurze Berücksichtigung bedarf. Wenn eine Privatgesellschaft eine KonzeSSION zu einer Eisenbahn bei der Regierung nachgesucht hat; so ist sie verpflichtet, das detaillirte Bau-Projekt vorzulegen, sie muß einen Prospektus über die Rentabilität des Geschäftes vorlegen. Hier im vorliegenden Geschäft sind die Rol-

len umgetauscht, die Regierung will bauen und sucht von uns die Garantie nach, überhebt sich aber ganz der Form, welche sie selbst gefordert hat. Wir haben kein einziges Projekt des Bahnbaues selbst, keinen detaillirten Bau-Anschlag und sollen auf Subsumtionen hin die Garantie übernehmen. Ich glaube, daß sich diese Sache allerdings von einem idealen, kosmopolitischen und patriotischen Standpunkte betrachten läßt. Da ich aber bloß Volksvertreter bin, so kann ich sie nur von dem materiellen Standpunkte betrachten, denn das Volk ist, so viel ich weiß, ein genauer und gründlicher Rechner, und es will wissen, wenn Millionen angelegt werden sollen, ob Hoffnung vorhanden ist, daß sich diese auch verinteressiren, daß sie den Haushalt des Geschäfts decken. Auch darüber scheint nach dem Referate Zweifel zu sein. Ich halte daher die Sache für nicht genug vorbereitet, um eine Entscheidung und ein Urtheil darüber zu fällen, und ich muß dafür für meine Person gegen die Sache stimmen.

(Hierauf sprachen sich die Abgeordneten von Hellendorf und Gier für den Eisenbahnbau und die Staatsanleihe aus.)

Abgeordn. Siebig (aus Breslau): Ich erlaube mir eine Frage. Mein Freund hat mich gebeten, den Grafen Frankenberg und den Abgeordneten Tschöke auf einem und demselben Blättchen zum Sprechen anzumelden. Ich glaube, daß, wenn dem Grafen Frankenberg das Wort zuerst zuertheilt ist, so müßte der Abgeordnete Tschöke als Zweiter das Wort bekommen. Ich sehe darin etwas, wodurch mein Freund zurückgesetzt ist.

Marshall: Ich habe den Grafen Frankenberg nicht in Folge eines mir übergebenen Zettels, sondern in Folge einer persönlichen Meldung um das Wort notirt. — Es ist möglich, daß der Abgeordnete mit dem Zettel, auf welchem beide Mitglieder gestanden haben, übergeben hat; er findet sich aber nicht mehr vor. Es wurden mir so viel Meldungen gemacht, daß jeder Zettel nicht darauf rechnen konnte, gleich vollständig aufgezeichnet zu werden. Das ist nicht geschehen. Der Graf Frankenberg ist in Folge persönlicher Anmeldung aufgefordert, und es ist vollständig in der Reihe und folglich in der Ordnung verfahren und aufgerufen worden.

Abgeordn. Tschöke (aus Breslau): Der Graf Frankenberg haben mir so eben mitgetheilt, daß Sie sich nicht persönlich und in keiner anderen Art gemeldet haben, als durch das Blättchen, auf welchem beide Namen aufgezeichnet waren.

Abgeordn. Graf Frankenberg: Ich muß zur Aufklärung sagen, daß ich vor Anfang der Sitzung den Herrn Marshall gefragt habe, wann der Zeitpunkt eintreten wird, sich zu melden. Darauf habe ich die Antwort erhalten, wenn das Referat vorgelesen sein würde und es zur Diskussion käme, sollte ich aufstehen und das habe ich gethan. Ich habe aber vorher diesen Zettel übergeben, weil ich mich hier in der Lage befinde, das ich nicht gut heraus kann.

Marshall: In Folge dieses Aufstehens ist die Notirung erfolgt; ich glaube nicht, daß der Abgeordnete Tschöke und sein Nachbar davon ausgehen werden, daß ich die Absicht gehabt habe, unrichtig zu notiren.

Abgeordn. Tschöke: Ich kann keine andere Folgerung ziehen, als die ich ausgesprochen habe.

(Lärm. Zeichen der Mißbilligung.)

Marshall: Der Abgeordnete Tschöke ist einer der nächsten Redner.

Abgeordn. Tschöke: Ich danke jetzt, mehrere Redner vor mir ....

(Wird durch Lärm in der Versammlung unterbrochen.)

Marshall: Also der Abgeordnete Tschöke verzichtet auf das Wort.

Abgeordn. von Saurma (Rittergutsbesitzer aus dem Kreis Ohlau): Erlauben Sie, hochverehrte Herren, daß ich wenige Worte gegen den baldigen Weiterbau der Eisenbahn in der Provinz Preußen spreche. Vor Allem ergehe ich die Bitte an Sie, halten Sie mich für keinen Eisenbahnstern. Ich bin ein Schlesier; wir haben unsere Eisenbahnen größtentheils durch die Garantie des Staates gebaut, dankbar erkenne ich dies an, und gern möchte ich dieselbe Wohlthat meinen Staatsbrüdern in Preußen zuwenden; das that meinen Staatsbrüdern in Preußen zuwenden; das Opfer muß aber nicht so groß sein, wie es nach meinen Befürchtungen sein würde. Zu dem vorliegenden Referate sind drei Arten der Ausführung der Eisenbahn stehenden Bahn hervorgehoben und die eine davon über 32 1/2 Mill. und die dritte 26 1/2 Mill., die zweite über 32 1/2 Mill. und die dritte gegen 34 Millionen Thaler berechnet, ob zu hoch oder zu niedrig, kann ich nicht beurtheilen, es liegen auch keine Anschläge vor. Die seitherige Erfahrung hat aber gelehrt, daß in der Regel größere Summen, als veranschlagt sind, auf verglichenen Bauten bis zu ihrer Vollendung und Ausrüstung verwendet werden. Die Bahn wird, wie ich vermute, nur mit einem Geleise veranschlagt sein. Die Erfahrung hat ebenfalls gelehrt, daß Bahnen, welche weit kürzer als die vorliegende sind, zwei Geleise erhalten müssen. Sollte dies bei dieser wenigstens theilweise der Fall sein, und sollte sie vielleicht gar bis an die russische Landesgränze fortgesetzt werden, einem Reiche, welches mit uns wenig

Handel und noch weniger Wandel treibt. — (Gelächter.) — Hochgeehrte Herren! Ich fürchte, die Bahn wird eine Summe Geldes erfordern, vor deren Zahlung in der jetzigen geldarmen Zeit selbst der preussische Staat erzittern würde. Sollte jedoch mein Antrag keinen Anklang finden, den Bau der Bahn vor der Hand auszusetzen, so richte ich folgende dringende Bitte an Sie, meine Herren: Suchen Sie dahin zu wirken, daß er ohne Luxus und so billig als möglich ausgeführt werde. Bitten wir unsere Brüder in Preußen, daß sie uns das Land für dieselbe umsonst geben, bauen wir die Brücken wenigstens vorläufig von Holz. Die Brücke bei Wien auf der Kaiser Ferdinands-Nordbahn ist auch von diesem Material gebaut und noch kein Unglück dafelbst geschehen. Bitten wir den Forst-Fiskus in Preußen, daß er uns das Holz zu diesen Brücken, zu den übrigen Eisenbahn-Bauten und zu den erforderlichen Querschwellen aus den gelegentlichsten Forsten für die gegenwärtige Forstkare überlasse. Es kann natürlich nicht davon die Rede sein, daß jeder Grundbesitzer sein Land umsonst gebe, welches wir zum Nutzen der Bahn bedürfen, aber von der ganzen Provinz erbitte ich es. Glauben Sie, meine verehrten Brüder in Preußen, Opfer mancherlei Art haben die Eisenbahnen uns Schlesiens, zwischen dem russischen und österreichischen Kaiserreich eingekeilmt, für die Zukunft sogar des Handels mit dem seitherigen Freistaat Krakau entbehrend, auch gekostet. Viele unserer leichtsinnigen Mitbürger sind in Folge dieser Eisenbahn-Unternehmungen zu Grunde gegangen. Man könnte sagen, warum waren sie leichtsinnig? Aber, meine Herren, es sind auch unsere Brüder, und der Leichtsinne bedarf mehr des Schutzes vom Staate als der Besonnenen. Geben Sie wenigstens das Land dafür umsonst, daß wir ihnen die Eisenbahn bauen, welche so lange, bis das russische Kaiserreich unseren Bewohnern und Waaren seine Grenzen nicht öffnet, nach meiner Ueberzeugung nicht rentiren, nicht einmal die Betriebskosten decken wird, da wir in Schlesiens mit großen Opfern bei geringer Unterstützung des Staates und unter ungünstigen Verhältnissen Eisenbahnen gebaut haben, welche wenigstens in Ober-Schlesien, der vorzustehen ich mit die Ehre habe, gewiß gut rentiren werden.

(Hierauf ließen sich die Abgeordneten v. Liliens-Chausen, Diergardt und der preussische Provinzial-Landtags-Marschall v. Brünneck vernehmen. Nachdem Letzterer in einem Punkte von dem Herrn Landtags-Kommissar berichtigt worden, sprach der Abgeordnete Kössler.)

Finanz-Minister von Düesberg: Um den Gesichtspunkt richtig aufzufassen, bemerke ich, daß es sich hier nicht um eine Anleihe handelt, wodurch neue Lasten auf das Land gelegt werden sollen, sondern es ist ein bedeutender etatsmäßiger Fonds jetzt schon vorhanden, welcher allen Berechnungen nach, wenn nicht große Kalamitäten eintreten, die Summe von 2 Millionen Thalern binnen einer gewissen Anzahl von Jahren sicher erreichen wird. Es handelt sich also bloß darum, ob der Fonds, der theils schon da ist, theils mit Sicherheit zu erwarten steht, in ein Kapital umgesetzt werden soll, um auf diese Weise die Mittel zu einer schleunigen Herstellung der Eisenbahn zu finden. Das ist der Standpunkt, von dem man ausgegangen ist; und daß dieser Fonds für den beabsichtigten Zweck ausreichen werde, ist nach den sorgfältigsten Erörterungen im Finanz-Ministerium als feststehend anzunehmen. Es handelt sich zunächst nur darum, die Eisenbahn so weit herzustellen, als erforderlich ist, um für die nächste Zeit eine Eisenbahn-Verbindung mit Königsberg herbeizuführen. Es ist dazu eine Anleihe von 22 Millionen Rthlr. notwendig; außerdem gewährt der Eisenbahn-Fonds die Mittel, um den gesammten Kapital-Bedarf von 26 Millionen Rthlr. ergänzen zu können. Wenn vorher bemerkt worden ist, daß der Eisenbahn-Fonds auf die geringe Summe von 600,000 Rthlr. reduziert sei, so ist das nicht richtig; der Eisenbahn-Fonds hat außer den Actien, die er bei den garantirten Bahnen erwirbt, und welche nicht veräußerlich sind, einen Bestand von über 4 Millionen Rthlr. Dann ist bemerkt worden, der Geldmarkt sei jetzt nicht günstig für eine Anleihe. Daß der Geldmarkt in diesem Augenblick nicht günstig ist, verkenne ich nicht; allein ich hoffe, daß er in nicht langer Zeit eine günstige Wendung nehmen werde, und es kommt also darauf an, die Staats-Regierung in den Stand zu setzen, dann, wenn der günstige Zeitpunkt eintritt, mit der Anleihe vorzugehen. Dieser Zeitpunkt läßt sich voraus nicht bestimmen, und er ist so wechselnd, daß man nicht behaupten kann, er werde beim nächsten Landtage da sein; er kann inzwischen schon da gewesen und wieder verschwunden sein. In dieser Beziehung ist es also unerlässlich, daß man der Regierung vertraut, daß sie den richtigen Zeitpunkt wählt, um mit der Anleihe vorzugehen. Es ist ferner bemerkt worden, es würde eine solche Anleihe die Course der anderen Eisenbahn-Actien drücken. Dem muß ich widersprechen, da, wenn mit der Anleihe zur richtigen Zeit von Seiten des Staates vorgegangen wird, ein Druck auf die Course der Actien anderer Eisenbahnen viel weniger zu befürchten ist, als wenn das Unternehmen in Privathände gelegt würde, wo nicht die ver-

schiedenen Rücksichten beobachtet werden können, wie es der Staat in seiner Hand hat. Wenn ferner bemerkt worden ist, daß die Kosten des Baues nach den Erfahrungen, die man bei anderen Eisenbahnen gemacht hätte, sich immer noch unendlich vermehren könnten, so kann ich anführen, daß die Ueberschläge mit der Sorgfalt gemacht sind und auf solchen Sägen beruhen, daß man mit Gewißheit darauf rechnen kann, daß sich die Kosten nicht höher belaufen werden. Ich bemerke aber ferner, daß ja nicht auf eine ungemessene Bewilligung angetragen wird, sondern nur, daß die Summe, die noch im laufenden Eisenbahn-Fonds disponibel ist, verwendet werden könne, um damit ein entsprechendes Kapital anzuleihen, indem alsdann die Staats-Regierung im Stande sein wird, die östliche Bahn bald vollständig herzustellen. Ich habe vorher schon bemerkt, daß die Verwendungs-Nachweisung, wenn die Anleihe bewilligt werden sollte, dem vereinigten Landtage zu seiner Zeit wird vorgelegt werden. Der vereinigte Landtag wird daraus genau ersehen, wie die Gelder verwendet worden sind. Wenn ich dies geäußert habe, so ist das ganz in Uebereinstimmung geschehen mit der Erklärung, die ich bei einer anderen Gelegenheit gegeben habe, daß ich in der Finanz-Verwaltung keine Geheimnisse habe, daß ich in keiner Weise Veranlassung habe, in irgend einer Beziehung die Einsicht in den Staatshaushalt zu scheuen, und es ist keinesweges eine Sinesveränderung, wenn ich vorher diese Erklärung hier abgegeben habe. Es ist ferner noch angeführt worden, daß überhaupt der ganze Finanz-Plan berechnet sei auf eine hypothetische Voraussetzung, daß man nicht wissen könne, ob überhaupt durch diesen Eisenbahn-Fonds die geeigneten Mittel so vollständig gesichert seien, daß man darauf bauen könne. Ich kann darauf nur bemerken, wie auch schon der Herr Landtags-Kommissar gesagt hat, daß bei dem Eisenbahn-Fonds ohne Zweifel die nöthigen Mittel allmählich bis zu dem vollen Betrage von 2 Millionen werden ergänzt werden, und daß alle Berechnungen so gemacht sind, daß der Eisenbahn-Fonds unter allen Umständen seinen Verpflichtungen werde genügen können. Er wird nach allen Wahrscheinlichkeits-Berechnungen im Stande sein, dies vollkommen zu leisten, und darauf beruht es auch, daß aus demselben, wenn nicht ganz außerordentliche Umstände eintreten, mehrere andere Eisenbahnen, die auch wichtig sind, zu unterstützen sind. Welche Eisenbahnen es sind, die man dabei im Auge hat, steht ziemlich fest. Sie sind bereits in der Denkschrift angeführt, und es tritt allenfalls noch die Eisenbahn nach Neu-Vorpommern hinzu. Die Bedeutung und Länge dieser Eisenbahnen läßt sich jetzt schon genügend übersehen, so daß man im Stande ist, zu beurtheilen, was man dafür thun kann, im Fall die Anleihe bewilligt wird; es wird alsdann geschehen, was angemessen ist, ohne in irgend einer Weise den Fonds selbst zu überschreiten.

Abgeordn. Mohr (Stadtrath aus Trier): Sowohl in der königlichen Proposition, wie in der Denkschrift, worauf sie sich bezieht, als auch im Gutachten der Abtheilung, endlich auch im Vortrage des Herrn Ministers wird der Gedanke bestimmt und deutlich ausgedrückt, daß das große Eisenbahn-Netz, wodurch die Provinzen mit dem Centrum und wieder mit dem Auslande in Verbindung gebracht werden sollen, nach allen Richtungen theils schon hergestellt, theils in der Ausführung gesichert sei. In der That sehen wir auch auf Seite 4 der Denkschrift die fünf Bahnen angeführt, die das ganze Eisenbahn-Netz ausmachen sollen. Nun glaube ich meine Herren, daß der ganze Theil der Rheinprovinz, welcher auf dem linken Rheinufer liegt, nämlich der Regierungsbezirk Trier, ebenfalls der Monarchie angehört. — (Heiterkeit) — und zwar sehr gern und sehr treu angehört. Der Weg von Berlin nach dem Rhein, der innere Weg, der vom Rhein nach Frankreich führt, führt aber durch die genannte Gegend, und Frankreich gehört zum Auslande, — (Heiterkeit) — und ist gewiß so wichtig, daß wir damit wie mit anderen Nachbarländern eine Verbindung wünschen müssen. Die Mosel, die Saar, die Eifel, der Hundsrücken sind Gegenden, die eben so sehr wie die übrigen Provinzen dergleichen Verbindungen in Anspruch nehmen können, um so mehr, meine Herren, als es in der That für diese Gegend eine Lebensfrage geworden ist, Theil zu nehmen an diesen eiserne Verbindungswegen. Meine Herren! Gerade wie in der Provinz Preußen sind von der dortigen Gegend Projekte durch Privaten zu Eisenbahn-Unternehmungen gemacht worden, zu einem festen Plane ist es aber nicht gekommen wegen äußerer Hindernisse; ich glaube aber, daß diese Projekte doch, und vielleicht bald, in Erfüllung gehen werden. Ich selbst habe im vergangenen Jahre ein solches Projekt verfolgt, und vielleicht ist es dem Herrn Landtags-Kommissar noch erinnerlich, dem Herrn Finanzminister aber nicht, — (Gelächter) — weil derselbe damals noch nicht dem Finanzministerium vorstand. Ich glaube, daß wir diese Projekte nicht ohne Hülfe des Staates auszuführen vermögen. Ich erlaube mir daher, ohne Präjudiz für mein Votum, die ergebene Anfrage an des Herrn Finanzministers Excellenz, ob denn wirklich das ganze Eisenbahn-Netz nur aus den Eisenbahnen, die hier angegeben sind, und wovon die Ostbahn den Beschluß machen soll, bestehen wird?

Finanz-Minister von Düesberg: In Ansehung des Eisenbahn-Netzes, für welches die unmittelbare Unterstützung von Seiten des Staates in Aussicht genommen wurde, ist der Plan den vereinigten

Ausschüssen im Jahre 1842 vorgelegt worden. Diese Bahnen sind auch sämmtlich entweder bereits vollendet oder der Vollendung nahe, mit Ausnahme der preussischen Ostbahn und der Verbindungsbahn von Posen nach Schlessien. Dadurch, daß hauptsächlich diese Bahnen in Aussicht genommen worden sind, um mit Staatsbeihilfe zur Ausführung zu gelangen, ist nicht ausgeschlossen, daß nicht, wenn die Mittel vorhanden sind, auch andern wichtigen Bahnen die Beihilfe des Staates zu Theil werde. Was namentlich den Regierungsbezirk Trier angeht, so ist ebenfalls eine Bahn von der französischen Grenze über Saarbrücken nach Rheinbairn im Werke, und es handelt sich noch, worüber die erforderliche Unterlage noch nicht vollständig vorhanden ist, um die Eisenbahn, die Trier mit der vorerwähnten Bahn verbinden soll.

Abgeordn. Mohr: Durch diese Erklärung des Herrn Finanzministers bin ich zufriedengestellt.

(Gelächter. — Der Redner, zur Seite gekehrt, wöhler dasselbe kam.)

Ich muß mir eine Erklärung über dieses Lachen ausbitten, warum Sie, wenn ich im Interesse der Gegend, die ich zu vertreten habe, meine Pflicht erfülle, finden, daß ich etwas thue, was lächerlich ist.

(Wachsendes Lachen.)

Ich glaube ein so erster Mann zu sein, wie irgend einer in der Versammlung, und glaube meine Pflicht zu erfüllen, wie jeder Andere.

(Ja! Ja!)

Wenn ich das nicht mehr kann, so darf ich auch nicht mehr auf diesem Plage stehen, und ich bitte Sie, mich künftig nicht mehr an der freien Ausübung meiner Pflicht zu hindern.

(Viele Stimmen: Bravo!)

(Der Redner verläßt die Tribüne.)

(Hierauf sprach der Obermarschall Graf v. Finkenstein, Selbstvertreter des Provinzial-Landtags-Marschalls der Provinz Preußen, über die Ursache der Noth in der betreffenden Provinz und dann über einige noch nicht erwähnte Vortheile des projektirten Eisenbahnbaues. Der brandenburgische Abgeordn. Offermann sprach sich kurz gegen jede Garantie und Anleihe aus, während darauf der Fürst Reuß den Bau der Eisenbahn seiner großen Vortheile wegen anempfahl. Nachdem noch der preussische Abgeordnete v. Auerswald gegen die Staatsanleihe, dagegen der Abgeordnete Grunau für dieselbe, jedoch nur bedingungsweise gesprochen, wurde die Sitzung um 4 Uhr geschlossen.)

Sitzung der vereinigten Kurien vom 8. Juni.

Die Sitzung beginnt nach 10 $\frac{1}{2}$  Uhr unter Vorsitz des Fürsten von Solms-Lich mit Vorlesung des über die gestrige Sitzung geführten Protokolls durch den Sekretär Patow. Sekretäre die Abgeordneten Freiherr von Waldbott und Siegfried.

Marschall: Wir kommen zur Fortsetzung der gestern abgebrochenen Berathung. Ich bitte den Abgeordneten von Manteuffel, den Bericht weiter zu erstatten.

Referent von Manteuffel II.: Ich glaube durch einige Worte wiederholen zu dürfen, welchen Gang die gestrige Debatte genommen hat. Wenn ich derselben richtig gefolgt bin, so haben sich folgende Ansichten herausgestellt, zunächst eine Ansicht, welche die Zustimmung ertheilt, die in der Allerhöchsten Proposition nachgesucht worden ist, alsdann eine zweite Ansicht, welche diese Zustimmung zu ertheilen nicht gewillt ist, und diese Ansicht spaltet sich wiederum ihren Motiven nach in zwei Richtungen. — Die eine Richtung erklärt, daß sie diese Zustimmung nicht ertheilen könne, weil sie sich nicht in der Lage befinde, eine Zustimmung zu der Anleihe jetzt zu ertheilen, die zweite Richtung erklärt dagegen, daß sie von der Nützlichkeit dessen, was durch diese Anleihe erreicht werden soll, nicht überzeugt sei, sich aber vollkommen in der Lage zu befinden glaube, um diese Zustimmung zu ertheilen. Ich glaube, daß an diese Punkte die bevorstehende Debatte sich anzuknüpfen haben dürfte; ich bemerke aber zugleich, daß noch einige Petitionen zur Debatte stehen. Der eine Theil dieser Petitionen beantragt besondere Ausführungsarten, und diese Petitionen werden erst dann näher erörtert werden können, wenn überhaupt ein Votum in der Hauptsache abgegeben ist. Dagegen liegt noch eine Petition des Abgeordneten Hansemann vor, welcher in derselben zwar für den Bau der Eisenbahn sich ausgesprochen hat, aber die Mittel dazu nicht durch eine Anleihe beschafft, sondern aus dem Staatsschatze entnommen wissen will. Das Gutachten der Abtheilung befindet sich bereits in Ihren Händen, es ist indessen noch nicht vorgebracht worden. Der Antragsteller wird im Laufe der heutigen Verhandlung das Wort bekommen, und ich glaube, daß es am zweckmäßigsten sein würde, wenn, bevor der Antragsteller das Wort erhält und alsdann jedenfalls seine Petition näher motivirt, mir als Referenten gestattet wird, vorher das Gutachten der Abtheilung vorzutragen. Ich habe übrigens vor der Sitzung mit dem Antragsteller mündlich Rücksprache genommen, und dieser ist mit meinem Vorschlage einverstanden.

(Nachdem die Abgeordneten Wächter und v. Byla für die Möglichkeit des Baues, aber gegen die Anleihe gesprochen, hob der folgende Redner, der brandenburgische Abgeordnete Mehls die Vortheile einer Eisenbahn von Berlin nach Driesen besonders hervor, wollte dieselbe aber nur aus den Ersparnissen des Staatshaushaltes gebaut wissen.)

Abgeordneter Siebig: Hohe Versammlung! Bereits im Jahre 1842, als die vereinigten ständischen Ausschüsse hier versammelt waren, wurde als nothwendig erkannt, daß das Vaterland von seinen entferntesten Grenzen bis in die Hauptstadt, mit Eisenbahnen versehen sein möchte. Dieser Wunsch wurde um so lauter ausgesprochen, als man in den Eisenbahnen einen mächtigen Hebel der Volks- Wohlfahrt erkannte, und es wurden Mittel und Wege aufgesucht, wie es möglich sei, ihn allmählig zu realisiren. Man erkannte aber auch an, daß durch die entferntere Lage der Provinz Preußen es kaum möglich sein würde, daß eine Privat-Gesellschaft diesen Bau übernehmen werde, voraussichtlich wegen ihrer relativen Rentabilität, und es war also die Nothwendigkeit gegeben, daß diese Bahn, sollte sie jemals gebaut werden, aus Staatsmitteln gebaut werden müsse. Es liegen uns nunmehr ein Kosten-Anschlag, so wie andere Berechnungen, vor, auf Grund welcher die Möglichkeit vorhanden sein soll, diesen Bau auszuführen. Der Kosten-Anschlag scheint mir aber so allgemein gehalten, daß, so wie die Erfahrung bisher auch bei den übrigen Eisenbahn-Anschlägen gelehrt hat, obgleich sie wesentlich spezieller den Unternehmern vorgelegt wurden, dennoch es kaum möglich sein werde, diese Bahn auszuführen. Die zweite Berechnung, welche einen Fonds von 2 Millionen nachzuweisen sich bemüht, aus welchem die Zinsen dieses Bau-Kapitals hergeleitet werden sollen, will mir durchaus nicht zuverlässig erscheinen, denn es fehlen jener Berechnung alle Zwischenfälle, die in einem weiteren Zeitraume vielfach eintreten und die ganze Berechnung annulliren können. Es blieb also nur der Vorschlag übrig, diese 26 oder 34 Millionen, welche dieser Bau in Anspruch nehmen würde, durch eine Anleihe zu beschaffen, eine Anleihe, die Lasten des Volkes und des Vaterlandes wesentlich vermehren würde. — Nun fragt es sich, ob es keinen anderen Ausweg gebe, um den Bau, von dem das hohe Gouvernement sowohl, als jeder Vaterlandsfreund von Herzen wünschen muß, daß er ins Leben trete, ob es, sage ich, keine anderen Mittel gebe, diesen Bau dennoch auszuführen, ohne das Land mit einer Schuldenlast von so enormer Höhe, wenn namentlich diese veranschlagten 34 Millionen nach allen bisherigen Erfahrungen vielleicht kaum zur Hälfte ausreichen, zu überbürden. Ein Blick auf den Finanz-Etat gewährt uns die freudige Ueberraschung, daß seit dem Jahre 1844 die Einnahme des Staats um mehr als  $2\frac{1}{2}$  Millionen Thaler gestiegen ist. Man sollte glauben, daß im tiefen Frieden, wo keinerlei großartige Ansprüche an den Staat gemacht werden, da müßte in dieser Mehr-Einnahme ein Mittel gefunden werden, um diese nothwendige Bahn, welche unsere preussischen Brüder dem Herzen des Vaterlandes näher bringen soll, auszuführen. Dem ist jedoch nicht also; ein weiterer Blick auf den Finanz-Etat weist nach, daß diese  $2\frac{1}{2}$  Millionen durch Ausgaben aller Art absorbiert werden. Eine davon ist mir besonders bedenklich vorgekommen, auf welche zu beziehen ich mir erlaube. Es ist eine Summe von 1 Million 160,000 Thalern, die seit dem Jahre 1844 der Militär-Etat mehr in Anspruch nimmt. Mitten im tiefsten Frieden, von einem herrlichen Landwehr-System die Sicherheit des Staates geschützt, vermag ich nicht zu begreifen, wie es möglich sein kann, daß man, da man weiß, daß solche hohe Anforderungen vorliegen, diese nicht erst befriedigt oder die Mittel ansammelt, um sie befriedigen zu können, vielmehr Einem Verwaltungszweige so große Summen zuwendet, deren Nothwendigkeit ich nicht einsehen kann. Ich glaube daher, daß jeder Vertreter, der sich hier mit Pflichten seiner zu Vertretenden belastet sieht, nicht im Stande ist, seine Zustimmung zu einer derartigen Anleihe zu geben. Dies auszusprechen, fällt mir als Schlesier um so schwerer, weil ich die Lage der preussischen Brüder, die ganz gleich ist mit der schlesischen, vollkommen zu würdigen vermag. Die Sympathien, die uns in Schlesien wegen der Aehnlichkeit nachbarlicher Verhältnisse nach Preußen hinziehen, sind so mächtig, daß ich sie nicht weiter auszusprechen nöthig habe, denn auch wir sind eingekleidet zwischen die österreichischen und russischen Staaten, auch uns ist der Handels-Verkehr abgeschnitten, und wären wir nicht so glücklich, durch Eisenbahnen an das mittlere Deutschland angeschlossen zu sein, so theilten wir ganz das Schicksal der Provinz Preußen. Daher können Sie, meine Herren, den Kampf erweisen, den es kostet, um zu der vorliegenden Frage Nein zu sagen; aber die Art und Weise, wie die Ausführung hier ins Leben gerufen werden soll, kann nicht gebilligt werden. Dadurch würde nur der Druck der Nation erhöht, und schon deshalb werde ich nicht meine Zustimmung zu geben vermögen; aber auch wegen derjenigen Bedenken, die noch nicht gehoben sind, vermöchte ich meine Zustimmung zu der vorliegenden Ausführung nicht zu geben, und stimme daher gegen den Vorschlag der Abtheilung.

Kriegs-Minister von Bopen: Der verehrte Redner, der so eben geredet hat, hat zu gleicher Zeit darauf hingewiesen, daß es möglich wäre, bei den zunehmenden Ausgaben des Militär-Etats große Ersparnisse einzutreten

zu lassen. Es scheint allerdings auf den Anblick ausfallend, daß im Frieden so etwas noch vorkommen könne, und deswegen werde ich mir erlauben, die Bedingungen, unter denen es nicht zu vermeiden ist, hier kurz der hohen Versammlung vorzutragen. Wenn der Satz unbedingt richtig wäre, so müßte der Satz eben so richtig sein, daß das Geld, der Thaler, im Laufe der Zeit einen und denselben Werth behielte; das ist aber nicht der Fall, und ich könnte noch hinzufügen, je mehr sich die Industrie des Landes vermehrt und die Geldzeiten vermehren, desto mehr sinkt der Werth des geprägten Geldes, in dem das Militär seine Ausgaben bestreiten muß. Ich will zuerst, ehe ich auf die Hauptpunkte, die die Erhöhung herbeigeführt haben, eingehe, nur ein Beispiel aus meinem langen Leben anführen: Als ich im Jahre 1786 Offizier wurde, da bestand das Gehalt eines Seconde-Lieutenants aus 11 Rthlrn., gegenwärtig aus 20 Rthlrn. und mit dem Tischgeld von ungefähr 2—3 Rthlrn. aus 22 Rthlrn. monatlich, die dem Lieutenant vom Staate gezahlt werden. Ich kann aber als ein ehrlicher Mann versichern, daß trotz dieser Zulage von 100 pCt. der Lieutenant damals im Jahre 1786 mit 11 Rthlrn. nicht um einen Groschen schlechter stand, als gegenwärtig, warum? weil alle Bedürfnisse, die er baar bezahlen muß, gestiegen sind. Dies nur im Allgemeinen als Maßstab, wenn man bloß vom Thaler in Summen spricht und nicht auf seinen inneren Werth, den er auf den Verkehr hat, Rücksicht nimmt. Nun aber führe ich drei Punkte an, um derentwillen, besonders von den zwei ersten, diese Erhöhung außer dem Grunde, den ich mich auseinanderzusetzen bemüht habe, nothwendig geworden ist. Dies ist die Brotzulage für alle Soldaten, die Erhöhung der Proportion und die Zulage für die Unteroffiziere. Als ich im Jahre 1784 in den Dienst trat, bestand der Gehalt eines Soldaten aus 2 Rthlr. und nichts mehr, und er konnte, wie ich aus vielfacher und langer Erfahrung weiß, von seinem Wirth, bei dem er einquartiert war, und dem er für den Tag einen Groschen gab, seine Ernährung bekommen, und sowohl Wirth als Soldat waren zufrieden; ich weiß nicht, ob man noch jetzt viele Entrepreneurs finden würde, die für einen Groschen täglich einen Soldaten beköstigen würden. Aus diesem Grunde ist es nothwendig gewesen, ihnen nicht nur eine Viktualienzulage, sondern auch zu gleicher Zeit eine Brotzulage zu gewähren. Der zweite Grund ist folgender: Der Unteroffizier hatte früher 3 Rthlr. Gehalt, jetzt hat er 4 Rthlr., und weil man den Aufwand nicht so sehr erhöhen wollte, ist den älteren Unteroffizieren von jeder Compagnie und Escadron eine Zulage von 2 Rthlrn. gegeben worden, sie werden 6, 7 bis 8 Rthlr. haben. Ich frage einen Jeden der Versammlung, der sich einen Bedienten oder Gefinde hält, ob er für minderen Lohn einen Mann bekommen könnte, der doch wenigstens in seiner Stellung einem Kämmerer auf dem Lande oder einem Fabrik-Aufscher gleichzustellen ist, denn der Unteroffizier ist in seinem Kreise eine obrigkeitliche Person. Aus diesem Grunde scheint mir die Erhöhung des Aufwandes für eine gutgeordnete bewaffnete Macht vollkommen gerechtfertigt. Der dritte Punkt, der auch dazu gehört, ist, daß auf den Wunsch der Landstände mehrerer Provinzen Se. Maj. der König sich veranlaßt gefunden haben, die Befestigungen, die Landesvertheidigung nach allen Grenzen in gleichem Umfange auszubilden, und zu diesem Zwecke, also Posen und zu gleicher Zeit Königsberg und Löben zu befestigen. Das sind die drei Gründe, welche die Erhöhung des Militär-Etats herbeigeführt haben, und es ist doch möglich — ich will um Gottes Willen nicht dem Urtheil vorgreifen — aber es ist doch möglich, daß man sie für gerechtfertigt halten könnte.

Abgeordn. Siebig: Ich erlaube mir hierauf zu bemerken...

Marshall: Ich würde vorhin schon den Abgeordneten unterbrochen haben, weil er einen Gegenstand berührte, mit welchem wir uns nicht beschäftigen. Ich habe es aber unterlassen, weil dies nur in einer kurzen beiläufigen Bemerkung geschah. Wenn aber jetzt weiter darauf eingegangen werden wollte, so würde ich allerdings diese Hinweisung zu machen haben.

(Der Abgeordnete Lucanus berührte ebenfalls die Verminderung des Militär-Etats, desgleichen auch der rheinische Abgeordnete v. d. Heydt, welcher sich gegen eine Anleihe aussprach. Der folgende Redner, Fürst Radziwill, war für eine solche.)

Abgeordn. Brust (Kaufmann aus der Rheinprovinz): Meine Herren! Ich werde gegen die Anleihe stimmen, aber ich bin nicht auf die Tribüne gekommen, um mein Votum zu motiviren. — Ich wollte nur eine Aeußerung berichten, welche sich in dem Gutachten der Abtheilung in Bezug auf die im Jahre 1842 versammelten Ausschüsse vorfindet. Es ist nämlich pag. 1 und 2 des Gutachtens gesagt: Die Ausschüsse hätten die Frage mit großer Majorität bejaht, „daß die Ausführung eines umfassenden Eisenbahn-Systems unter Beihilfe des Staats auch dann im wohlverstandenen

Interesse des Landes liege, wenn diese Ausführung nur unter dem Vorbehalte einer möglichen, wenngleich unwahrscheinlichen Wiedererhöhung der Steuern erfolgen solle.“ — Diese Angabe, meine Herren, ist buchstäblich wahr und doch unrichtig. Sie ist buchstäblich wahr; denn wirklich haben sich die Ausschüsse damals mit 72 gegen 24 Stimmen dafür ausgesprochen, daß die Ausführung zu wünschen sei, selbst unter dem Vorbehalte einer möglichen, wenngleich unwahrscheinlichen Wiedererhöhung der Steuer; aber gleich hinterher wurde die Frage gestellt, ob die Ausschüsse wünschten, daß dieser Vorbehalt, die Wiedererhöhung der Steuern betreffend, wegfallen sollte, und da wurde mit 82 gegen 14 Stimmen sich dahin ausgesprochen, daß derselbe wirklich wegfallen möge. Ich habe noch anzuführen, daß damals selbst alle Mitglieder der Provinz Preußen sich für den Wegfall dieses Vorbehalts ausgesprochen haben. Das ist Alles, was ich anzuführen hatte.

(Die folgenden Redner, der wirkliche geheime Rath v. Massow aus Berlin und der Abgeordnete v. Metternich sprachen dann für Annahme der königlichen Proposition.)

Abgeordn. Prüfer (Rathsherr aus Görlitz): Im Allgemeinen schließe ich mich der Ansicht des geehrten Redners, welcher eben vor mir sprach, an und wollte nur bemerken, daß ich in der Prinzipien-Angelegenheit der Ansicht einiger geehrten Redner, welche vorhin sprachen, nicht beitreten kann. Es äußerte nämlich einer dieser Herren aus der Rheinprovinz, daß er nicht befähigt sei, sich über den Stand der Sache zu äußern, bevor nicht die Prinzipien-Frage vollständig abgewickelt wäre, und ein anderer Abgeordneter aus der preussischen Ritterschaft sprach gestern von diesem Plage aus, daß die Anleihe zur Ausführung des projektierten Bahnzuges nur ein ungerechtfertigtes Mittel sei, einen guten Zweck zu erlangen, und daß man diese Sache so lange in der Form ansehen müsse, bis nicht die gesetzlichen Bestimmungen des 3. Februar, insbesondere die Rückkehr des vereinigten Landtages, vollständig geordnet und gesichert seien. Es ist allerdings dabei mit bemerkt worden, daß es sich hier nicht eigentlich um die Kompetenz-Frage handle, sondern man halte sich nur nicht gerade befähigt, über diesen Gegenstand seine Meinung auszusprechen. Aber ich meine, Inkompetenz und Nichtbefähigung wäre schier identisch. — (Einige Stimmen: Bravo!) — Meine Herren! Wenn wir nach einem achtwöchentlichen Zeitraume, in welchem wir uns in diesen Räumlichkeiten bewegen, uns noch sagen wollen, daß wir inkompetent seien, so weiß ich nicht, wie wir dies zu verantworten im Stande sein werden. Die dagewesenen Verhandlungen, insbesondere über die Abreise-Frage, über die Prinzipien-Verhältnisse und die politischen Fragen, die alle in dieses Bereich gehören, haben sie nicht Zeugniß abgelegt, daß die Versammlung sich für vollständig kompetent erklärt hat? — (Eine Stimme: Bravo!) — Ich muß mich also dergleichen Aeußerungen, und namentlich der, daß die von oben herab kommende Vorlage als ein ungerechtfertigtes Mittel bezeichnet werde, entschieden widersetzen. — (Einsame Stimmen: Bravo!) — Ein anderer Abgeordneter, der geehrte Redner aus der Provinz Preußen, und zwar aus dem Stande der Städte, negirt den Bau dieser Bahn auch, und zwar darum, weil kein Geld vorhanden sei. Er meint, was auch andere geehrte Redner theilweise mitunterstützt haben, es erscheine ihm unbedenklich, daß nach einem zweiunddreißigjährigen Frieden nicht mehr Geld in der Staatskasse vorhanden wäre. Nun, auf diesen Gegenstand will ich nicht weiter eingehen, — (Heiterkeit) — weil namentlich auch eine Erklärung des Herrn Kriegs-Ministers heute hier schon die Data klar und bündig auseinandergelegt hat. Aber der zuletzt erwähnte geehrte Redner führt noch ein Beispiel auf, und zwar das eines guten Hausvaters; er spricht, ein guter Hausvater müsse mit dem Auge der Sparsamkeit seine Einrichtungen bemessen, und es scheint, als ob dieser geehrte Redner hiermit andeuten wollte, daß die Staats-Regierung bei dem Anlegen dieses Projektes nicht so recht sorglich zu Werke gegangen sei. — Ich muß gestehen, ich befinde mich nicht auf dem Standpunkte, hierüber zu urtheilen, ob bei der Entwerfung dieses Projektes die Regierung die Regeln eines guten Hausvaters beobachtet hat oder nicht, weil es mir dazu an den nöthigen Vorlagen fehlt; — (Lachen von einigen Seiten) — ich muß aber doch anheimgen, daß eine unzeitige Sparsamkeit auch in eine Nachlässigkeit übergehen, und daß eine solche Nachlässigkeit oft in den kleinsten Familien Nachtheile herbeiführen kann, die später durch die größten Opfer gar nicht mehr ausgeglichen und ersetzt werden können. Darum meine ich: Alles zur rechten Zeit und am rechten Orte!

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Nimbs.

# Extra-Blatt zur Breslauer Zeitung.

Montag, den 14. Juni 1847.

## Landtags-Angelegenheiten.

Sitzung der vereinigten Kurien am 8. Juni (Schluß.)

— — — Hiernach meine Erklärung, warum ich für den Bau und das Anleihen stimme, was ich noch besonders damit motiviren will, daß ich aus den vorliegenden Daten die Ueberzeugung gewonnen habe, wie der Staat keine Gefahr und noch weniger eine neue Last zu befürchten habe, wie im Gegentheil durch den vollständigen Bau der Bahn eine Möglichkeit herbeigeführt wird, die nicht sowohl für die Provinz Preußen, als für den gesammten Preussischen Staat, ja, wenn man will, für das ganze deutsche Vaterland eine hohe Bedeutsamkeit und Geltung gewinnt. Hier meine ich nämlich auch, daß der preussische Staat zwar eine Verpflichtung habe, zunächst für seine Provinzen und für sich selbst, dann aber auch für das gesammte deutsche Vaterland das herzustellen, was dem Ganzen frommt. Es kümmert mich hierbei nicht, ob die Provinz Preußen mehr soula- girt wird, wie jede andere! es ist mir nicht zuwider, wenn es wirklich wahr wäre, daß die Provinz Preußen früher schon hier und da begünstigt worden wäre; ich glaube vielmehr, dem muß Hilfe gewährt werden, der sie bedarf, und was dem Einen heute geschieht, kann dem Andern schon morgen unentbehrlich sein. Was nun endlich die Rentabilität, welche von so vielen Seiten in Zweifel gezogen worden ist, anlangt, so möchte ich doch auch glauben, daß diese nicht ganz unbedeutend sein würde. Es ist gesagt worden: nach Preußen hin ist wenig Güterverkehr, der Personenzug muß nur äußerst gering sein, und da liegt der Schluß nahe, was eine solche Eisenbahn einbringen kann. Aber ich meine, das ist eben der Grund, welcher uns gewissermaßen dar- auf hinführt und zwingt, unsere preussischen Mitbrüder in unseren Verkehr mit hereinzunehmen. Die jetzt schon bestehenden Bahnen werden der neuen Bahn aufhelfen, und die neue Bahn wird ihrerseits auch für die älteren eine größere Rentabilität erzeugen, so daß ich glaube, daß hier nur durch gemeinsames Einwirken ein vollständiges Ganze, eine längst gewünschte Defection erzielt werden kann. Aus diesen Gründen werde ich, wie schon erwähnt, für den Bau wie für die Anleihe stimmen und bitte die hohe Versammlung, insofern es ihr beliebt, mein Beispiel zu folgen.

Der Oberpräsident aus Potsdam v. Meding sprach ebenfalls für die königliche Proposition. Der Oberbürgermeister aus Posen Abgeordn. Raumann stellt hier- auf den Antrag: daß, falls die Versammlung die Anleihe genehmigen sollte, dieselbe nur unter der Maßgabe zu bewilligen, daß die Bahn die Richtung erhalte von Frankfurt a. d. O. durch Posen nach Bromberg und dann weiter bis zum Uebergange nach Dirschau.)

Marshall: Es fragt sich, ob der eben gemachte Vorschlag die gesetzliche Unterstützung findet? Er wird noch einmal verlesen werden.

Sekretär von Waldbott (liest vor): „Die hohe Versammlung genehmige die Staats-Anleihe zur Förderung der Herstellung einer Eisenbahn von Berlin nach Königsberg in Pr. nur unter der Bedin- gung, wenn diese Bahn die Richtung von Frankfurt an der Oder über Posen und Bromberg nach Dirschau erhält.“

Marshall: Es fragt sich, ob 24 Mitglieder den Antrag unterstützen?

(Dies geschieht.)

Derselbe wird event. zur Abstimmung kommen.

Marshall: Unter den gestern angemeldeten Red- nern ist der Abgeordnete Hansemann der letzte. Er hat einen besonderen Antrag gestellt, und es wird nöthig sein, daß der Bericht über diesen Antrag verlesen und diskutiert werde, ehe wir zur Haupt-Abstimmung selbst kommen. Das wird noch dadurch unterstützt, daß der Referent erklärt hat, daß der Bericht über den Antrag des Abgeordneten Hansemann in dem Haupt-Berichte, der uns bisher beschäftigt hat, aufgenommen worden wäre, wenn er damals schon fertig gewesen wäre. Er macht einen integrierenden Theil dieses Berichts aus. Wir kommen also jetzt zu dieser Berichterstattung.

Referent von Manteuffel II. Ich erlaube mir, die hohe Versammlung darauf hinzuweisen, daß das Gutachten, welches über die Allerhöchste Proposition er- statet ist, damit schließt, daß auf den Antrag Bezug genommen ist, welchen der Abgeordnete Hansemann eingereicht hat, und auf das deshalb erstattete besondere Gutachten. Dieses Gutachten lautet dahin:

### Gutachten

Der zweiten Abtheilung des ersten vereinigten Landtages über den Antrag des Abgeordneten Hansemann, auf Ausführung der preussischen Eisenbahn mittelst Ver- wendung der im Staatschatz befindlichen müßig lie- genden baaren Gelder oder edlen Metalle.

Der Abgeordn. Hansemann hat einen Antrag einge- reicht, welcher wörtlich dahin lautet:

„Nachdem Seine Majestät der König durch die Bil- dung des vereinigten Landtages die durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 vorgesehene, zur Kreirung von Staatsschulden erforderliche allgemeine Stände- versammlung zu schaffen geruht haben, fällt nach den sonst in allen Ländern angenommenen Grundsätzen

der Staatswirthschaftslehre jede Veranlassung weg, noch länger sehr beträchtliche Summen in baarem Gelde oder edlen Metallen müßig im Staatschatz liegen zu lassen und auf diese Weise zum größten Nachtheile der Entwicklung der Staatskräfte (wor- auf doch die Stärke der Staatsmacht vorzugsweise beruht) dem allgemeinen Verkehr zu entziehen.

Deshalb trage ich darauf an: der vereinigte Landtag möge seine Majestät den Kö- nig ehrenfurchtoll bitten, das Allerhöchstdieselben zu befehlen geruhen wollen, daß die preussische Ostbahn nicht vermittelst Aufnahme eines Anlehens, sondern durch Verwendung der im Staatschatz müßig liegen- den baaren Gelder und Metalle baldigst hergestellt werde.“

Der unterzeichneten Abtheilung, welcher die Begut- achtung der Allerhöchsten Botschaft, betreffend die Kontra- hierung einer Anleihe behufs beschleunigter Herstellung der östlichen Eisenbahn obliegt, ist auch die gebachte Petition zur Vorberatung zugetheilt worden. — Die Abtheilung hat bereits in dem Hauptreferate die Ansicht aufgestellt, daß es nicht allein zweckmäßig, sondern selbst durch die Nothwendig- keit bedingt sei, alle die Anträge mit dem Gutachten über eine Allerhöchste Botschaft in Verbindung zu stellen, welche bei Berathung über die letztere als ein Amendement zu den dort vorgeschlagenen Maßregeln von den Petenten selbst hätten angebracht werden können, und es ist daher auch über die vorliegende Schrift von der Abtheilung in Vorberatung ge- treten worden. — Nur eine einzelne Stimme war der An- sicht, daß jener Grundsat auf den vorliegenden Antrag nicht Anwendung finden könne, da dieser eine gänzliche Umänderung eines bisher bestehenden Verhältnisses verlange; von dieser einen Stimme ward daher die Verweisung der Petition an eine Abtheilung der Kurie der drei Stände beantragt. — Die übrigen Mitglieder der Abtheilung verwiesen jedoch auf den ausdrücklichen Wortlaut der Petition, nach welchem nur der Bau der östlichen Ostbahn aus den Mitteln des Staatschatzes beantragt werde, und glaubten annehmen zu müssen, daß der Antragsteller, wenn er an die Stelle der vorgeschlagenen Staatsanleihe die Mittel zum Bau der Eisenbahn anderweitig zu entnehmen wünsche, wohl schwerlich gemeint sein könne, hierüber zu schweigen, wenn über eben diese Anleihe verhandelt werde; sie glaubten, daß der Antragsteller den Gegen- stand jedesmal bei der Allerhöchsten Proposition anregen müsse, sowohl Kraft seines eigenen Rechtes, als in Betreff der Pflicht gegen die hohe Versammlung, welche beide ihm veran- lassen dürften, einen von ihm als heilsam anerkannten Vorschlag bei der betreffenden Beschlußnahme über die Allerhöchste Botschaft näher zu begründen. — Dies vorausgeschickt, ward dem Gegen- stande selbst näher getreten und namentlich auf die Entste- hung des Staatschatzes zurückgegangen.

Derselbe ist in seiner jetzigen Weise ins Leben gerufen wor- gen, als im Jahre 1820 die gesammte Finanzlage des Staats geordnet ward. In der Allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 17. Januar 1820 (Gesetz-Sammlung pro 1820, Seite 23) heißt die hierauf bezügliche Stelle wörtlich:

„Ersparnisse, welche solchergehalt im Laufe der Admi- nistration ermittelt werden, so wie auch nach vorheriger Deckung der Rest-Ausgaben die Rest-Einnahmen bis Ende 1819 nebst allen erwanigen, dem Staate zu- gehörenden Beständen der Haupt-Kassen in baaren Gel- dern oder Effekten, ferner jede Mehr-Einnahme bei der laufenden Verwaltung sollen besonders gesammelt und von den resp. Ministerien mit noch anderen von Mir, den Umständen nach, dahin zu verweisenden zu- fälligen Einnahmen dem Staats-Minister Grafen von Lottum, dem Ich die Bildung eines Staats- chatzes in seiner Funktion als Chef des Schatz-Mini- steriums und der General-Kontrolle hiernit übertrage, zur besonderen Berechnung überliefert werden.“

Ueber die Grundsätze, nach welchen dieser Staatschatz in Gemäßheit der vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen gesam- melt und verwaltet worden ist, enthält eine für diese hohe Versammlung als Manuscript gedruckte Denkschrift vom 6. April d. J. die näheren Angaben. — Eine einzelne Stimme der Abtheilung glaubte nun, daß durch jene, die Entstehung des Staatschatzes in seiner jetzigen Weise begründende Aller- höchste Kabinets-Ordre und durch den Inhalt der Denkschrift bereits die Wiederlegung der zum Bericht stehenden Petition begründet werde, da eben in dem Wesen eines Staatschatzes es liege, daß derselbe zu regelmäßigen laufenden Ausgaben nicht benutzt werden dürfe, eine solche Ausgabe müsse aber in den Kosten für die östliche Eisenbahn um so mehr erblickt werden, als in dem Staatshaushalte ein bestimmter Titel zur Förderung des Eisenbahnwesens bestche. — Die übrigen Mitglieder der Abtheilung hielten jedoch mit dieser lediglich theoretischen Auffassung die fragliche Angelegenheit um so we- niger für erledigt, als in der Denkschrift angegeben sei, daß der Staatschatz keine anderen Ausgaben irgend einer Art lei- sten dürfe, als zum Zwecke der Kriegsrüstung. — Es frage sich daher, in welcher Vorchrift diese Bestimmung begründet und ob sie überhaupt als zweckmäßig zu erachten sei? — Hierüber haben den Herrn Schatz-Ministers Excellenz der Ab- theilung die Auskunft erteilt, daß die ausschließliche Bestim- mung des Staatschatzes zu Kriegszwecken in den ausdrück- lichen Befehlen des hochseligen Königs Majestät, so wie des jetzt regierenden Königs Majestät, begründet, daß aber die Nothwendigkeit einer solchen Anordnung eben so unzweifelhaft sei, als die Euphorie derselben. — Die politische Lage Preußens erfordere, daß sich dasselbe zu den Staaten ersten Ranges zähle; die geographische Lage aber, daß diese Stel- lung durch eine stets schlagfertige Heeresmacht begründet werde; es müsse Preußen bei allen Gelegenheiten der Erste im Felde sein, es müsse bei bedrohlichen Zeitläuften sein Heer nicht erst konzentriren und demnach erst entsenden, sondern an den Grenzen des Reiches gerüstet entwickeln und hierdurch, wenn es gelte, nicht allein eine Schutzmauer hinstellen für das Vaterland, sondern auch die Angriffswaffe in der Hand führen gegen jede feindliche Macht. — Diese Noth-wendigkeit sei auch nicht erst seit der Entwicklung der jetzigen europäischen Staatsslage entstanden, sondern sei schon richtig von allen den preussischen Fürsten erkannt wor- den, die dem Vaterlande diejenige hervorragende Stellung er- kämpft hätten, die es jetzt einnehme; der preussische Staats-

chatz sei daher von je besonders gepflegt und als das Mittel betrachtet worden, außerhalb des Reiches die innere Wohl- fahrt zu sichern. — Wenn nun auch von dem Petenten be- hauptet worden, daß seit der Gesetzgebung vom 3. Februar 1847 es eines Staatschatzes nicht mehr bedürfe, da die stän- dische Zustimmung stets bereit sein werde, die Mittel zu außer- ordentlichen Ausgaben für die angebotenen Zwecke zu bewil- ligen, so stehe diese Bereitwilligkeit zwar über jedem Zweifel, die Negozirung einer Anleihe werde aber doch immer einen Zeitaufwand bedingen und eine öffentliche Darlegung der ge- fassen Beschlüsse involviren, während Fälle eintreten könnten, wo das Schwert eben so schnell als unverhofft zu ziehen sei. — Andererseits könne aber auch der Nachtheil, welchen der Antragsteller in der Häufung baarer Gelder im Staatschatz erblicke, nicht in der aufgestellten Weise zugegeben werden. Es sei hierbei nicht mit in Anschlag gebracht worden, daß die Mittel des Staatschatzes im entscheidenden Momente geradezu viel bedeutendere Verluste verurtheilen würden. — Bei bedroh- lichen Zeitläuften sei die Kontrahierung einer Anleihe stets nur unter ungünstigen Verhältnissen zu bewirken; es würde aber alsdann eine solche nicht auf den ersten und nächsten Bedarf zu beschränken, sondern auf die Summe auszubehalten sein, welche bis zur muthmaßlichen Beendigung der kriegerischen Zustände erfordert werde. Wollte man alsdann nur bei den ersten Rüstungskosten stehen bleiben, so werde eine solche De- monstration hierdurch von selbst jeden Gewichts verlustig gehen, die Nachtheile aber, welche bei Aufnahme einer bedeu- tenden Anleihe während kriegerischer Zeitverhältnisse dem Staat treffen müßten, würden bei weitem diejenigen Bedenken über- wiegen, welche gegen die Ansammlung baaren Geldes im Staatschatz aufgestellt werden könnten. — Die Abtheilung trat diesen Ausführungen vollkommen bei, glaubte aber in ihrer Majorität dies mit um so größerem Bewußtsein thun zu können, wenn der Zustand des Staatschatzes selbst näher bekannt und hierdurch die Möglichkeit gewährt werde, die Vortheile und Nachtheile abwägen zu können, welche in der Ansammlung der baaren Mittel desselben zu suchen seien. — Hierüber ist jedoch eine Auskunft nicht erteilt worden, da durch dieselbe gerade das Gewicht, welches dem Staatschatz in politischer Bedeutung beigelegt werden müsse, wiederum aufgehoben werde. — Die Abtheilung mußte auch diese Be- denken anerkennen, und sie glaubte, daß vielleicht keine drin- gendere Gelegenheit, als die vorliegende, der hohen Versamm- lung sich darbieten dürfte, um dem Gouvernement zu zeigen, daß sie ihm volles Vertrauen zu gewähren bereit sei, wenn es sich darum handle, die Bedeutung und den ungeschmälerten Einfluß und Glanz des Vaterlandes zu erhalten und zu sichern. — Hiernach ist die Abtheilung einstimmig der Ansicht, daß das Bestehen eines Staatschatzes zu dem ausschließlichen Zwecke der Kriegsrüstung in dem wahren Wohl des preus- sischen Staates beruhe, und daß daher auch dem vorliegenden Antrage nicht stattzugeben sei, nach welchem, diesem Grund- satze entgegen, die Mittel zur Erbauung der östlichen Eisen- bahn aus dem Staatschatz entnommen werden sollen.

Die Abtheilung schlägt daher vor:

Die Petition zurückzuweisen.

Berlin, den 18. Mai 1847.

Die zweite Abtheilung des ersten vereinigten Landtages. Gr. zu Dohna-Lauke. Gr. zu Solms-Sonnenwalde. Braemer. Zimmermann. Ruskke. Merken. v. Gordon. Müller. Freiherr von Manteuffel II. v. Döfers. Freiherr von Ellen-Borg. v. Kurczewski. Freiherr von Kriesen.

Marshall: Da die Abtheilung diesen Antrag nicht befürwortet hat, so ist, ehe er zur Berathung kommt, zu ermitteln, ob der Antrag die gesetzliche Un- terstützung von 24 Mitgliedern findet.

(Wird hinreichend unterstützt.)

(Aus dem nun folgenden Vortrage des Abgeordne- ten Hansemann, welcher sich gegen die königl. Pro- position ausspricht, heben wir denjenigen Theil hervor, welcher vom Staatschatz handelt. Der Abgeord- nete begann:) Und so gehe ich denn dazu über, die Frage des Staatschatzes zu erörtern. Ich werde, in- dem ich dies thue, gewiß kein Wort sagen, was dem Staatskredit schaden könnte; im Gegentheil, wenn der Gegenstand gründlich erörtert wird, kann dies nie über- haupt jede gründliche Erörterung hier, nur zur Stär- kung des Kredites insofern, als er auf die Kräfte des Staats basiert ist, beitragen. Der einzige Eindruck, der daraus für das Geldpublikum hervorgehen möchte, könnte nur darin bestehen, daß eine wesentliche Reform zu wünschen sei. Ich verkenne nicht, indem ich vom Staats- chatz rede, daß ich einer gewissermaßen traditionellen Meinung entgegenstehe, dahin gehend, daß auf dem Be- stehen eines solchen Staatschatzes die Größe und Si- cherheit Preußens vorzüglich mit beruhe. — Es fragt sich nun zuvörderst, was der Begriff dieses Staatschatzes ist. Ich definire ihn so, — und das ist es, was ich als nachtheilig halte: — das Niederlegen von Geld in Kellern oder sonst, also die Entziehung dieses Geldes aus dem Verkehr. Die Frage, ob und welche Sum- men überhaupt der Staat disponibel haben müsse für außerordentliche Eventualitäten, ist eine ganz andere. Der Staat kann sehr gut solche Summen disponibel halten, ohne daß er dadurch das Geld dem Verkehr ent- zieht. Einmal angenommen, daß solches Geld auf diese Weise rentbar gemacht werden sollte, wie ich wünschte, daß es geschehe, so gehört zu einer guten Finanzverwal- tung — ich spreche immer nach meiner Meinung, gebe aber gern zu, daß ich irren kann, — so gehört zu einer guten Finanz-Verwaltung, daß diese Gelder ganz sicher und doch rentbar untergebracht werden. Dies kann nun vollständig geschehen, wenn man eine gut organi- sirt Nationalbank, die aber nicht für Rechnung des

Staats, sondern für Rechnung von Privaten besteht, besitzt. Indem der Staat das müßige Geld bei einer solchen Bank deponiert, wird es dort zum Diskontiren von Wechseln oder auf andere sichere Weise nützlich rentbar gemacht. Ganz abgesehen von derjenigen Summe, die bei uns im Staatschatz ist, werden bei uns, wie in anderen Staaten, auch andere Fonds aus verschiedenen Klassen in ähnlicher Weise mit gleichem Nutzen verwendet. Nun, meine Herren, gehe ich dazu über, Ihnen die Nachtheile, welche der Nation aus dem bei uns adoptirten Müßigliegen des Geldes erwachsen, darzustellen, und ich muß Sie bitten, mir einige Aufmerksamkeit zu schenken. Der Gegenstand ist an und für sich trocken, aber von sehr großer Wichtigkeit. Ich habe nach Wahrscheinlichkeits-Rechnungen gewisse Muthmaßungen über den ungefähren Umfang des Staatschatzes, der jetzt müßig liegt, — und wenn ich meine Muthmaßung hier ausspreche, so werden sie gewiß nicht dem Staatskredit schaden, darauf verlassen Sie sich. — Meine Meinung geht dahin: Ich verlange keinesweges eine Erklärung darüber, ob und inwiefern sie richtig sei; ich führe aber eine Muthmaßung an, damit ich diejenige Rechnung Ihnen deutlicher machen könne, die ich über die bestehenden Nachtheile demnächst zu machen habe; — meine Muthmaßung also ist, daß die in dem Staatschatz müßig liegenden Gelder weit über 30 Millionen Thaler betragen. Nach der von dem Herrn Schatzminister uns mitgetheilten Denkschrift sind sämtliche Gelder des Staatschatzes baar vorhanden, mit alleiniger Ausnahme von etwa 2 Millionen Thalern, die in Staatsschuld-scheinen angelegt sind. Um nun die Rechnung der aus diesem Zustande entstehenden Nachtheile Ihnen deutlich zu machen, nehme ich an, die runde Summe von 30 Millionen Thalern läge baar müßig.

(Einige Unruhe.)

Wenn wir ein Kapital zu 4 pCt., dem gewöhnlichen hypothekarischen oder Wechsel-Zinsfuße, unterbringen und jährlich die Zinsen zum Kapital schlagen und wieder unterbringen, so ist das Kapital in 18 Jahren verdoppelt, es ist in 28 Jahren verdreifacht und in 36 Jahren vervierfacht. Wir würden aber, um die Nachtheile zu ermessen, die aus diesem Müßigliegen des Geldes entstehen, unrichtig rechnen, wenn wir hierbei den Zinsfuß zu 4 pCt. nur annehmen; denn in der Volkswirtschaft ist das Verhältniß anders. — Der Kapitalist, der das Geld auf Hypothek ausleiht oder Wechsel damit diskontirt, zieht nur 4 pCt.; aber derjenige, der dieses Geld verzinst, gewinnt abermals damit. Man glaubt gewöhnlich, daß das Hauptkapital der Nation sich in den Händen einer nicht großen Zahl von Personen befinde; — dies ist ein Irrthum. Gerade die kleinen Kapitale summirt, machen den Haupttheil des National-Vermögens aus. Ich kann Ihnen dies durch ein paar Umstände vollständig klar machen. Bei der Klassensteuer bringen die beiden untersten Stufen bis zu 8 Rthl. vier Fünftel des Gesamt-Ertrages auf und alle höher stehenden Stufen nur ein Fünftel. Jene vier Fünftel nun fassen die Leute in sich, die nur ein kleines Gewerbekapital besitzen, und nur wenige Menschen giebt es unter denen, die irgend ein Gewerbe treiben, welche nicht etwas Gewerbekapital besitzen; selbst der Tagelöhner besitzt ein solches in seinem Spaten. Ein anderer Beleg für diese Behauptung besteht darin, daß nach den Angaben eines englischen Schriftstellers das Einkommen, wovon 3 pCt. bezahlt werden, nämlich das Einkommen, welches 1000 Rthl. oder darüber beträgt, in Großbritannien auf 1250 Millionen Thaler, während das Einkommen von weniger als 1000 Rthl. auf 3350 Millionen Thaler berechnet ist. Sie sehen also, daß sich in England, wo man Ermittlungen des Einkommens gemacht hat, auch das Verhältniß von 1 zu 4 herausgestellt hat. Daß nun das Kapital in so verschiedener Weise, auf Ackerbau, Industrie oder ein kleines Handwerk verwendet, viel mehr gewinnt als 4 pCt., wird Ihnen auch daraus klar werden, daß ein Jeder, der Geschäfte gemacht und vom Kleinen zum Größeren sich emporgeschwungen hat, beim Nachsehen des Verdienstes finden wird, daß er mit dem kleinen Kapital verhältnißmäßig gewöhnlich wenigstens das Doppelte von dem verdient hat, was er mit dem großen erwarb. — Aus diesem Allen folgt, daß sehr viel erworben werden kann für die Nation an Wohlstand und an Verbesserung der Gewerbe und des Ackerbaues mit dem Kapitale, was dort müßig in den Kellern liegt, und daß wir nicht eine Rente zu 4 pCt., sondern durchschnittlich wohl eine zu 8 pCt. hierfür annehmen dürfen. Nehme ich sie zu 8 pCt. an, so ist das Kapital in 9 Jahren verdoppelt, in 14 Jahren verdreifacht und in 18 Jahren vervierfacht. Für diejenigen aber, die glauben möchten, es wäre die Annahme von 8 pCt. eine zu hohe, will ich auch den Mittelsatz zu 6 pCt. angeben. Bei demselben verdoppelt sich das Kapital in 12 Jahren, in 19 Jahren verdreifacht und in 24 Jahren vervierfacht es sich. Nun ziehe ich das Resultat: wenn 30 Millionen Thaler bei Annahme einer Rente von 8 pCt. 9 Jahre todt gelegen haben, so ist es gerade so, als wären sie verloren, sie sind der Nation entzogen; haben sie 18 Jahre müßig gelegen, so sind der Nation 120 Millionen entzogen. Das ist ein Gegenstand, meine Herren, der eine große, eine sehr große Beachtung verdient. Wenn man nun da-

gegen, wie es im Gutachten heißt, anführt, man müsse doch ein solches Geld müßig im Staatschatz liegen haben, denn wenn man Anleihen machen wolle, würde man sonst daran verlieren, so ist das Verhältniß folgendes: Angenommen, daß die Nation das müßig liegende Kapital zu 8 pCt. rentbar machen könnte, so würde sie nach 9 Jahren schon das aus einer Anleihe auskommende Geld, diese möge zu 20, 30 oder selbst 60 Prozent Verlust gemacht werden, im Vergleich gegen jenes Müßigliegen, rein gewonnen, rein gefunden haben. Die Nation steht sich also unendlich besser dabei, wenn sie ihr Geld weit unter dem Course leiht, als wenn sie ihr Geld müßig liegen sieht. Bedenken Sie, wenn auf diese Weise große Summen dem Nationalwohlstande entzogen werden, wie das auf denselben einwirken muß! Wie würde er sich ganz anders entwickeln, wenn das nicht geschähe! Es ist von dieser Stelle schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Entwicklung des nationalen Wohlstandes in unserem Vaterlande in den letzten 10 bis 15 Jahren nicht gleichen Schritt gehalten habe mit anderen Ländern: nun, ich behaupte, daß dieses Ansammeln von müßig liegendem Gelde eine der Ursachen davon ist; ich behaupte, daß, wenn Sie den Leuten die Steuern abnehmen und legen das Geld nachher müßig hin, Sie der Nation eine ungeheure Last aufbürden, die, wenn Sie damit fortführen bis in große Summen hin, die Nation verarmen lassen würde. — Das Wohl meines Vaterlandes liegt mir lebhaft am Herzen, und deshalb verzeihen Sie, wenn ich bei einem Gegenstande, wie dieser, der sonst trockener Natur ist, lebhaft geworden bin. Ich kann nicht umhin, denselben als einen solchen zu betrachten, der die nationale Größe des Staats sehr nahe betrifft. Ich habe nun die Gründe zu denjenigen Bemerkungen vorgetragen, die meine Petition enthält, und modifizire dieselbe durch ein Amendement folgenden Inhalts: „Se. Majestät den König ehrenvoll zu bitten, daß Allerhöchstdieselben vorläufig die Verwendung von 10 Millionen Thaler aus dem im Staatschatz liegenden baaren Geldern zum kräftigen Angriff des Baues der preussischen Ostbahn anordnen möge.“

Staats-Minister von Thile: Durch die eben zur Berathung vorliegende Petition finde ich mich in die Nothwendigkeit versetzt, die hohe Versammlung darauf aufmerksam zu machen, daß auf die Gelder des Staatschatzes zu dem Zwecke des Eisenbahnbaues nach Preußen nicht zu rechnen sein möchte, weil der Staatschatz eine spezielle Bestimmung hat, die mit einer solchen Verwendung unverträglich ist. Um dies einigermaßen zu erklären und zu rechtfertigen, möge es mir vergönnt sein, auf die Natur und Bedeutung des Staatschatzes für unsere Monarchie etwas näher einzugehen, als ich es schon früher bei der Berathung in der Abtheilung gethan habe, und dazu muß ich damit beginnen, einen kurzen Blick auf die politische Stellung des preussischen Staates zu werfen. — Der preussische Staat liegt inmitten aller Großmächte von Europa, wie Deutschland in der Mitte aller europäischen Länder. — Es kann in Europa kaum ein bedeutender Krieg sich entzünden, an dem Preußen und Deutschland nicht Theil zu nehmen haben, in den sie nicht verwickelt würden. — An Menschenzahl und materiellem Reichthum stehen wir weit hinter unseren mächtigen Nachbarn zurück. Der Staat ist in einem schmalen Länderstreif auf 200 Meilen Länge auseinandergebreitet, von der Grenze des einen Großreiches bis zur Grenze des andern. Ein Theil unserer Armees hat 150 Meilen zu marschiren, ehe er diese äußeren Grenzen erreicht. In einer solchen politisch nachtheiligen Lage befindet sich Preußen. Was haben wir denn für Mittel, diese Nachtheile aufzuwägen? Kein anderes, als den alten preussischen Geist, Schnelligkeit und Entschlossenheit im Handeln. Aber den Geist haben nicht wir allein, unsere Nachbarn machen auch auf Geist, auf kriegerischen Geist Anspruch, und es würde ein schlechtes Zeugniß für unseren eigenen sein, wenn wir diesen Anspruch nicht in seiner vollen Gültigkeit anerkennen wollten. Ein Pfund also bleibt uns übrig, womit wir zu wuchern haben: die Schnelligkeit im Entschluß und in der Ausführung, und dazu dienen uns zwei eigenthümliche Hülfsmittel: zuerst unsere unvergleichliche Heer-Verfassung und dann — unser Kriegsschatz. — Wir haben ein altes Vorrecht zu wahren; es mag mir erlaubt sein, es so zu nennen, das Vorrecht, überall zuerst auf dem Kampfsplatz zu sein, und dieses Vorrecht müssen wir unerschütterlich aufrecht erhalten und unseren Nachkommen übergeben, weil es die Bedingung unserer Existenz ist, und an unsere Existenz und Geschicke sind die von ganz Deutschland innig geknüpft und damit ver wachsen. Man hat uns zuweilen die Vorseher von Deutschland genannt, und ich glaube, daß wir ohne Annahme diesen Namen acceptiren können. Wir sind nicht der mächtigste Staat in Deutschland, aber jener mächtigere, der neben uns steht, ist zum Vorseher für Deutschland durch seine geographische Lage nicht so berufen, wie wir. Wir aber haben diesen Beruf, weil unsere Länder überall die Vorhut von Deutschland bilden und die Gegner erst über unsere Leiber gehen müssen, ehe sie in Deutschland weiter eindringen können. — Preußen ist gewiß weit entfernt davon, jemals einen ungebührlichen Einfluß auf und in Deutsch-

land ausüben zu wollen; aber den Einfluß, den uns Gott selbst durch unsere Lage gegeben hat, haben wir zu wahren und aufrecht zu erhalten, den moralischen Einfluß, daß Deutschland wisse, daß ihm Preußen überall im Augenblicke der Gefahr eine feste und starke Vormauer sei; und diejenigen, die uns die Mittel dazu verkürzen wollen, handeln, wenn auch völlig unabsichtlich, gegen das preussische und gegen das deutsche Interesse. — Die Petition stützt sich besonders auf zwei Gründe; es wird zuerst gesagt, seitdem eine ständische Versammlung freit sei, bedürfe es keines Kriegsschatzes mehr, weil das legale Mittel dadurch gegeben wäre, in jedem Augenblick eine Anleihe zu machen. Dieser Grund ist nach meiner Ansicht unhaltbar, es stehen ihm zwei große Schwierigkeiten entgegen. Wenn ein Krieg auszubrechen droht, so ist oft nicht die Zeit vorhanden, eine rechtzeitige Anleihe zu machen, und oft sind auch die Konjunktoren dazu nicht günstig. Ich bitte um die Erlaubniß, ein wenig in die preussische Geschichte zurückgehen zu dürfen. Im Jahre 1830 kam der Anlaß, der uns die Waffen in die Hand zu nehmen zwang, wie ein Blitz aus heitrer Luft, und acht Wochen darauf stand ein Theil unserer Armee gerüstet an den Grenzen der Monarchie, unsere Festungen waren armirt und konnten in jedem Augenblicke eine Belagerung bestehen. Der übrige Theil unserer Armee war marschfertig und jeden Moment des Winkes gewärtig, auf den Kampfsplatz zu gehen. Wenn des hochseligen Königs Majestät genöthigt gewesen wäre, erst eine Stände-Versammlung zusammenzuberufen in größerer oder kleiner Zahl, das ist hier gleichgültig — wenn er sie erst von der Nothwendigkeit einer Anleihe hätte überzeugen müssen und erst, nachdem er ihr diese Ueberzeugung gegeben hätte, Anleihen im Auslande hätte negoziiren müssen, wir hätten 4 oder 5 Monate über diese Operationen verloren, und dann erst hätte das geleistet werden können, was jetzt in den ersten 48 Stunden geleistet werden konnte, weil die Mittel dazu baar dalagen. Ich muß noch etwas weiter in der preussischen Geschichte zurückgehen. Wenn Friedrich II. im Jahre 1756, als er erfuhr, daß halb Europa sich gegen ihn verbunden habe, um ihn zu vernichten, genöthigt gewesen wäre, erst mit den Ständen, dann mit den Geldmännern zu negoziiren, ich frage, meine Herren, ob es ihm möglich geworden wäre, mit Sturmes-Eile bis in die Mitte von Böhmen vorzudringen, den Gegner unvorbereitet zu überfallen und dadurch dem ganzen Kriege die Wendung zu geben, die er bekommen hat, und an der des Königs und der Monarchie Existenz hing. Hätte er keinen Kriegsschatz gehabt, seit 90 Jahren spräche man vielleicht in Europa nicht mehr von einer preussischen Monarchie. Ich komme auf das Jahr 1840. Wir haben damals keinen Krieg gehabt, die passive, aber desseunungsachtet imposante und entschiedene Stellung, welche Preußen und Deutschland beobachteten, hat, wie wir Alle wissen, die Kriegswolken ohne Schwertschlag auseinandergetrieben, welche, schwarz genug aufgethürmt, jeden Augenblick einzuschlagen drohten. Diese passive und doch imposante Stellung konnte der König aber nur bis zum letzten Augenblick beobachten, weil er wußte, daß Mittel bereit lagen, um in jedem Moment, wo er es nöthig finden würde, schnell zu rüsten und doch der Erste auf dem Kampfsplatz zu sein. In beiden Zeitpunkten, 1830 und 1840, hat der Kriegsschatz uns zwei sehr große Anleihen erspart; wäre er nicht vorhanden gewesen, so hätte der letzte Augenblick nicht abgewartet werden können, man hätte augenblicklich bei den ersten Zeichen der Gefahr damit anfangen müssen, Anleihen zu machen, und zwar nicht solche, welche sich eben nur auf den spärlichsten Bedarf beschränkt hätten für die Kosten der ersten Ausrüstung, denn in Kriegszeiten macht und erlangt man nicht alle acht Wochen Anleihen, man hätte sich, wenigstens für die ersten Eventualitäten des Krieges, mit Geld versorgen müssen, und die Anleihen wären also unendlich höher gekommen, als die Ausgaben gewesen sind, welche jetzt der Staatschatz zu bestreiten gehabt hat. Wir hätten sie mit unsäglichen schweren Opfern einkaufen müssen, und Kinder und Kinderkinder hätten noch daran zu zahlen gehabt. Und das führt mich denn ein-fach auf das zweite Moment in der Petition: Es sei gegen alle gute staatswirtschaftliche Theorie, baare Gelder müßig niederzulegen. Eine bloßer Abstraktion hinzubom Leben abläßt und sich in jeder Hinsicht, wie sie sind, ist fehlerhaft, ohne die Dinge anzusehen, wie sie sind, ist fehlerhaft und führt zu falschen Schlüssen; ich glaube, dies so eben nachgewiesen zu haben. — Ich habe oft gehört, zum Kriegsführen brauche man eigentlich nicht viel Geld, man brauche ihn nur in Feindes-Land zu spielen und auf Feindes-Rechnung zu zehren. Das ist sehr leicht aus gesprochen, aber weit schwerer aus geführt. Die Männer, welche den Krieg mitgemacht und ihn in einem Alter mitgemacht haben, wo sie ihn schon mit Mannes-Auge haben überschauen können, wissen das besser. Wenn ich alle Bedürfnisse hier aufzählen wollte, welche zu einer Kriegsführung und selbst zu einer ersten Ausrüstung zum Kriege nöthig sind, so würde ich eine sehr lange Liste vor mir haben, mit der ich die hohe Versammlung nicht ermüden möchte. Ich will nur ei-

nen Punkt beispielsweise hervorheben: den des Solbes und der Verpflegung der Armee. — Wenn unser Heer von dem sehr mäßigen Friedensfuß beim Ausbruche eines Krieges auf einmal auf die dreifache Höhe gehoben werden soll, so liegt auf der Hand, daß die Staatskassen, welche auf ihre gewöhnlichen Einnahmen angewiesen sind, unmöglich eine solche dreifache Sold- und Natural-Verpflegung der Armee auch nur drei Monate lang durchführen könnten. — So lange aber, als es preussische Fahnen im Felde gegeben hat, ist es stets ein unerschütterlicher Grundsatz gewesen, daß unsere Armee ohne Sold nicht leben kann. Diesen Grundsatz haben wir heilig und fest zu bewahren. Eine Armee ohne Sold wird eine Räuberbande, weil sie eine werden muß. Wo es an Allem fehlt, und wo der Soldat den Sold nicht erhält, auf den er angewiesen ist, und worauf er im Felde ein dreifaches Recht hat, da ist es ganz natürlich, daß er zugreift und nimmt, was er und wo er findet, in Freundes, wie in Feindes Land. Keine Bande der Mannszucht sind im Stande, dies zu verhindern. Diese Bande lösen sich und zerreißen am Ende. Man führt den Krieg auch nicht immer in Feindes Gebiet, wir haben ihn oft genug im eigenen Lande gesehen, und wer mag dafür einstehen, daß uns nicht wieder Aehnliches begegnen könnte? Im Jahre 1830, wo wir keinen Krieg hatten, war ein großer Theil unserer Armee auf den Kriegsfuß verstärkt, und ein halbes, vielleicht ein ganzes Jahr mußte sie in dieser Weise in unseren eigenen Provinzen stehen. Meinen Sie, daß die Staatskassen im Stande gewesen wären, die Truppen zu besolden und zu verpflegen? Sie hätten es nicht gekonnt. Der Staatsschatz hat die Ausgabe bestreiten müssen, und nur dadurch ist die Zeit vorübergegangen ohne Druck und ohne schwere Lasten für das Land. — Im Jahre 1813 aber, sagt man, hatten wir Truppen und führten Krieg, ohne Geld zu haben, das ist wahr. Wir haben 1813 mit einem kleinen Haufen im Anfang und ohne Geldmittel Großes ausgeführt, allein das Jahr 1813 ist nicht als Maßstab für die gewöhnlichen Verhältnisse der Dinge anzulegen. Eine beispiellose Volksbegeisterung hat damals freilich möglich gemacht, was sonst unmöglich gewesen wäre. Wir wissen aber auch noch wohl, was zu ihr geführt hat: Eine jährliche Taufe der Leiden und Demüthigung. Ich glaube, wir werden nicht wünschen, um einen solchen Preis Aehnliches wieder zu erleben. Die Frucht war vortrefflich, die Wurzel um so bitterer. Aber auch damals sind wir nicht ohne Kriegsschatz gewesen. Wir haben mit englischen Geschützen, mit englischen Gewehren, mit englischen Montirungen, mit österreichischem Pulver, das wir auf Kredit erhielten, den Krieg angefangen, unsere Festungen armirt und unsere Schlachten geschlagen. Es wird Vielen unter Ihnen, meine Herren, noch im Gedächtnis sein, wie viele rothe und hellblaue Röcke wir damals in der Armee statt der preussischen Farben gesehen haben.

(Von vielen Seiten Zeichen der Bestätigung.) Wir hatten also auch damals einen Kriegsschatz, wir fanden ihn in der Freundschaft und in der Hülfe unserer Verbündeten; aber auch innere Hülfsmittel mußten hinzutreten; gezwungene Anleihen mußten gemacht, nochgedrungene Lasten auf das Volk gelegt werden. Sie erinnern sich dessen ja hinreichend. — Das ist es, was ich zur Rechtfertigung des Bedürfnisses eines Kriegsschatzes für Preußen im Allgemeinen zu sagen hatte. Ich komme nur noch mit wenigen Worten auf die letzte Rede, die wir eben vernommen haben. Der geehrte Redner hat seine Ruchmachungen über die Höhe des preussischen Staatsschatzes ausgesprochen, und ich bin ihm für diese Eröffnung, die er der hohen Versammlung gemacht hat, sehr dankbar. Ich theile auch seine Hoffnung, daß diese von ihm gemachte Eröffnung dem preussischen Staats-Kredit nichts geschadet hat, vielleicht auch nichts genügt. Ueber die Höhe des preussischen Staatsschatzes bin ich indeß durch Amtspflicht gebunden, in der Nothwendigkeit, fortwährend ein Still-schweigen beobachten zu müssen; und muß es dahingestellt sein lassen, was die hohe Versammlung darüber glauben will, ob der geehrte Herr Redner in seiner Angabe die Wahrheit getroffen hat oder nicht. Nur eines habe ich zu bemerken: der Herr Redner hat zugestanden, daß Preußen einen großen Reserve-Fonds an Geld, der jeden Augenblick disponibel zu machen wäre, haben müsse. Wenn er nun supponirt, daß der Staatsschatz 30,000,000 Rthlr. betragen möge, und verlangt, daß davon 26 bis 34,000,000 Rthlr. für die Eisenbahn entnommen werden sollen, so will es mit sehr zweifelhaft erscheinen, ob die hohe Versammlung damit einverstanden sein würde, das der Ertrag dieser Bahn jenen hinreichenden und stets disponiblen Reserve-Fonds genügend darbieten würde. — In dem Amendement ist die Summe von 26,000,000 Rthlr. auf 10,000,000 Rthlr. reduziert worden; aber wenn der Staatsschatz auch nur 10 Millionen über den wirklich nothwendigen Bedarf, den sein Zweck erfordert, hätte, so würde ich der Erste sein, der in die Klage über Unwirtschaftlichkeit mit einstimme. Denn die Wirtschaftlichkeit der Regenten soll allerdings eine staatswirtschaftliche, also nicht darauf berechnet sein, viele Millionen ohne Noth und über die Noth todt niederzuliegen.

Ich kann mit Vergnügen versichern, meine Herren, daß dies nicht der Fall ist. Wenn der Staatsschatz die Höhe erreicht hat, die die Weisheit Sr. Majestät des Königs für das dringende Bedürfnis der Kriegsführung als ausreichend erachten wird, dann — ich glaube die Versicherung aussprechen zu dürfen — wird kein Thaler mehr hineingelegt werden. Ob der Moment, daß der Schatz diese Höhe erreicht hat, schon jetzt da ist oder noch in weiter Ferne liegt, darüber habe ich mich aus den angeführten Gründen nicht zu äußern. Ich darf noch ein zweites zu Beruhigung hinzufügen. In Zeiten großer Landes-Kalamität, wie namentlich die gegenwärtige ist, darf man, nach meiner innigen Ueberzeugung, sich versichert halten, es wird in solchen Zeiten kein Geld in den Staatsschatz niedergelegt werden. Se. Majestät der König wird gewiß nie die Augen von der gegenwärtigen und dringenden Noth abwenden, um an die Befriedigung eines fern liegenden und ungewisseren Bedürfnisses zu denken. Daß aber der Bau der preussischen Bahn mit einem Kriegsnothstande nicht in Verhältniß zu stellen ist, darauf glaube ich schließlich hinweisen zu dürfen, und bitte demnach die hohe Versammlung angelegentlichst, daß sie auf die Petition und das Amendement des geehrten Antragstellers nicht weiter eingehen wolle.

(Bravoruf von der linken Seite.) Abgeordn. Hansemann: Ich bitte um das Wort. Marschall: Ich kann es nur ertheilen, sofern es eine persönliche Bemerkung betrifft, da ich sonst in der Ordnung, in welcher man sich gemeldet hat, weiter aufrufen werde.

Abgeordn. Hansemann: Se. Excellenz der Herr Schatzminister hat gesagt, daß diejenigen, welche dem Staate mittelst Angriffs des Staatsschatzes die Mittel zur schnellen Kriegsführung entziehen wollten, gegen das preussische und deutsche Interesse, wenn auch unabsichtlich, handelten. Ich habe darauf zu bemerken, daß das gerade nur der Unterschied unserer Ansichten ist. Se. Excellenz gehen von der Ansicht aus, daß kein Heil ohne todtliegendes Geld ist, und ich gehe von der Ansicht aus, daß das todtliegende Geld nichts nützt, vielmehr auf sichere Weise rentabel gemacht werden kann.

Marschall: Unter den Rednern, welche sich in der heutigen Sitzung gemeldet haben, ist der Erste der Abgeordnete von Brünneck, welcher einen Vorschlag entwickeln will, den er im Wesentlichen schon gestern gemacht hat.

Abgeordn. von Brünneck: Es dürfte wohl in den Wünschen der hohen Versammlung liegen, wo möglich in der vorliegenden Frage einen übereinstimmenden Beschluß zu gewinnen. Wir haben vielerlei Bedenken auf der einen Seite gehört, auf der anderen Seite haben wir auch entgegengesetzte Ansichten vernommen. So welt, wie ich aber glaube, die Stimmung der hohen Versammlung verstanden zu haben, habe ich, um einen übereinstimmenden Beschluß zu gewinnen, mir erlaubt, Sr. Durchlaucht ein Amendement einzureichen, welches ich mir erlauben werde, vorzutragen:

Die vereinigten Stände-Kurien mögen auf die Allerhöchste Botchaft vom 28. März 1847:

- 1) sich damit übereinstimmend erklären, daß die Ausführung der östlichen Eisenbahn in möglichst direkter Richtung von Königsberg nach Berlin vom Staate selbst übernommen werde und dazu, insbesondere und vorzugsweise zu den Brückenbauten über die Weichsel und Hogat und die damit verbundenen Strom- und Deich-Regulirungen, einzuweisen die dazu bestimmten, dem Eisenbahn-Fonds zu Gebote stehenden und noch ferner zufließenden Mittel verwandt werden.
- 2) In der Ueberzeugung, daß sowohl das finanzielle als das politische und militärische Interesse des Staats es erfordern, daß derselbe sich die völlig freie und alleinige Disposition über diese Hauptbahn sichere, und daß es für die Erreichung dieses Zweckes unumgänglich notwendig ist, diese Bahn direkt von hier ausgehen zu lassen, werde allerunterthänigst gebeten, die Strecke von hier direkt über Küstrin gleich mit in den Hauptplan aufzunehmen und gleichzeitig feststellen zu lassen.
- 3) Dagegen werde, was die Zustimmung zur Kontrahierung der proponirten Staats-Anleihe behufs der zu beschleunigenden Ausführung dieser Bahn anbetrifft, in Betracht der dabei obwaltenden Bedenken, so wie auch wegen der gegenwärtigen ungünstigen Konjunktur des Geldmarktes, ehrsüchtig gebeten, auf die desfallsige Entscheidung einzuweisen zu verzichten und für diesen Zweck dem nächsten vereinigten Landtage eine Allerhöchste Proposition vorlegen zu lassen, um so mehr, als man hoffen dürfe, daß bis dahin die jetzige Geldkrise gehoben sein dürfte und bei sodann möglich werdendem um so kräftigeren Angriff der ganzen Bahn diese dennoch in der vorgesezten Zeit und gleichzeitig mit der Vollendung der Brückenbauten auszuführen sein werde.

(Die nun folgende, der Abstimmung noch vorangehende, kurze Diskussion, in welcher sich die Abgeordneten von Pronzinski und Graf von Jkenplis für den Bau der ostpreussischen Eisenbahn aussprachen, schloß der Landtags-Kommissar mit einer Reskapitulation des Gegenstandes, an deren Schlusse er sagte.)

So wird nun das Votum über die vorliegende, für die Monarchie nicht unwichtige Frage fallen. Es kann mir nicht in den Sinn kommen, ein Votum kapituliren, auf Ihre Ueberzeugung weiter influiren zu wollen, aber das Vertrauen, den Glauben darf ich der Regierung

verbinden, daß sie in der Ueberzeugung gehandelt hat, dem Vaterlande durch ihre Proposition eine große Wohlthat zuzuwenden. Daß die Nation dies anerkennen werde, hoffe ich zuversichtlich. — Ich schließe mit den Worten: in magnis et voluisse sat est.

Marschall: Wir kommen also zur Abstimmung, und zwar in der Weise, daß zuerst über den Antrag der Abtheilung abzustimmen sein wird.

Abgeordn. von Berde: Ich wollte darauf aufmerksam machen, daß noch ein Amendement in Rücksicht ist, welches wir noch nicht gehört haben.

Marschall: Es ist der Abgeordnete, welcher dies Amendement angekündigt hat, noch nicht an die Reihe gewesen, wenn jedoch die Versammlung wünscht, daß der Vorschlag eines Redners, der noch nicht an der Reihe war, noch in kurzem vorgetragen werde, so würde ich dem nichts entgegenstellen.

(Mehrere Stimmen verlangen die Abstimmung, andere dagegen das Verlesen des Antrages.)

Es wird der Abgeordnete Ruskke seinen Vorschlag noch verlesen, zur Berathung kann derselbe jedoch nicht weiter gestellt werden.

Abgeordn. Ruskke: Ich habe aus der Berathung entnehmen zu müssen geglaubt, daß wenigstens die Möglichkeit vorhanden sei, daß der Vorschlag der Abtheilung wegen Zustimmung zu einer Anleihe verworfen werden könnte, indeß, da die Nützlichkeit und Nothwendigkeit der in Rede stehenden Bahn anerkannt und gewünscht worden ist, daß der Bau so schnell wie möglich vor sich gehe, so hat es mir geschienen, daß es doch nicht wohl angänglich sei, die Anleihe gänzlich zurückzuweisen. Ich habe deshalb geglaubt, einen Vorschlag in der Art machen zu müssen, nämlich:

Se. Majestät den König allerunterthänigst zu bitten: den Bau der östlichen Eisenbahn, namentlich der Brücken, mit den bisherigen Mitteln fortsetzen zu lassen und den Beschluß über eine Staatsanleihe zur Fortsetzung und Beendigung der Bahn dem nächsten vereinigten Landtage zu überlassen.

(Unruhe in der Versammlung, wiederholter Ruf nach Abstimmung durch namentlichen Aufruf.)

Marschall: Es ist auf namentliche Abstimmung angetragen worden; es fragt sich, ob dieser Vorschlag unterstützt wird.

(Dies geschieht.)

Es wird die namentliche Abstimmung stattfinden. Die Frage ist auf den Antrag der Abtheilung gerichtet und lautet:

„Tritt die Versammlung dem Antrage der Abtheilung bei?“

Dieser Antrag wird noch einmal verlesen werden.

Sekretär von Waldbott (liest nachstehenden Vorschlag der Abtheilung vor):

„Auf die Allerhöchste Botchaft vom 28. März 1847 die ständische Zustimmung zu erklären zu einer Staats-Anleihe, welche aus dem durch die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 22. November 1842 bis zum Betrage von jährlich 2 Millionen ausgesetzten Eisenbahnfonds zu verzinsen und zu tilgen, und welche zu verwenden ist behufs beschleunigter Herstellung der östlichen Eisenbahn von Königsberg bis Driesen unter gleichzeitiger Erbauung der Zweigbahn von Danzig bis Dirschau.“

Eine Stimme: Es muß mit dem Buchstaben C. angefangen werden, da die vereinigten Kurien erst zweimal eine Abstimmung durch namentlichen Aufruf gehabt haben, und nicht mit dem Buchstaben I. Das wäre nur für die Kurie der drei Stände.

(Der Marschall läßt die Abstimmung nach dem Buchstaben I. fortsetzen.)

Namen.	Ja.	Nein.
Alnoch, Erbscholtseibesitzer *)		0
Graf von Dyhrn, mit		
Fürst von Hohenlohe-Ingelfingen, General-Major und Provinzial-Landtags-Marschall,	1	
Fürst von Lichnowsky,	1 St.	0
Graf von Oppersdorf,		
Graf von Sandresky,		
Graf York von Wartenburg,		
Herzog von Anhalt-Köthen, (von Hochberg, Rittergutsbesitzer)	1	
Bauch, Bürgermeister	1	
Berndt, Erb- und Gerichtsschulz		0
Beyer, Erbscholtseibesitzer		0
Bornemann, Medizinal-Assessor und Rathsherr		0
Cochlovius, Erbscholtseibesitzer		0
Freiherr von Czettig, Landrath	1	
von Diebisch, Landesältester		0
Dirrich, Bürgermeister		0
Doering, Kaufmann		0
Baron von Durant, Landrath		0
Engau, Bürgermeister	1	
Facilides, Bürgermeister		0
Fiebig, Bürgermeister		0
Graf von Frantenberg, Landrath		0
Freitag, Erb- und Gerichtsschulz		fehlt.
Frize, Apotheker		0
Baron von Gaffron, Kredit-Institut-Direktor	1	
Sermershausen, Kaufmann		0
Goellner, Erbscholtseibesitzer		0
Fürst v. Hasfeldt, (Graf Alexander v. Sierstorff)	1	
Haugwitz, Kreis-Deputirter	1	
Hayn, Kaufmann		0
Hein, Erbscholtseibesitzer		0

\*) Wir theilen, wie früher, nur die Abstimmungen der ständischen Mitglieder des vereinigten Landtages mit.



(Fortsetzung.)

vollständig gelungen, sondern nur theilweis, und ich werde mir daher erlauben, jetzt das Amendement in der Fassung vorzutragen, die ich für diese Vereinigung geeignet hielt, und die meinem Zwecke vollkommen entspricht.

Das Amendement würde lauten:

„Die vereinigten Stände-Kurien tragen allerunterthänigst darauf an, daß des Königs Majestät geruhen möge, behufs der zu beschleunigenden Ausführung der östlichen, unmittelbar von Berlin aus nach Königsberg zu führenden Eisenbahn dem nächsten vereinigten Landtage eine Allerhöchste Proposition vorlegen und bis dahin die an derselben begonnenen Arbeiten, wie bisher, mit den zu Gebote stehenden Mitteln fortsetzen zu lassen.“

Ich glaube, nur noch wenige Worte hinzufügen zu müssen.

Die gestrige Abstimmung war, wie ersichtlich, das Resultat sehr verschiedenartiger Bedenken. Es steht wohl zu hoffen, daß diese bis zu dem nächsten vereinigten Landtage beseitigt sein werden. Hoffentlich werden die gegenwärtigen Bedrängnisse des Geldmarktes bis dahin gehoben sein; eine oder mehrere gesegneten Ernten können darauf schon wesentlich einwirken. Es würde so dann also ein um so kräftiger Angriff des ganzen Eisenbahnbaues erfolgen können und also durch den strengen Beschluß für dessen Vollendung selbst nichts verloren sein. Kann der Bau sodann um so kräftiger angegriffen werden, so wird es möglich sein, ihn in der selben vorgesehnen Zeit, die nach der Denkschrift immer noch auf 9 Jahre sich ausdehnen würde, zu vollenden, also wenigstens gleichzeitig mit dem Bau der Brücken. Gestalte sich der Geldmarkt aber auch noch so günstig, und nehme auch der Spekulationsgeist wieder seinen früheren Aufschwung, so haben sich doch überwiegende Gründe dafür geltend gemacht, daß es besser sei, wenn der Staat die Ausführung dieser Hauptbahn selbst übernehme. Sodann liegt es aber wohl in dem allseitigen Interesse des Staates, daß diese Bahn dem Staate zur völlig freien Disposition erhalten bleibe, und daß also die Bahn von hier ausgehe. Die Erreichung dieser Zwecke liegen meinem Amendement zum Grunde, weshalb ich dessen Annahme sowohl im Allgemeinen Staats-Interesse, als auch im speziellen Interesse der dabei zunächst theilhaftigen Provinzen einer hohen Versammlung anzupfehlen mir erlaube.

(Wir heben aus der nun folgenden Debatte, welche zum großen Theil formelle Fragen behandelt, folgende Neden hervor):

Abgeordn. von Webell: Gestern, meine Herren, ist die Anleihe und Beschleunigung des Eisenbahnbaues nach Preußen verworfen worden. Ich habe in der Beschleunigung dieses Baues eine Lebensfrage der Provinz Preußen erkannt, ich habe deshalb für die Anleihe gestimmt, obgleich die Provinz, der ich angehöre, kein wesentlich materielles Interesse bei diesem Bau hat. Ich bin der Abstimmung mit Aufmerksamkeit gefolgt und habe zu meinem Bedauern gehört, daß gerade eine große Zahl der Deputirten aus der Provinz Preußen gegen die Anleihe und die damit in Verbindung stehende Beschleunigung des Baues gestimmt hat. Nach dem, was hier ausgesprochen, ist gerade von diesen Deputirten die Möglichkeit, ja die Nothwendigkeit dieses Baues vollständig erkannt, aber dennoch ist von ihnen dagegen gestimmt, die weil der König eine Bitte noch nicht gewährt hat, die ihm noch nicht einmal vorgetragen worden ist. Dieses Motiv, in welchem ich kein Zeichen des Vertrauens und der Dankbarkeit, was der König in so hohem Grade verdient, erkennen kann, kann ich nicht billigen! Jetzt ist von Seiten eines Vertreters der Provinz Preußen noch ein Antrag dahin gestellt worden, daß Se. Majestät der König gebeten werden möge, aus den laufenden Revenüen des Staates die Bahn zu bauen und nach vier Jahren dem vereinigten Landtage eine neue Proposition auf eine zu machende Anleihe vorzulegen. Ich will nicht erwähnen, welche Unterstützungen die Provinz Preußen bereits erhalten hat, aber das kann ich erwähnen, daß die größte Wohlthat derselben dadurch erwiesen werden sollte, daß vorzugsweise in ihrem Interesse eine große Anleihe gemacht werden sollte. Ich kann mich jetzt, nachdem diese Wohlthat von einem großen Theile der Vertreter der Provinz Preußen zurückgewiesen ist, für das Amendement des Abgeordneten aus Preußen nicht erklären. — Es ist beantragt worden, Se. Majestät der König solle gebeten werden, dem nächsten vereinigten Landtage eine neue Proposition auf eine neue Anleihe vorzulegen. Se. Majestät der König haben erkannt, daß die Ostbahn für die Provinz Preußen eine Lebensfrage ist; und daß es im Interesse des Staates liegt, diese Bahn zu bauen. Ich glaube nicht, daß der König bei seinen hochherzigen Gesinnungen sich durch die gestrige Abstimmung wird abhalten lassen, die Interessen der Provinz Preußen und des ganzen Landes zu fördern,

ich habe daher auch die Ueberzeugung, daß Se. Maj. der König ohne unsere Bitte dem nächsten Landtage eine Proposition vorlegen wird, die darauf hinzielt, den Eisenbahnbau nach Preußen zu beschleunigen, wenn diese Beschleunigung ohne Mitwirkung der Stände nicht zu erreichen ist. Ich erkläre mich deshalb gegen das Amendement. (Von einigen Seiten „Bravo!“)

Abgeordn. Graf von Schwerin: Meine Herren! Es ist bereits bei der gestrigen Diskussion verschiedentlich die Frage von einem Gesichtspunkte aus betrachtet worden, bei dem ich Veranlassung gehabt haben würde, mich ihm entgegenzustellen, wenn ich nicht den dringendsten Wunsch hätte, nur das auszusprechen, was uns der Abstimmung näher bringt. Deshalb habe ich mich enthalten, auf derartige Aeußerungen, die allerdings auch für mich, wie für viele Andere, verlegend waren, etwas zu erwidern. Es ist dargestellt worden, als ob die, welche aus einem prinzipiellen Grunde Nein gesagt, weniger Vertrauen zur Krone besäßen, als die, welche Ja gesagt. Es ist dargestellt worden, als wenn sie ihr Votum gebrauchen wollten, um eine Waffe gegen die Regierung zu schmieden, um ein Mittel zu haben, Se. Majestät zu bewegen, auf unsere Bitten einzugehen. Ich habe darauf, wie gesagt, geschwiegen, weil ich die Debatte nicht aufhalten wollte. Wenn aber heute ein Abgeordneter aus der schlesischen Ritterschaft

(Viele Stimmen: „aus der sächsischen!“)

aus der sächsischen Ritterschaft, ich meine den Herrn Regierungsrath von Webell, auf diesen Vorwurf zurückkommt, so muß ich ihm entschieden antworten, daß er nicht berechtigt ist, uns Motive unterzulegen. Ich bin ein Waffenschmied weder für die Regierung, noch gegen die Regierung, sondern ich mache auf keinen anderen Namen einen Anspruch, als auf den, den ich mit jedem Abgeordneten in diesem Saale theile, auf den eines unabhängigen Abgeordneten.

(Beifall von vielen Seiten.)

Ich bin hierher gerufen worden, um nach freier, gewissenhafter Ueberzeugung Ja oder Nein zu sagen. Ich habe Nein gesagt, und Niemand ist berechtigt, mir zu sagen, ich hätte weniger Vertrauen zur Krone, wie er, weil er Ja gesagt.

(Abermalige Unterbrechung durch ein lebhaftes Bravo.) Es ist aber auch keinesweges meine Art, mit den Motiven meiner Abstimmung zurückzuhalten, sondern ich bin jederzeit bereit, sie offen auszusprechen, und wenn ich es in voriger Sitzung nicht gethan habe, so war es geschehen, nicht darum, weil ich die Lust oder den Muth nicht dazu gehabt habe, sondern weil ich nicht glaubte, daß es nöthig sei. Jetzt aber scheint es nothwendig zu sein, den Standpunkt festzustellen, warum man prinzipiell Nein sagte, ohne deswegen ein Mittel daraus machen zu wollen, Se. Maj. den König zu bewegen, unserer Bitte nachzugeben. Ich bin der Meinung, es habe dies mit der Frage, die wir in voriger Woche diskutierten, gar keinen Zusammenhang, im Gegentheil, ich erkenne noch heute an, daß es in freier Machtvollkommenheit Sr. Majestät des Königs stehe, uns die Bitte, die wir gestellt haben, zu gewähren oder nicht, und ich würde es für verwerflich halten, wenn irgend ein Mittel von dieser Verammlung gebraucht werden wollte, auf den Entschluß Sr. Majestät einzuwirken, als die Gründe, durch die wir unsern Beschluß motivirt haben.

(Von vielen Seiten: Bravo!)

Trotzdem liegt die Frage einfach so: ich sage, wenn ich gefragt werde, ob ich die Anleihe bewillige oder nicht, abgesehen von den Gründen in Bezug auf den Geldmarkt, deshalb nein, weil, wenn ich die Verantwortlichkeit für die Anleihe mit der Krone theilen soll, ich dies nicht anders thun zu können glaube, als wenn ich auch die Möglichkeit habe, das Bedürfnis zur Anleihe gründlich prüfen zu können, und wenn ich die Möglichkeit habe, die Verwendung der Anleihe durch die Regierung vom ständischen Standpunkte aus kontrolliren zu können. Diese Möglichkeit ist uns in der Verfassung vom 3. Februar nicht gegeben, und darum, habe ich gesagt und sage es noch, halte ich unsere Verfassung noch nicht in dem Grade konsolidirt, um, wenn die Frage wegen einer Anleihe oder Garantie mir vorgelegt wird, ja sagen zu können, und ich wiederhole, ich halte Niemand berechtigt, mir ein anderes Motiv unterzulegen.

(Nochmals stürmisches Bravo.)

Abgeordn. von Webell: Gestern ist von diesem Standpunkte aus von mehreren Deputirten der Provinz Preußen gesagt worden: Wir erkennen die Nothwendigkeit, das dringende Bedürfnis des Baues der Eisenbahn nach Preußen an; wir wissen, daß es für die Provinz Preußen eine Lebensfrage ist, daß diese Bahn bald gebaut wird; aber wir haben um Periodizität gebeten; diese Bitte ist uns noch nicht gewährt, und deshalb stimmen wir gegen die Anleihe. Ich habe gesagt, daß ich dieses Motiv nach meinem Gefühl nicht billi-

gen könne. Mögen Andere eine andere Meinung haben. Ich glaube nichts Unrechtes gethan zu haben, wenn ich meine Gefühle ausgedrückt habe. Ich theile ganz die Ansicht, daß es besser wäre, wenn auf dieser Stelle nie Gefühle ausgesprochen würden und sich die Redner immer nur streng an die Sache hielten. Dies ist aber nicht geschehen; es haben Andere ihre Gefühle hier schon oft ausgesprochen. Wenn aber andere Herren das Recht haben, hier Gefühle auszudrücken, so habe ich auch das Recht, meine Gefühle hier auszusprechen.

(Von mehreren Seiten Bravo.)

Marshall: Der Abgeordnete von Thadden hat jetzt das Wort, um eine persönliche Bemerkung zu machen.

Abgeordn. von Thadden (vom Plaze): Es sind einem Abgeordneten der schlesischen Ritterschaft Worte in den Mund gelegt worden, die derselbe in einem ganz anderen Sinne angeführt hat. Wenn derselbe anwesend wäre, so würde er darauf geantwortet haben.

Marshall: Es ist dies nur durch ein Versprechen geschehen, indem anstatt „der sächsischen“ gesagt wurde „der schlesischen Ritterschaft.“ Die Sache hat sich bald aufgeklärt.

Abgeordn. Graf von Schwerin (vom Plaze): In Bezug auf die Aeußerung des vorigen Sprechers bemerke ich nur, daß ich ihm niemals das Recht bestritten, seine Gefühle auszudrücken.

Abgeordn. v. Beckerath schließt seinen Vortrag mit den Worten: „Meine Herren! Ich glaube, daß die Aufgabe unseres Wirkens, und namentlich unseres Wirkens an dem gegenwärtigen Landtage, eine doppelte ist. Wir haben zunächst dem Lande den Rechtsboden zu sichern, auf welchem allein ständische Wirksamkeit gedeihen kann. — Wir haben diese Pflicht erfüllt, und liegt es nicht in unserer Macht, die Luft auszufüllen, die gegenwärtig in Folge einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Krone und den Ständen hinsichtlich der Verfassungsfrage noch besteht, liegt es, sage ich, nicht in unserer Macht, diese Luft auszufüllen, eine Brücke darüber zu bauen, so liegt es doch in unserer Macht und auch in unserer Pflicht, die Hand hinüber zu reichen, die Zusage zu ertheilen, daß wir mit der Regierung wirken wollen zum Heile des Landes, sobald es ohne Verletzung unseres Gewissens geschehen kann. — Ich habe gestern gegen die Bewilligung der Anleihe gestimmt, nicht mit Rücksicht auf den Geldmarkt, nicht mit Rücksicht auf manche andere Gründe, die von verschiedenen Mitgliedern angeführt worden sind, ich habe dagegen gestimmt, weil ich die tiefe Ueberzeugung hege, daß eine so wichtige Belastung dem Lande nur von Ständen aufgelegt werden könne, die eine organische, eine gesicherte Wirksamkeit haben. Ich habe mit Schmerz mein Nein ausgesprochen, heute aber sage ich mit derselben Entschiedenheit und mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft: Ja!

Abgeordn. von Brünneck: Ich habe zu dem, was der geehrte Redner vor mir auf diesem Plaze und Andere bereits bemerkt haben, nur wenig hinzuzufügen. Zur Beruhigung des geehrten Abgeordneten aus der Provinz Sachsen und des anderen aus der Provinz Schlesien bemerke ich nur, daß das Amendement keinesweges die Ueberschüsse der Staats-Einnahmen in Anspruch nimmt. Vielmehr hat sich dasselbe darauf beschränkt, nur darum zu bitten, daß, so wie bisher aus den dazu angewiesenen Mitteln, die Arbeiten an der Eisenbahn nach Preußen fortgesetzt werden möchten. Eben so wenig hat das Amendement eine Anleihe für die Zukunft als unvermeidlich in Aussicht gestellt. Dem geehrten Abgeordneten aus Westfalen muß ich aber insbesondere bemerken, wie aus dem Amendement keinesweges hervorgeht, daß irgend eine bestimmte Richtung in Anspruch genommen werde, vielmehr kann, wie ich glaube, davon nicht die Rede sein, denn die Richtung ist in der ministeriellen Denkschrift und auch im Abtheilungs-Gutachten und selbst durch die Erklärung des königlichen Herrn Kommissars bereits außer Frage gestellt. Es handelt sich also gar nicht weiter um die Richtung; dieses Amendement hat daher nur bekräftigt, daß die Bahn, wenn sie eine Staatsbahn sein soll, auch im allseitigen Interesse des Staates in der gegebenen Richtung völlig durchgeführt werde, und also hier ihren Ausgang erhalte. Alles Andere ist von mehreren Abgeordneten schon wiederholt worden, daher ich nur dies Wenige noch hinzuzufügen hatte.

(Vielfacher Ruf nach Abstimmung.)

Marshall: Es fragt sich, ob nicht eine deutlichere Fassung nach der Ansicht, die von dem Abgeordneten von Brünneck ausgesprochen worden ist, in dem Amendement zu wählen wäre. Es heißt nämlich: „der zu beschleunigenden Ausführung der östlichen unmittelbar von Berlin nach Königsberg führenden Eisenbahn.“ Es kommt darauf an, ob die Bedeutung, daß eine direkte Eisenbahn von Berlin nach Driesen gebaut werden

möge, in den Worten „unmittelbar von Berlin nach Königsberg“ zu finden wäre oder nicht.

Abgeordn. von Brünneck: Allerdings ist das meine Absicht gewesen, und ich habe dies auch erklärt; ich bin aber bereit, das Wort „unmittelbar“ fallen zu lassen.

Abgeordn. Ruskke: Das Amendement, welches der geehrte Abgeordnete aus Preußen gestellt hat, stimmt mit dem von mir gestellten Antrage hauptsächlich überein, bloß mit dem einen Unterschiede, daß in dem erstern die Linie von Berlin bis Königsberg benannt ist, was ich in meinem Antrage ganz vermieden habe. Es würden also, wenn im ersten Antrage dies ausgelassen werden sollte, beide Amendements zusammenfallen, und es würde über sie gemeinsam abgestimmt werden können. Sollte das nicht der Fall sein, so bitte ich, meinen Antrag besonders zur Abstimmung zu bringen.

Marshall: Die Anträge fallen doch vollständig zusammen, denn daß eine Eisenbahnverbindung von Berlin nach Königsberg hergestellt werden soll, darüber besteht kein Zweifel, sondern die Ansichten sind nur darin verschieden, ob in gerader Linie gebaut oder zu einem Theil der Verbindung eine schon bestehende Eisenbahn mit einem Umweg benutzt werden soll. Einverständnis zwischen beiden Antragstellern liegt aber doch vor, denn Beide wollen die nähere Angabe der Richtung vermeiden.

(Das Amendement wird vom Sekretär nochmals verlesen, worauf dem Abgeordneten Naumann unter dem lauten Rufe der Versammlung nach Abstimmung von dem Marshall das Wort erteilt wird.)

Abgeordn. Naumann: Ich habe gestern ein Amendement gestellt: ich sehe es nicht mehr als ein solches an, welches zur Diskussion gestellt werden kann, weil ich der Ueberzeugung bin, daß nach dem gestrigen Votum der Versammlung dem Staate diejenigen Mittel nicht gewährt worden sind, um überhaupt die Bahn zur Ausführung zu bringen. Darum will ich dies Amendement gegenwärtig hier nicht weiter geltend machen; ich muß mich aber wider Alles erklären, was für die Zukunft diesem Amendement in den Weg treten könnte. Es kann auch nicht die Aufgabe der Versammlung sein, einen solchen Beschluß zu fassen. Daher würde ich dringend wünschen, wenn das geehrte Mitglied aus Preußen auf die Worte verzichtete, die, wie ich glaube, nicht wesentlich sind, um die Ansicht der Versammlung Sr. Majestät dem Könige gegenüber auszusprechen, daß sie, trotzdem sie das Darlehen nicht genehmigt hat, dennoch es für im Interesse des Staates liegend erachte, die östliche Bahn herzustellen, und daß sie bereit sei, unter anderen Umständen die Zustimmung zu einem solchen Darlehen zu geben. Ich glaube, dies kann nur noch die Aufgabe der Versammlung sein, nur dies kann sie noch aussprechen, indem sie Sr. Majestät auf die Allerhöchste Botschaft sagt, sie sei in diesem Augenblicke nicht in der Lage, das Darlehen selbst zu bewilligen.

(Ruf zur Abstimmung.)

(Es werden noch mancherlei Veränderungsvorschläge zu dem Amendement gemacht, welches zuletzt, wie folgt, formuliert wird:)

„Beschließt die Versammlung, Se. Majestät den König allerunterthänigst zu bitten, Behufs der Ausführung der großen östlichen Bahn nach Preußen dem nächsten vereinigten Landtage eine allerhöchste Proposition vorlegen und bis dahin die an derselben begonnenen Arbeiten in geeigneter Weise fortsetzen zu lassen.“

Marshall: Die Frage wird durch namentlichen Aufruf abgestimmt werden.

(Mehrere Stimmen: Nein! Nein!)

Es fragt sich, ob 24 Mitglieder die namentliche Abstimmung begehren.

(Pause.)

Da dies nicht der Fall ist, so habe ich meines Orts keine Veranlassung, sie für notwendig zu erklären, und wir kommen in kürzerer Weise, nämlich durch Aufstehen, zur Abstimmung, und diejenigen, welche die Frage bejahen, würden dies durch Aufstehen zu erkennen geben. Es ist bloß die einfache Majorität notwendig. Wir werden das Resultat der Abstimmung durch eine Zählung feststellen.

(Dies geschieht.)

Marshall: Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Für Ja haben gestimmt 320 und für Nein 195; der Antrag des Abgeordneten von Brünneck ist folglich angenommen.

Der Abgeordnete Hansmann hat sich um das Wort gemeldet, und ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(Pause von einigen Minuten.)

Der Antrag ist schon vorher gestellt worden und kann zur Abstimmung gebracht werden, und die Frage würde heißen: Beschließt die Versammlung, das Konklusum der Kurie der drei Stände bezüglich der Veröffentlichung der namentlichen Abstimmungen zu dem Thringen zu machen?

Graf von Arnim: Wie lautet der Beschluß?

Sekretär von Leipziger: Der Beschluß lautet dahin, daß sämtliche Abstimmungen durch namentlichen Aufruf veröffentlicht werden sollen, und er geht meines Wissens so weit, daß auch die vergangenen Abstimmungen noch veröffentlicht werden sollen, mit Ausnahme eines einzelnen Falles, der ausdrücklich abgelehnt war.

(Das Letztere wird von mehreren Seiten verneint.)

Abgeordn. Dietrich: Die vergangenen namentlichen Abstimmungen nicht. Der Beschluß bezog sich nur auf die damalige und auf die künftigen Abstimmungen, wie ich solches, weil ich das Protokoll geführt habe, gewiß weiß.

(Nachdem diese Erläuterung gegeben, bietet die folgende kurze Diskussion kein besonderes Interesse dar. Wir beschränken uns also auf die Mittheilung des Resultats:)

Marshall: Die Frage heißt: Beschließt die Versammlung, die Veröffentlichung ihrer namentlichen Abstimmungen eintreten zu lassen? und diejenigen Mitglieder, welche diese Frage bejahen, werden das durch Aufstehen zu erkennen geben.

(Fast sämtliche Mitglieder erheben sich.)

Sie ist beinahe einstimmig bejaht.

Der Herr Referent hat über den Gang in Beziehung auf die noch vorliegenden Petitionen, über die von der Abtheilung das Gutachten erstattet ist, noch eine Bemerkung zu machen.

Referent Frhr. von Manteuffel II.: Der hohen Versammlung liegt nunmehr noch folgendes Material vor: Diejenigen Petitionen, welche in dem allgemeinen Gutachten über die Allerhöchste Proposition auf Seite 10 und folgende aufgeführt sind, außerdem diejenigen Petitionen, über welche in besonderen Gutachten die Ansicht der Abtheilung bereits entwickelt ist. Auch diese sind gedruckt und befinden sich in den Händen der hohen Versammlung. Es wird nunmehr zu-

nächst zu prüfen sein, inwiefern in dieser vereinigten Versammlung überhaupt eine Berathung dieser Gegenstände statzufinden habe oder nicht. — Meine Herren! Der Inhalt dieser sämtlichen Petitionen, die ich erwähnte, bezieht sich wesentlich auf zwei verschiedene Punkte. Ein Theil der Petitionen hat gewünscht, daß, bezüglich der in Aussicht gestellten Ausführung der östlichen Eisenbahn eine besondere Richtungsweise und Ausführungs-Modalität angenommen werde. Dieser Theil der Petitionen ist also von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Allerhöchste Proposition der Zustimmung der hohen Versammlung sich erfreuen werde. Ein zweiter Theil der Petitionen bezieht sich darauf, daß auch anderen Eisenbahnen Geldmittel zugewendet werden sollen. — Sie sind in der Abtheilung unter dem Gesichtspunkte mit der Allerhöchsten Botschaft verbunden worden, daß man sagte, die Petenten können oder wollen nur alsdann ihre Einwilligung zu dem Antrage in der Allerhöchsten Proposition geben, wenn gleichzeitig zugesichert wird, daß auch ein Theil der bereiten Geldmittel aus dem Eisenbahnfonds für ihre Wünsche verwendet wird. Beide Arten von Petitionen, sowohl diejenigen, welche eine besondere Ausführung der östlichen Eisenbahn verlangen, als auch die, welche neben der östlichen Eisenbahn eine Berücksichtigung anderweiter Eisenbahnen beantragen, gehen sämtlich von der Voraussetzung aus, daß die Allerhöchste Botschaft die Zustimmung der hohen Versammlung erlangen, daß mithin eine Beschleunigung der östlichen Eisenbahn eintreten würde. — Anders ist gestern beschlossen worden und meine Ansicht geht dahin, wie es nicht zweifelhaft sein könne, daß diese Petitionen jetzt jedes Bindungsmittels mit der Allerhöchsten königlichen Botschaft entbehren und sie auf den Gang gewiesen werden müssen, der für Petitionen offen steht. Es würde also jede dieser Petitionen, je nachdem sie von einem Mitgliede der hohen Herren-Kurie oder von einem Mitgliede der hohen Drei-Stände-Kurie eingebracht worden ist, an die eine oder andere dieser Kurien zur nächsten Berathung und dann zur weiteren Bearbeitung in dem reglementsmäßigen Wege zu verweisen sein. Ich wiederhole, daß mir jedes Verbindungsmittel zwischen der Allerhöchsten Botschaft und den Petitionen nach dem gestrigen Beschlusse fehlt, und ich glaube, daß die hohe Versammlung die Geneigtheit haben muß, sich zunächst hierüber auszusprechen, damit nicht noch über 8 Petitionen debattirt wird, die nicht mehr für diese Versammlung lebensfähig sind.

Marshall: Der Herr Referent hat ganz das ausgesprochen, was auch meine Ansicht ist, und es fragt sich, ob von irgend einer Seite her eine entgegenstehende Bemerkung zu machen ist, welche wir dann entgegenzunehmen hätten. Da das nicht geschieht, so ist das allgemeine Einverständnis vorauszusetzen. Eine förmliche Abstimmung wird nicht erforderlich sein, und wir haben also den Gegenstand für beendet anzusehen. Es bleibt mir nichts Anderes übrig, als anzukündigen, daß die nächste Sitzung der vereinigten Kurien morgen Vormittag 10 Uhr stattfinden, und daß die Allerhöchste Proposition, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer betreffend, Gegenstand der Berathung sein wird.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung nach  $\frac{3}{4}$  2 Uhr.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Nimbö.

Verlag und Druck von Graß, Barth u. Comp.